Dienstag, den 28. Februar 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 50

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 16 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 5 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Auch ein Notprogramm!

Die Regierungserklärung zum Notprogramm. — Scharfe Kritik durch die Sozialdemokratie. Der Zank der Regierungsparteien.

Berlin, 27. Februar, 15 Uhr.

Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung steht als einziger Punkt: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung" in Verbindung mit dem Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Der Präsident widmet dann dem sozialdemokratischen Abg. Stolberg einen Nachruf. Stolberg ist gestorben, noch ehe er praktisch die Vertretung des verstorbenen Abg. Silberschmidt ausüben konnte.

Es folgt die

Abgabe der Regierungserklärung

durch

Vizekanzler Dr. **Hergt.**

Er teilt zunächst mit, daß die Genesung des Reichskanzlers Dr. Marx erfreulich fortschreite. Dr. Marx habe erklärt, daß er mit dem Notprogramm der Regierung in allen Punkten einverstanden sei.

Durch die mit dem Scheitern des Schulgesetzes verbundenen Vorgänge ist die verfassungsmäßige Stellung der Reichsregierung in keiner Weise beeinträchtigt. Es ist kein geschäftsführendes Kabinett sondern bildet nach wie vor die ordnungsmäßige Regierung, die der Verfassung entspricht. (Gelächter links.) Mit dieser Auffassung befindet sich die Reichsregierung in voller Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten. Die Regierung hält es für notwendig, daß vor dem Auseinandergehen des Reichstags die dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben erledigt werden müssen. Sie betrachtet das zu diesem Zweck aufgestellte

Arbeitsprogramm als ein einheitliches Ganzes,

das in einem Zug verwirklicht werden muß. Darum enthält das Programm eine einheitliche Schlußklausel, wonach durch ein besonderes Gesetz der Zeitpunkt des Inkrafttretens aller im Programm enthaltenen gesetzgeberischen Maßnahmen auf den 1. April 1928 festgelegt werden soll. Dem Wunsch, das Kriegsschädenschlußgesetz nur als eine Zwischenlösung gelten zu lassen, hat die Regierung nicht entsprechen können. Sie hat sich aber die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates zu eigen gemacht und erhöht zugunsten der Geschädigten die Entschädigungssumme um 300 Millionen.

Die

Krise der Landwirtschaft

macht eine umfassende Hilfsaktion notwendig. Vor allem soll die kurzfristige Verschuldung mit Reichshilfe umgewandelt werden in langfristige, niedrig verzinsliche Hypothekarkredite. Außerdem soll eine bessere Organisation des Absatzes von Vieh und Fleisch geschaffen werden. Dazu werden 20 Millionen zur Verfügung gestellt. **Die in der Zeit der Fleischknappheit durchgeführten Fleischeinfuhrerleichterungen sollen abgebaut werden.** (Hört! Hört! Links.) **Ferner wollen wir die teilweise Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents durchführen, zunächst auf 50 000 Tonnen.** (Lebhaftes Hört! Hört! Links.) Bei der Kleinrentnerfürsorge hält die Reichsregierung angesichts der beschränkten Finanzen und der kurzen noch zur Verfügung stehenden Zeit eine endgültige Lösung jetzt für ausgeschlossen. **Die Regierung enthält sich daher einer sachlichen Stellungnahme dazu.** (Lebh. Hört! Hört! Links.) Nachdem der Vizekanzler noch die geplanten Aufbesserungen für die Sozialrentner erwähnt hat, schließt er mit der Aufforderung an den Reichstag, in sachlicher Arbeit die schnelle Erledigung des Arbeitsprogramms, des Etats und des Nachtragsetats zu fördern. (Beifall rechts.)

Abg. Stampfer (Soz.):

Zuerst will ich mich mit einer Frage beschäftigen, die außerhalb der Tagesordnung steht. Mit lebhafter Teilnahme verfolgen wir den Konflikt, der zwischen dem republikanischen Deutsch-Oesterreich und dem faschistischen Italien entstanden ist. Grenzfragen sind häufig Fragen von Krieg und Frieden. Nichtsdestoweniger erklären wir, daß wir Deutsche über die Grenzen der Staaten hinaus eine kulturelle und seelische Gemeinschaft bilden, was einem Teil angetan wird, das empfinden wir alle mit. (Lebhafte Zustimmung.)

Die gegenwärtige Regierung, die sich gewissermaßen ohne parlamentarische Basis im Raum freischwebend erhält, bezeichnet sich selbst als eine ordnungsgemäße Regierung. Dennoch möchte ich diese Regierung dringend bitten, auch an die Zukunft, an ihr nahes Ende zu denken. Nach den vielen Zwischenspielen ist es notwendig, daß die Regierung jetzt wieder auf den Boden der parlamentarischen Arbeit zurückkehrt. Bisher mußte erst die Stimme des Herrn sich vernehmen lassen, um die Regierung an ihre Pflichten zu erinnern. Die Regierungsparteien nennen sich jetzt nur noch „bisherige Regierungsparteien". Sie sollen aber nicht etwa glauben, daß es jetzt auch nur noch eine „bisherige" Opposition gibt.

Wir stehen im Kampf gegen diese Regierung, solange sie noch existiert,

und wenn sie nicht mehr existiert, dann werden wir dafür sorgen, daß sie nicht mehr aufersteht. (Sehr richtig bei den Soz.) Nicht der Parlamentarismus hat versagt, wie von ihnen (nach rechts) behauptet worden ist, sondern Sie haben versagt. Ihre Politik, Ihre Wirtschaft ist bankrott. In anderen Ländern geht es mit dem parlamentarischen System doch ganz gut. Es geht überall, wo die notwendigen Fähigkeiten vorhanden sind, wo man Koalitionen aufbaut, die den ehrlichen Willen zu ehrlicher Arbeit haben, nicht aber den Willen, einander über das Ohr zu hauen. (Sehr gut! links.) Sie (nach rechts) stehen vor Trümmerhaufen und sehen wenigstens die Pflicht — was wir billigen — den Schmutz vor Ihrer Tür wegzuräumen und freie Fahrt zu ermöglichen. Darin wollen wir Sie nicht hindern. **Aber wenn sich jetzt alles in enger Zeit drängt und stößt und die geschäftsordnungsmäßigen Schwierigkeiten nicht überwunden werden können, dann tragen Sie die Verantwortung dafür, Sie ganz allein!** (Sehr wahr! links.) Sie haben alles verschleppt und verzögert bis zum letzten Augenblick. Der Etat und der Nachtragsetat sind verzögert eingebracht worden; eine unnütze Zeit ist am Reichsschulgesetz verloren worden — dem trauern wir nicht nach — über das Liquidationsschädengesetz haben Sie sich mit der Regierung und untereinander im Ausschuß unter dem Vorsitz eines meiner Freunde wochenlang herumgestritten, was werden soll. Dann sind Sie auseinandergelaufen und der sozialdemokratische Vorsitzende hat vergeblich versucht, Sie wieder einzuberufen, er hat an den Reichsfinanzminister einen Brief geschrieben, der Brief ist bis heute nicht beantwortet worden. (Hört! hört! links) Das ist eine Art, wie die Dinge von der „ordnungsmäßigen Regierung" behandelt werden. Ueber die Not der Kleinrentner ist seit Jahren gesprochen worden. Erst heute im letzten Augenblick hören wir, daß nach so langen Erwägungen die „ordnungsgemäße Regierung" noch nicht endgültig dazu Stellung nehmen kann.

Was da vorgeschlagen wird, ist durch und durch ungenügend. Wir haben weiter seit Jahr und Tag immer wieder darauf gestoßen, daß der Not der Sozialrentner und Invalidenrentner abgeholfen werden müsse. **Kennt die Regierung die Notlage der Landwirtschaft etwa erst seit den letzten Wochen?** Wenn sich also jetzt alle zusammendrängen, so tragen Sie die Verantwortung dafür, weil es bei Ihnen an der Führung, an der Voraussicht und am guten Willen gefehlt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Mitteilungen des Vizekanzlers waren an manchen Stellen nicht ganz klar. Es scheint die Absicht zu bestehen, gewisse Dinge durch Verordnung zu regeln. Die Regierung möge darin vorsichtig sein! Es wird genau zu untersuchen sein, was durch Verordnung geregelt werden kann.

Ich warne die „ordnungsmäßige Regierung" dringend davor, eine Verordnungsregierung zu werden.

Es ist unzulässig, in einem Mantel die verschiedenartigen Dinge zusammenzufassen. Ein Mantelgesetz ist nur zulässig bei solchen Dingen, die innerlich in einem gewissen Zusammenhange miteinander stehen. **Will die Regierung etwa zu behaupten wagen, wenn das Notprogramm nicht nach den Wünschen des Landbundes ausfalle, dann sollen auch die Sozial- und Kleinrentner nichts erhalten? Eine solche Politik kann nicht verantwortet werden, vor dem Volke ganz gewiß nicht!** (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es hat sich manches geändert, seitdem sich der Bürgerblock in eine Zwangsgemeinschaft umgewandelt hat. Es hat sich sogar ein Wunder zugetragen: Auf einmal ist wieder Geld da. (Lebh. Hört! Hört! b. d. Soz.) Vor einigen Wochen erst haben wir im Haushaltsausschuß beantragt, daß für die Kinderspeisungen mehrere Millionen Mark hergegeben werden. Das wurde abgelehnt, weil es mit der Gesamtfinanzlage nicht vereinbar sein sollte. Der Reichsrat hatte vorgeschlagen, die Mittel im Etat zur Bekämpfung des Alkoholismus um lumpige 400 Mark, für die bessere Versorgung der Erwerbsbeschränkten, für kulturelle Fürsorge, zur Hebung der Wirtschaft im besetzten Gebiet um geringe Summen zu erhöhen. Alles das wurde abgelehnt, weil es mit der Gesamtlage nicht vereinbar sei. (Hört! Hört! links.) **Jetzt auf einmal sind die Mittel da.**

Eine Finanzpolitik, die solche Kunststücke zutage fördert und jetzt Hunderte von Millionen übrig hat, kann Bewunderung erregen, aber von Vertrauen ist sie himmelweit entfernt.

Wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß Mittel aufgewendet werden, wo es dringend geboten ist. Aber wir verlangen, daß der Haushalt in Ordnung gebracht und daß die Deckungsfrage aufs sorgfältigste in Erwägung gezogen wird. Die restierenden Beträge aus der Vermögenssteuer müssen hereingeholt, die ungeheuren Inflationsgewinne müssen versteuert werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wir behalten uns, als Oppositionspartei, vor, das Programm der Regierung in allen seinen Teilen aufs genaueste zu prüfen. **Es sind Dinge darin, die für uns ganz unerträglich sind,** wie die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents von 120 000 Tonnen auf ganze 50 000 Tonnen. Ueber unsere Stellung zur Landwirtschaft kann ich bei der Kürze der Zeit nur einiges Allgemeines sagen.

Noch ehe die Regierung ihr Hilfsprogramm für die Landwirtschaft vorbrachte, hat die Sozialdemokratie schon ihre Vorschläge zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft vorgetragen.

Nachdem der Vizekanzler selbst gesagt hat, daß die Vorschläge der Regierung nicht geeignet seien, die Not der Landwirtschaft zu beheben, empfehle ich dringend eine nachdrückliche Prüfung der sozialdemokratischen Vorschläge. Sie werden dann nicht verkennen können, daß hier ein ehrlich gemeinter Versuch vorliegt, zwischen Stadt und Land eine Brücke zu schlagen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gelingt er, dann ist schon unendlich viel geschehen zum Heil für Stadt und Land für Volk und Staat.

Wehe denen, die das Land gegen die Stadt hetzen.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Sie begehen ein Verbrechen am Staat, das unerhört und unsühnbar ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ich will nicht im einzelnen aufzählen, wie die Landbundhetze in der letzten Zeit sich geäußert hat. Nur das eine:

Würden die Kommunisten auch nur ein Zehntel von dem verlautbaren, was man jetzt aus deutschnational-landbündlerischen Kreisen her vernimmt, der Staatsgerichtshof müßte sofort Nachtschicht einlegen.

(Zustimmung links.) Ich rufe gewiß nicht nach dem Staatsanwalt, ich fordere aber zur Einkehr auf und zu ein wenig mehr Gewissen und Verantwortlichkeitsgefühl. Wo ist dieses Verantwortungsbewußtsein, wenn ein deutschnationaler Staatspräsident, der rühmlich bekannte Herr Bazille, in einer Bauernversammlung auftritt, in der ein Käufer- und Steuerstreik gegen die Stadt proklamiert wird? **Von Ihren Bänken** (nach rechts) **ist bisher noch kein Wort gefallen, das zur Einkehr mahnt. Aber mit tiefer Entrüstung haben wir von den Intriguenversuchen Kenntnis genommen, auf den preußischen Landwirtschaftsminister alle Schuld für die jetzige Lage abzuwälzen.** (Hört! Hört! links.)

Ihr Bürgerblock liegt nun im Sterben.

Er zerfällt. **Was war, was ist noch der Bürgerblock? Er ist die Vereinigung jener Parteien, in denen sich der Einfluß des großen Kapitals, des großen Grundbesitzes, der Truste, der riesigen Kapitalsorganisationen konzentriert.** Darum, weil er nicht scheinen darf, was er ist, war er genötigt, so mancherlei Maskeraden vorzunehmen. Revanchepolitiker mußten als Locarnisten die Friedensflöte blasen, Monarchisten schützten die Republik und verboten dem Kaiser, dem sie zum Geburtstage gratulieren, wieder nach Deutschland zurückzukehren. (Heiterkeit links.) Die Maskerade ist nun zu Ende. Der Tag des Gerichts steht bevor. Aschermittwoch ist da.

Wir stellen dem Bürgerblock den Block der Arbeit entgegen.

Ich verwahre mich gegen die Unterstellung, als ob wir unter Arbeitern nur das werktätige Volk verstehen. Was wir erstreben, ist eine innigere und sinnvollere Verbindung zwischen der Arbeit des Geistes und der der Hände. Das ist ja das Wesen des Sozialismus, daß er das Materielle der Wirtschaft unter die Herrschaft der geistigen und sittlichen Kräfte stellen will. **Der Block der Arbeit wächst bewußt, und unbewußt strömt ihm immer neue Kraft zu.** Tönt nicht der Schritt der Arbeiterbataillone auch schon bis hinein in Ihre (nach rechts) Organisationen? Da kommen Sie, richten Warnungstafeln auf und sagen: „Die Sozialisten sind Feinde der Religion!" Aber was kann es Christlicheres geben, als in diese doch wahrhaftig nicht allzu christliche Welt etwas mehr soziale Gerechtigkeit und mehr praktisches Christentum hineinzubringen? (Sehr wahr! links.) Sie nennen uns antinational. Aber

ist die Hebung der Volksgesundheit, der Volkskraft, der Lebensfreude und des Selbstbewußtseins im arbeitenden Volke nicht das nationalste Programm, das es überhaupt geben kann?

(Sehr wahr! links.) Ihrem allzu kümmerlichen Notprogramm setzen wir das Programm der schaffenden Arbeit entgegen, das Programm des Sozialismus und der Demokratie. So treten wir an zu den Kämpfen, die nun folgen werden: Unerschütterlich im Glauben an das arbeitende Volk! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.)

bedauert das Scheitern des Schulgesetzes, an dessen Zielen die Partei für die Zukunft unbedingt festhalte. Der Redner betont dann, daß es in der Geschichte der bisherigen siebzehn Reichsregierungen noch nie dagewesen sei, daß eine aufgelöste Koalition zur Erledigung eines bestimmten Arbeitsprogramms zusammenbleibt. Die Deutschnationale Fraktion stehe rückhaltslos auf dem Boden dieses Entschlusses, der auch den Wünschen des Reichspräsidenten entspreche. Sie sei bereit, die rasche und erschöpfende Durchführung dieses Programms mit allen Kräften zu fördern. Die Erledigung sei durchaus möglich, wenn die bisherigen Regierungsparteien über alle parteipolitischen und wahlagitatorischen Rücksichten hinweg an ihrem Entschlusse festhalten. Der Redner stimmt der Auffassung zu, daß das Programm ein unteilbares Ganzes ist, aus dem kein Stein herausgenommen werden könne, ohne es zum Einsturz zu bringen. Auch die Einzelheiten des Programms finden im großen und ganzen seine Billigung.

Abg. v. Guérard (Ztr.):

Der Vizekanzler hat in seiner Erklärung betont, die Regierung betrachte sich als eine ordnungsgemäße und nicht als ein geschäftsführendes Kabinett. Demgegenüber muß ich nach den letzten Vorgängen doch eine Feststellung treffen. Dadurch, daß eine [illegible] gelöst hat, ist unseres Erachtens auch die Stellung dieser Reichsregierung parlamentarisch und politisch eine andere geworden. Es ist richtig, daß die Reichsregierung dem Wortlaut nach keine

geschäftsführende ist, wohl aber der Sache nach, insoweit, als sieben Parteien sich dahin geeinigt haben, daß nur noch eine Reihe begrenzter Geschäfte zu erledigen ist. Es ist nicht richtig, daß die Erledigung dieses Programms erfolgen soll, gestützt auf die bisherigen Regierungsparteien. Das entspricht nicht den Vorgängen der letzten Zeit. **Nach den beiden Reden, die wir jetzt gehört haben, ist bei meinen Freunden die Hoffnung auf Erledigung des Arbeitsprogramms und des Etats nicht gerade gewachsen.** (Hört, hört!) **Es ist eigenartig, daß ein Kabinett, das eigentlich gar keine Daseinsberechtigung mehr hat, mit Zustimmung von sieben Parteien des Reichstages** Aufgaben von solcher Tragweite noch lösen soll. Da kann man nicht von einem Bankrott des Parlaments sprechen, sondern der Reichstag hat hier ein starkes Verantwortungsbewußtsein bewiesen. Wenn die Erledigung des Notprogramms sich wider Erwarten nicht erreichen läßt, dann wird es nicht unsere Schuld sein.

Die Reichsregierung will noch einen Personal-Etat als Ergänzungsvorlage einbringen. Ich kenne den Inhalt nicht, muß aber jetzt schon betonen, daß meine Fraktion jeder Beamtenvermehrung und jeder Höherstufung von Beamten ablehnend gegenübersteht. Hilfe für die Landwirtschaft ist dringend notwendig. Wir werden das Hilfsprogramm im Ausschuß beraten, müssen aber verlangen, daß die Hilfe gleichmäßig über alle Landesteile verteilt wird und daß auch die notleidenden Bauern im West und Süden gebührend berücksichtigt werden. — Der Redner erklärt die Bereitwilligkeit des Zentrums zur praktischen Mitarbeit an der Erledigung des weiteren Arbeitsprogramms. Nach Ostern könne der Reichstag nicht noch einmal zusammentreten.

Abg. **Dittmann** (Soz.) richtet in einer Geschäftsordnungsbemerkung an den Vizekanzler die Frage, welche Teile des Arbeitsprogramms die Regierung auf dem Verordnungswege erledigen wolle.

Vizekanzler **Dr. Hergt** antwortet, der Verordnungsweg komme nur in Frage bei der Aenderung der Reichsgrundsätze für die Kleinrentner- und Sozialrentner-Fürsorge.

Abg. **Dr. Scholz** (D. Vp.) bezeichnet es als einen erfreulichen Beweis des Verantwortungsbewußtseins und Arbeitswillens des Reichstages, daß sich jetzt trotz des Auseinanderfallens der Koalition die großen Parteien zur Erledigung der dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben zusammengefunden haben. **Mit dem sozialdemokratischen Redner, so erklärt Abg. Dr. Scholz, muß auch ich mein Erstaunen darüber aussprechen, daß der Finanzminister jetzt plötzlich wieder über so große Mittel verfügt, während er noch vor kurzem nicht einmal eine Million übrig hatte für die dringendsten Ausgaben.** Die Deutsche Volkspartei werde sachlich mitarbeiten an der Erledigung des Arbeitsprogramms, aber sie müsse die volle Verantwortung für die finanziellen Wirkungen dem Reichsfinanzminister überlassen.

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.) lehnt es ab, daß etwa auch die Oppositionsparteien jetzt hinter der Regierung stürben. Die bisherigen Regierungsparteien hätten nach wie vor die Verantwortung zu tragen. Nicht der Parlamentarismus, sondern

die gegenwärtige Regierungskoalition habe Bankrott gemacht.

Für das Notprogramm sei die Opposition ohne jede Verantwortung. Es sei eine Flickarbeit auf allen Gebieten. Nur ein Kleinrentnergesetz könne die Rechtsansprüche dieser Schicht erfüllen. Die Regelung für die Liquidationsgeschädigten könne man nicht als endgültig ansehen. Die endgültige Regelung müsse gesetzlich vorgesehen werden, wobei der Zeitpunkt vorbehalten bleiben kann.

Das Notprogramm für die Landwirtschaft sei unklar, unvollkommen und in seiner Tragweite nicht abzusehen.

Wenn man daran gehe, den Weg vom Produzenten zum Konsumenten zu verbilligen, so müsse man auch an die beteiligten Handwerker und Händler denken. **Das Notprogramm erfordere insgesamt sofort 235 Millionen. Es sei sehr merkwürdig, daß dieses Geld plötzlich vorhanden sei, nachdem die Vertreter der Regierungsparteien kürzlich im Ausschuß die etwas rosenrote Schilderung des Finanzministers abfällig kritisiert und schwarz in schwarz gemalt hätten.**

Abg. **Schueller** (Komm.) fordert die Annahme des von den Kommunisten gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensantrags und die sofortige Auflösung des Reichstags.

Abg. **Drewitz** (Wirtsch. Vgg.) erklärt, sie seien bereit, die Erledigung des Etats und des Nachtragsetats wirksam zu fördern. Sie würden auch an der Verabschiedung des Arbeitsprogramms sachlich mitarbeiten, soweit damit wirklich vorhandene Notstände behoben werden sollen. Da die Einzelheiten des Programms noch nicht bekannt seien, müsse sich die Wirtschaftliche Vereinigung ihre Stellungnahme zu den einzelnen Vorlagen vorbehalten.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.): Die Bayrische Volkspartei wolle an der Erledigung des Arbeitsprogramms mitarbeiten, um nach Möglichkeit den wirklich bestehenden Notständen abzuhelfen.

Abg. Dr. **Belz** (Volksrechtspartei) bezeichnet die Hilfsmaßnahmen für die Kleinrentner und das Gesetz für die Liquidationsgeschädigten als ganz unzureichend. — Abg. **Weidenhöfer** (Völk.) bezweifelt, daß durch das Notprogramm der Regierung die verschuldete Landwirtschaft saniert werden könne. — Abg. **Döbrich** (Christl.-nat. Bauernpartei) hält die angekündigten Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft für unzureichend, ebenso Abg. **Dr. Frick** (Natsoz.). — Damit schließt die allgemeine Aussprache. — Bei den Abstimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums und der Reichskanzlei wird ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Reichsvertretung in München gegen die Linke und die völkischen Gruppen abgelehnt. — Der Haushalt wird bewilligt.

Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt. — Um 19¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag.

* * *

Kr. Die Beratung der Regierungserklärung im Reichstag ist offenbar wesentlich anders verlaufen, als die Reichsregierung erwartet zu haben scheint. Der Verlauf der gestrigen Debatte im Reichstag war derart, daß man füglich daran zweifeln kann, ob das Arbeitsprogramm der Regierung sich überhaupt wird durchführen lassen. Denn nicht nur hat die Opposition, insbesondere die Sozialdemokratische Fraktion, mit aller Deutlichkeit und Schärfe darauf hingewiesen, daß das Notprogramm der Regierung, so wie es von der Regierung endgültig gestaltet zu sein scheint, durchaus unzureichend und unbefriedigend ist, und hat sie deutlich merken lassen, daß sie das Notprogramm ohne wesentliche Aenderungen auf keinen Fall annehmen wird, sondern es hat sich auch wieder einmal gezeigt, daß die bisherigen Regierungsparteien sich auch über die Gestaltung des Notprogramms immer noch nicht einig sind. Endlich aber hat die Reichsregierung selbst durch die von ihr geplante Schlußklausel, nach der nur alle das Notprogramm bildenden Gesetze gleichzeitig in Kraft treten sollen, die Annahme dieses Notprogramms aufs schwerste gefährdet. Es sieht fast so aus, als ob die Deutschnationalen, die diese Schlußklausel durchgesetzt haben sollen, um auf diese Weise zu erreichen, daß zwar die vorgesehenen Mittel für die Landwirtschaft bewilligt, daß aber für die Klein- und Sozialrentner keine neuen in Betracht kommenden Mittel zugestanden werden, sich wieder einmal in ihrer eigenen Schlinge gefangen haben. Denn nach den Erklärungen der Opposition ist garnicht daran zu denken, daß das Notprogramm in dieser Form angenommen wird, sofern nicht die bisherigen Koalitionsparteien absolut geschlossen vorgehen und die Opposition majorisieren. Das ist indes nach dem Verlauf der Debatte kaum zu erwarten. Die Opposition aber wird zur Annahme des Notprogramms nur bereit sein, wenn das Notprogramm entsprechend ihrer Auffassung wesentlich umgestaltet wird. Infolgedessen ist es, wenn nicht gar das ganze Notprogramm überhaupt scheitert, durchaus möglich, daß auf Grund der Schlußklausel die Deutschnationalen ein Notprogramm schlucken müssen, das ihren Forderungen nicht entspricht. Da andererseits auch das kaum zu erwarten ist, erscheint das Notprogramm tatsächlich schon jetzt außerordentlich gefährdet. Es kann deshalb nicht überraschen, daß der offizielle Redner des Zentrums bereits ganz offen erklärte, daß bei dem Zentrum die Hoffnung auf Erledigung des Arbeitsprogramms nicht mehr sehr groß sei.

Wie tief die Gegensätze zwischen den bisherigen Koalitionsparteien auch in der Frage der Abwickelung des Arbeitsprogramms und der weiteren Tätigkeit der Regierung sind, geht aus der Debatte ebenfalls mit aller Deutlichkeit hervor. Während Hergt als Vertreter der Reichsregierung besonders scharf betonte, daß sich die Reichsregierung nicht lediglich als geschäftsführende Regierung fühle, betonte der Zentrumsführer v. Guérard mit derselben Deutlichkeit, daß die gegenwärtige Reichsregierung im Grunde überhaupt keine Daseinsberechtigung mehr habe, und daß sie, wenn auch nicht formal, so doch sachlich sehr wohl lediglich als geschäftsführende Regierung zu betrachten sei. Die Aeußerungen dieses Redners waren auch noch insofern bemerkenswert, als er ausdrücklich hervorhob, daß das Arbeitsprogramm nicht allein mit Hilfe der bisherigen Regierungsparteien durchgesetzt werden könne, sondern daß dazu auch die Zustimmung der Opposition erforderlich sei. Er gestand ganz deutlich eine gewisse Verpflichtung der bisherigen Regierungsparteien zu, zum Notprogramm die Zustimmung der Opposition zu suchen. Dabei mußte sich Herr v. Guérard nach den Ausführungen des Genossen Stampfer durchaus darüber klar gewesen sein, daß das Notprogramm in seiner jetzigen Gestalt von der Opposition auf keinen Fall angenommen wird.

Auch die Rede des Vertreters der Deutschen Volkspartei ließ die Gegensätze in der bisherigen Koalition neue deutlich hervortreten. Herr Dr. Scholz unterstrich nämlich mit aller nur wünschenswerten Klarheit die Kritik des Genossen Stampfer an der Politik des Reichsfinanzministeriums. Auch er betonte, ebenso wie der Genosse Stampfer, daß es doch eigentlich ein unglaublicher Zustand sei, daß jetzt plötzlich viele Hundert Millionen Mark für die Durchführung des Notprogramms vorhanden seien, während noch vor einigen Wochen das Reichsfinanzministerium immer wieder erklärt habe, daß kein Geld vorhanden sei, wenn es sich darum handelte, wichtige soziale Wohlfahrtsmaßnahmen zu beschließen. Jetzt dagegen hat die Reichsregierung nicht nur mehrere Hundert Millionen Mark, um eine große Notstandsaktion für die Landwirtschaft durchzuführen, sondern sie erhöht auch plötzlich freiwillig den Betrag, der für die Liquidationsgeschädigten ausgeworfen werden soll, um 300 Millionen Mark. Nichts zeigt deutlicher als diese Tatsache die leichtfertige und geradezu gewissenlose Finanzpolitik des gegenwärtigen Finanzministers Dr. Köhler und der gesamten Reichsregierung. Aber Dr. Scholz täuscht sich, wenn er glaubt, für diese schauderhaften Zustände den Reichsfinanzminister allein verantwortlich machen zu können. Für diese Finanzpolitik ist vielmehr die ganze Reichsregierung und der ganze hinter ihr stehende Bürgerblock verantwortlich. Es ist jedenfalls für den Wahlkampf außerordentlich wertvoll, daß nun einmal von seiten eines hervorragenden Vertreters des Besitzbürgerblocks selbst die vernichtenden Feststellungen unserer Partei über die gewissenlose Finanzpolitik des Bürgerblocks bestätigt worden ist.

Um so unerhörter ist es, daß das Notprogramm so vollständig versagt auf dem Gebiet der Hilfsmaßnahmen für die Klein- und Sozialrentner. Es ist ein geradezu skandalöser Zustand und charakterisiert die Reichsregierung und ihre volksverräterische Politik, daß sie jetzt durch den Mund des Vizekanzlers offiziell erklären läßt, daß die Reichsregierung sich jeder sachlichen Stellungnahme zur Frage der Kleinrentnerfürsorge enthalten müsse, und es ist geradezu Selbstverspottung, wenn der Vizekanzler hier plötzlich wieder von den beschränkten Mitteln des Reiches spricht. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß auch die Demokraten keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß das Notprogramm auch für sie völlig unannehmbar ist, wenn es nicht in dieser Richtung noch ergänzt wird.

So zeigt diese Regierungserklärung nur wieder auf der ganzen Linie das geradezu katastrophale Versagen der Bürgerblockregierung. Es beweist, wie notwendig es ist, daß möglichst bald das deutsche Volk durch Wahlen neu befragt wird, damit endlich mit dieser Mißwirtschaft im Reiche ein Ende gemacht wird.

Die „Rote Fahne" gesteht

daß die K. P. in Braunschweig Hiebe bekommen hat.

Berlin, 28. Februar. (Eigener Funkbericht.)

In der heutigen Ausgabe der „Roten Fahne" wird ausnahmsweise einmal mit einer anerkennenswerten Offenheit eingestanden, daß die Kommunistische Partei bei den Gemeindewahlen in Braunschweig eine schwere Niederlage erlitten hat. Mit Bedauern wird gleichzeitig festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei im Braunschweiger Stadtparlament die absolute Mehrheit erzielt hat. Daß sei für die sozialdemokratische Gemeinde- und Landespolitik von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Der Rückgang der KPD.

Der Mitgliederschwund in Westsachsen offiziell zugestanden.

Die Kommunistische Partei Westsachsens hat nach dem von der dortigen Bezirksleitung der KPD. herausgegebenen Bericht im letzten Geschäftsjahre 1158 Mitglieder verloren. Da es sich hier um einen vorläufigen Bericht handelt, dürfte der tatsächliche Verlust noch wesentlich größer sein.

Mussolini schweigt.

Seine erwartete Erklärung zur Südtiroler Frage ausgeblieben.

Mailand, den 28. Februar. Die für Montag angekündigte Erklärung Mussolinis zu der Südtiroler Frage blieb aus, trotzdem die Sitzung der italienischen Kammer pünktlich begann. In Erwartung einer Regierungserklärung war das Haus bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die Tribünen waren dicht besetzt.

Der italienische Gesandte in Wien ist am Montagvormittag in Rom eingetroffen. Er hatte im Verlauf des Nachmittags mehrere, insgesamt drei Stunden dauernde Besprechungen mit Mussolini.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

72] (Nachdruck verboten.)

Dann kehrte der Präsident heim und behauptete, er habe einen durchgreifenden Sieg errungen. Im Namen des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" lieferte er das deutsche Rheinland den Franzosen, die Kolonien den Briten, Dalmatien den Italienern, eine chinesische Provinz den Japanern aus. Die Vereinigten Staaten erhielten das Mandat über Armenien. Außerdem hatte er ein ewiges Bündnis mit Frankreich und Großbritannien geschlossen, durch das Amerika verpflichtet war, diesen Hohn auf das „Selbstbestimmungsrecht" zu pflegen.

Bunny litt besonders unter all dem, merkte er doch bei jedem Versuche in Paradise Ruth erläutern, das Selbstbestimmungsrecht der Völker Sibiriens verlange, daß Paul auch nach Friedensschluß im Lande bliebe und ihnen das Bolschewiki vom Halse hielte.

Dann aber kam eines Tages ein Brief, der Bunny das weitere Schwindeln unmöglich machte. Es war ein harmloses aussehendes Schreiben, billiges Papier, eine ungelenke Schrift, auf dem Poststempel stand „Seattle". Adressiert war der Brief an „Herrn Bunny Roß, Paradise, California":

„Lieber Herr Bunny!

Sie kennen mich nicht, aber ich bin ein kriegsgefangener Soldat, der jetzt im Gefangenen-Lager die Winter [illegible] hat. Paul Watkins sagte mir, ich solle Ihnen schreiben, weil er keine Nachrichten durch die Zensur bringen kann. Ich bin wegen Krankheit entlassen. Ich hatte Typhus, seit drei Monaten bin ich aus dem Darm. Wollten Sie Ihre Hände anbeten, wenn Sie meinen Brief gelesen haben, denn die Krankheit ist sehr ansteckend. Ich bin noch isoliert, und dieser Brief wird desinfiziert. Ergänzen Sie um Gotteswillen einmal, daß ich Ihnen geschrieben habe, sonst ist der Teufel los. Aber Paul meinte, wenn Ihr Vater wüßte, in was für einer Lage wir leben, so würde er bestimmt etwas tun, um uns Jungens herauszuholen. Herr Bunny, was treiben wir hier, meinen Sie? Ich weiß es nicht. Wir sind immer wenig Geld unter Null und große Stürme. Tabak wird man Mode sein. Und im Sommer fressen einen die Mücken, daß das Blut fließt. Die Japaner, die doch unsere Bundesgenossen sein sollen, schießen auf uns. Sie nehmen das Land. Sie führen [illegible] Sibirien. Aber es [illegible] sind fünfzigtausend da. Weshalb riefen wir sie überhaupt? Unsere Jungens dürfen keine Waffen tragen, die Japaner hingegen haben Bajonette, wir nur die Faust. Bestimmte Zonen sollen von uns kontrolliert werden, aber die Japs dringen auch dort ein, ich sah sie mit vielen Maschinengewehren. Kommt es zwischen ihnen und uns zum Krieg um Sibirien, so werden gleich zu Beginn unzählige unserer Leute niedergemacht. Die russischen Flüchtlinge und Offiziere erklären, wir müßten ihnen helfen, aber ich hörte unseren Oberhirten sagen: da gibt man ihnen Geld, damit sie eine Regierung bilden, sie aber gehen hin, versaufen alles, und nachher muß man sie aus einem Sumpfloch herausholen. Diese Leute haben nur einen Gedanken: alle Arbeiter zu erschießen, die ihnen in die Hände fallen, sogar die Frauen. Sie foltern die Menschen, Herr Bunny, ich habe Dinge gesehen, die Ihnen beim bloßen Lesen den Magen umdrehen würden. Vom General Graves angefangen bis zum letzten Mann ist unsere Armee dieser Sache überdrüssig. Einige sind auch verrückt geworden, in unserem Regiment allein zwanzig, sie mußten in Zwangsjacken nach Hause geschickt werden. Aber unsere Leute daheim dürfen davon nichts erfahren. Wir haben in unserem Regiment Leute, die haben seit einem halben Jahr nichts von zu Hause gehört und sind vor Sehnsucht krank. Weshalb bleiben wir dort, da doch der Krieg zu Ende ist? Wenn Sie den Grund wissen, schreiben Sie mir's, bitte. Aber Paul bittet, Sie sollen seiner Schwester nichts sagen, es geht ihm persönlich nicht so schlecht, er kommt viel herum und hat stets zu tun. Wenn man viel Zimmermannsarbeit hat, ist es leichter, aber die anderen müssen manchmal Eisenbahnschwellen hundert Meter weit schleppen und dann wieder zurück, nur damit sie was zu tun haben. Bitte, schicken Sie mir Zigaretten als Zeichen, daß Sie meinen Brief erhalten haben. Wenn ich Ihnen wieder schreiben soll, schicken Sie mir, bitte, zwei Pakete.

Mit Gruß, Jeff Korbitty."

Bunny zeigte den Brief dem Vater, der sich darüber natürlich sehr aufregte. Was nun tun? In dieser Woche wurden zwei Leute erschossen, man hatte eine [illegible] und [illegible] Acres Felder mit Petroleum überflutet. Außerdem mußten Roß und Roscoe sich mit den [illegible] Schwankungen auf dem Petroleummarkte befassen. Es schien, als wollten sie mit einem Male die Preise für Roh-Öl treiben. Vielleicht hatten sie die Absicht, den im Kriege [illegible] zu ersetzen, vielleicht bereiteten sie sich auf einen neuen Krieg vor. Jedenfalls stiegen die Preise [illegible], und ganz Kalifornien wurde aufgeboten. Die Bohrtürme verdunkelten nur noch an alle Kraften [illegible] Tag und Nacht auf [illegible]. Manche Gesellschaften waren völlig leer, die Autos mußten tagelang warten. Der Vater und Herr Roscoe brachten eine schöne Beute heim. „Wirkliches Geld," bemerkte der Vater lachend „Nicht ausländische Anleihen."

Bunny sandte an Jeff Korbitty ein Dutzend Schachteln Zigaretten, Tag und Nacht sorgte er sich um Paul. Das Niederringen des Bolschewismus sah plötzlich ganz anders aus, wenn Paul deshalb in Sibirien bleiben mußte. Und auch die bolschewistische Propaganda klang anders, wenn sie aus der Feder eines einstigen Rinderstemplers kam.

Bunny hatte das Gefühl, daß etwas geschehen müsse. In seiner Verzweiflung setzte er sich schließlich hin, verfaßte einen Brief an das Kongreßmitglied des Staates, Herrn Leathers, schrieb, er habe von den Verhältnissen in Sibirien gehört und bitte Herrn Leathers, sich beim Kriegsministerium zu erkundigen, weshalb in Friedenszeiten die Briefe der Soldaten zensiert würden. Außerdem solle er fordern, daß der Kongreß zu der Frage Stellung nehme, weshalb die amerikanischen Truppen noch in Sibirien festgehalten wurden.

Der Brief erreichte Herrn Leathers nach fünf Tagen. Zwei Tage später erschien im Hause der Roß' in Angel City ein gutgekleideter liebenswürdiger Herr und erklärte, er sei der Vertreter einer Petroleumkonzession in Sibirien, für die er Herrn Roß interessieren möchte.

Der Vater war in Paradise. Bunny sprach mit dem Herrn und da er sich menschlich und voll Interesse zeigte, erzählte er ihm von Paul und zeigte ihm auch Jeff Korbittys Brief. Sie plauderten über die Lage in Sibirien, und der freundliche Herr meinte, Amerika hätte Rußland nicht den Krieg erklärt, demnach hätte es auch kein Recht, gegen die Russen zu kämpfen. Bunny stimmte zu. Dann verabschiedete sich der Herr und ließ nichts mehr von sich hören.

Zwei Wochen später erhielt Bunny einen zornigen Brief des einstigen Cowboys, voller Vorwürfe darüber, daß er ihn „verraten" habe. Es könne nur Bunny gewesen sein, denn er habe es niemand anderm geschrieben. Jedenfalls sei der Teufel los, und Jeff schreibe nur noch diesen einen Brief an Bunny, um ihm zu sagen, er solle zum Teufel gehen und dort bleiben.

Bunny mußte mit jemandem über den Vorfall sprechen. Als er am folgenden Tage in seinem neuen Auto von der Universität heimfuhr, begegnete er einem jungen, leicht hinkenden Mann. Es schien ihm unterrichtet, daß ein Student im Auto fuhr, während ein hinkender Leiter zu Fuß gehen mußte.

„Wollen Sie nicht mit mir fahren, Herr Irving?"

(Fortsetzung folgt.)

Der Abrüstungsplan der Sozialistischen Internationale

Beschlossen auf der Tagung des Exekutivkomitees in Zürich.

Zürich, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend und Sonntag tagte in Zürich das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Man beschloß zunächst für den am 5. August in Brüssel beginnenden Internationalen Kongreß folgende Tagesordnung: 1. Der Militarismus und die Abrüstung. 2. Das Kolonialproblem. 3. Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse. 4. Bericht und Antrag der Internationalen Frauenkonferenz. 5. Organisation der S.A.J.

Dem Internationalen Kongreß in Brüssel soll ein Antrag für die Abschaffung der Todesstrafe unterbreitet werden. Der von der Abrüstungskommission der Arbeiter-Internationale festgestellte und für den Brüsseler Kongreß bestimmte

Bericht über die Abrüstung

wurde ebenfalls einstimmig gebilligt. Er lautet:

I.

Das Ziel, das die S.A.J. erstrebt, ist die vollständige und gleichzeitige Abrüstung aller Länder zu Land, zu Wasser und in der Luft. Aber die S.A.J. verfällt nicht in den Irrtum, zu glauben, daß eine vollständige Abrüstung erreicht werden kann, so lange die Regierungen der meisten Länder von kapitalistischen und imperialistischen Klassen beherrscht werden und so lange andererseits in vielen Ländern nicht jene Demokratie besteht, die allein die Durchführung internationaler Abrüstungsabkommen unter die Kontrolle demokratischer Einrichtungen und einer freien, öffentlichen Meinung zu stellen vermag.

Ist aber die vollständige Abrüstung derzeit noch nicht erreichbar, so gibt es doch schon in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Kräfte, die nach einer Einschränkung der Rüstungen drängen. Die Furcht der herrschenden Klassen vor neuen Revolutionen, die jeder Krieg entfesseln müßte, und die Erkenntnis, daß das Wettrüsten den Krieg automatisch herbeizuführen droht, die infolge der Umwälzungen der Kriegstechnik ungeheuerlich wachsenden Kosten der Rüstungen und das Sicherheitsbedürfnis der im Auslande angelegten Kapitalien, die Erkenntnis endlich, daß die Abrüstung der besiegten Nationen auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht auch die Siegernationen die vertragsmäßig übernommene Verpflichtung zur Beschränkung ihrer Rüstungen erfüllen — all das drängt nach einer Einschränkung der Rüstungen. **Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des internationalen Sozialismus, alle Regierungen unter den stärkstmöglichen Druck zu setzen,** um die in den herrschenden Klassen selbst wirksamen Tendenzen zum internationalen Abrüstungsübereinkommen auszunützen, die ihnen widerstreitenden, mächtigen imperialistischen und militärischen Gegentendenzen zu überwinden und auf diese Weise ein internationales Abrüstungsübereinkommen durchzusetzen.

II.

Die S.A.J. fordert, daß alle internationalen Konflikte dem obligatorischen Schiedsverfahren oder einem anderen Verfahren friedlicher Beilegung unterworfen werden.

Die S.A.J. fordert, daß, dem Vorschlag Norwegens entsprechend, der Völkerbund einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag ausarbeite und zur Annahme durch alle Staaten empfehle.

Sie betrachtet es als Pflicht aller sozialistischen Arbeiterparteien

1. **die Aufnahme eines Gesetzes in die Gesetzgebung ihres Landes zu erlangen, das jede militärische oder industrielle Mobilisierung ausschließt, bevor ein internationaler Konflikt dem Völkerbund oder einem anderen Verfahren friedlicher Beilegung vorgelegt ist,**
2. **den stärkstmöglichen Druck selbst in der Form der Gewalt gegen jede Regierung auszuüben, die es im Falle eines internationalen Konfliktes ablehnen würde, sich einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterwerfen.**

Die S.A.J. ist sich dessen bewußt, daß ihr Kampf um internationale Rüstungsbeschränkungen desto wirksamer sein wird, je wirksamer sie die Entscheidung aller internationalen Konflikte durch friedliche Mittel zu sichern vermögen wird.

III.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, die die Sieger den Besiegten auferlegen. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen. **Die S.A.J. verlangt daher für alle Nationen die gleiche Freiheit in der Wahl ihres Heeressystems.** Die Herstellung dieser Gleichberechtigung der Nationen erfordert aber zwingend ein internationales Abrüstungsabkommen, das einem neuen Wettrüsten zwischen den Siegern und den Besiegten von 1918 wirksam vorbeugt. Dieses Abkommen muß die Methoden der Abrüstung den verschiedenen Heeressystemen anpassen.

IV.

Die Hauptaufgabe eines Rüstungsübereinkommens muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß kein Staat sofort bei Ausbruch eines internationalen Konflikts große Massen ausgebildeter und bewaffneter Truppen zu einem Angriff bereit habe. Daher muß das internationale Abkommen sichern:

1. **Möglichst kleine Friedensstände in den Kasernen,**
2. **Beschränkung der Waffenvorräte, die die einzelnen Staaten bereit halten dürfen.**

Soll allen Nationen die Wahl ihres Heeressystems freigestellt werden, so lenkt andererseits die S.A.J. die Aufmerksamkeit auf die Gefahr, die ein neuer Typus der Heeresorganisation bietet, der einen starken Kern von Berufssoldaten verbindet mit der Möglichkeit schneller Benutzung großer Massen für eine Angriffsaktion, so daß er die Gefahren des Milizheeres mit denen des Berufsheeres vereinigt.

Man muß also verhindern, daß sich irgendwo, namentlich aber in den Ländern des Milizsystems, starke Kerne von Kasernentruppen bilden und ebenso, daß irgendwo, namentlich in den Ländern der Berufsheere, Vorkehrungen getroffen werden, die es gestatten, gewaltige Massen zu einem politischen Angriff zu verwenden.

V.

Wo das Heer auf die Wehrpflicht gegründet ist, ist zunächst der Friedensstand auf das zur Ausbildung unerläßliche Maß zu reduzieren. Weiter ist dann auch die Zahl der zum Heeresdienst Auszubildenden zu beschränken. Für die Länder, die Söldnerheere halten, ist in analoger Weise der Friedensstand zu begrenzen. **Für alle Länder hat das internationale Abkommen überdies vorzusehen:**

1. **Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien zur Kriegführung.**
2. **Beschränkung der Zahl der schweren Geschütze, Tanks, Flugzeuge. Beschränkung der Flotte bezüglich der Gesamtgröße als auch nach verschiedenen Schiffskategorien.**
3. **Beschränkung der finanziellen Aufwendungen für Heer und Flotte.**
4. **Nationale und internationale Kontrolle der Erzeugung, des Handels und des Transportes von Kriegsmitteln.**
5. **Die Bestrafung von Veröffentlichungen über geheime Rüstungen ist zu verbieten.**
6. **Internationale Kontrolle der Durchführung aller dieser Beschränkungen durch den Völkerbund oder durch eine weitere, auch die dem Völkerbund nicht angeschlossenen Nationen umfassende Organisation.**

Die technischen Schwierigkeiten, die die Abrüstung bietet, können nur unter dem stärksten politischen Druck überwunden werden. Diesen Druck durch eine ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten zu üben, ist die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterparteien. Sie werden zu wachen haben, daß die technischen Schwierigkeiten nicht als Vorwand für das Scheitern aller Abrüstungsbestrebungen benützt werden.

VI.

Unbeschadet des Kampfes um internationale Abrüstungsabkommen werden die sozialistischen Arbeiterparteien darum kämpfen, daß jeder Staat aus eigenem Willen seine Rüstungen vorher schon einstelle, oder so weit einschränke, als dies seine besonderen Umstände gestatten.

Die Abrüstungsverträge dürfen für jeden Staat nur das Höchstmaß seiner Heeresrüstungen vorschreiben. Kein Staat darf durch internationale Verträge verhalten werden, größere Streitkräfte zu unterhalten, als er selbst es für notwendig findet. Kein Staat darf für die Einschränkung seines Heeresstandes unter das ihm durch die Internationalen Verträge zugebilligte Höchstmaß mit dem Entzug irgendwelcher internationaler Garantien bestraft werden.

VII.

Angesichts der durch die Entwicklung der modernen Waffentechnik wesentlich vermehrten Gefahren, die jede militärische Organisation, selbst bei der demokratischesten Heeresverfassung, für die Demokratie und für die Arbeiterklasse in sich schließt, müssen die sozialistischen Arbeiterparteien mit dem Kampfe um die Abrüstung den Kampf um die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Heer und die Flotte und um die Demokratisierung der inneren Organisation des Heeres und der Flotte verbinden. Zu diesem Zwecke fordern die sozialistischen Arbeiterparteien:

1. Verfügungsgewalt der Parlamente über Heer und Flotte. Keine, auch keine teilweise Mobilmachung ohne Parlamentsbeschluß. Kontrolle der inneren Heeresorganisation durch besondere Parlamentskommissionen. Verbot der Verwendung der militärischen Kräfte in Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.
2. Beseitigung aller Schranken, die das Heer vom Volke trennen. Zu diesem Zwecke bei möglichst kurzer Dienstzeit volle Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten. Schutz der Rechte der Soldaten durch von ihnen gewählte Vertrauensmänner, Demokratisierung der Ergänzung des Offizierskorps, Demokratisierung des Disziplinarrechtes und des Militärstrafrechtes, Aufhebung der besonderen Militärgerichte in Friedenszeiten.

VIII.

Zur Verhütung der Umgehung der internationalen Abrüstungsabkommen und zur Abwehr der faschistischen Gefahren ist die Aufstellung und Erhaltung faschistischer bewaffneter Milizen und Wehrorganisationen zu verbieten und die Durchführung des Verbotes unter internationale Kontrolle zu stellen.

Verlegenheits-Taktik.

(Von unserem Londoner Korrespondenten).

London, 25. Februar. (Eigener Bericht.) Die Exekutive der Komintern hat — wie aus Moskau gemeldet wird — kürzlich beschlossen, den kommunistischen Einfluß in Großbritannien durch Aufstellung einer möglichst großen Zahl von kommunistischen Kandidaten für die kommenden Unterhauswahlen zu erhöhen. Insbesondere auf die Wahlkreise, in denen die „reformistischen Führer" der britischen Arbeiterpartei um Mehrheiten kämpfen, soll der neue kommunistische Angriff konzentriert werden.

Dieser Beschluß der Komintern drückt sich äußerlich in einem, der britischen K. P. gegenüber ausgesprochenen Wunsche aus. Praktisch bedeutet er jedoch, daß die Internationale sich bereit erklärt, die Lasten dieses Frontalangriffs zu tragen. Nimmt man an, daß die Aufstellung von 50 Kandidaten geplant ist — diese Zahl wird in den Moskauer Meldungen genannt — so bedeutet das einen Mindestaufwand von 15 000 bis 20 000 Pfund Sterling, ca. 150 Pfund Sterling pro Wahlkreis für das Wahldeposit des kommunistischen Kandidaten und ungefähr die gleiche Summe für die Kosten des Wahlkampfes. Praktisch werden mit dem Beschluß drei verschiedene Absichten verfolgt. Man will den Führern der sozialistischen Arbeiterbewegung eine Niederlage bereiten, die Unterstützung der Kandidaten der Arbeiterpartei durch die lokalen Kommunisten vereiteln und schließlich die Neuwahlen benutzen, um endlich an die Massen mit dem kommunistischen Agitationsgut heranzukommen.

An sich stellt der Beschluß der Komintern eine völlig neue Phase in der kommunistischen Taktik in Großbritannien dar und ist, so aggressiv er auch sich geben mag, nichts als das Eingeständnis einer Niederlage. Solange irgendwelche Hoffnungen auf eine Gesamtdurchdringung der britischen Arbeiterpartei vorhanden zu sein schienen, hat sich die kommunistische Partei in Großbritannien gehütet, äußerlich selbständig vorzugehen. Ihr Vorgehen zielte in jenen Jahren darauf hin, auf dem Umwege über Vertrauensmänner, deren Bindung an die K. P. nach außen hin unsichtbar blieb, bestehende Organisationen zu durchdringen und schließlich zu erobern. Die Arbeiterbewegung selbst hat diesen Bestrebungen ein jähes Ende bereitet, indem sie auf den letzten Gewerkschaftskongressen und Parteitagen die Aufmerksamkeit der Bewegung auf diese Taktik lenkte und der unterirdischen kommunistischen Tätigkeit alle erdenklichen Riegel vorschob. Damit war die Politik der Einheitsfront, der Zellenbildung, gescheitert. Die Kommunistische Partei fristete deshalb in den letzten beiden Jahren, seit dem Zusammenbruch des Generalstreiks, nur noch ein Scheinleben. Die Wurzeln ihrer Kraft waren abgeschnitten, ihre Initiative war gebrochen. Der Uebergang von der Politik der Zellenbildung zum offenen Angriff auf die Arbeiterpartei soll die Bewegung neu beleben.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterpartei selbst die neue Situation vor die sie sich gestellt sieht, unter Wahlgesichtspunkten betrachtet. Die „Arbeiterpartei", stellt der „Daily Herald" in einem Kommentar zu der Moskauer Meldung fest, „muß — wie groß immer die Anzahl der kommunistischen Kandidaten sein mag — diese Intervention Moskaus willkommenheißen; denn sie wird dem selbstgefälligen und unehrlichen Geschwätz von der „Einheitsfront" ein Ende bereiten und die Dummdreistigkeit der von den Kommunisten in den Nachwahlen angewandten Taktik unterstreichen. Sie besteht darin, die Labour Party zu bekämpfen, aber gleichzeitig zu einer Wahl des betreffenden Arbeiterkandidaten aufzufordern. Dem Durchschnittswähler wird kristallklar werden, was diejenigen längst gewußt haben, die die politischen Realitäten kennen, daß die Kommunisten nicht einfach den „linken Flügel" der Arbeiterpartei darstellen, sondern eine selbständige und gegnerische Organisation sind, mit einer verschiedenen Politik und mit radikal verschiedenen Methoden. Der sich hieraus ergebende Gewinn der Arbeiterpartei wird erheblich sein. Verlieren werden hierbei die Konservativen und Liberalen. Es sind die Herren Baldwin und Lloyd George, die mit den Nachrichten aus Moskau unzufrieden sein werden. Ihres lächerlichen Schlachtrufs von der „bolschewistischen Kontrolle der Arbeiterpartei" beraubt, werden sie entweder neue Schreckgespenster erfinden oder sich mit den zwar altmodischen, aber noch immer nicht diskreditierten Mitteln der Vernunft und des Argumentes mit dem Programme der Arbeiterpartei selbst auseinandersetzen müssen."

Uns scheint, daß der „Daily Herald" die durch die Beschlüsse in Moskau geschaffene Lage auf eine allzu einfache Formel bringt; denn er verschweigt die Gefahren, die andererseits mit der Weisung der Komintern an die britischen Kommunisten verbunden ist. Zweifellos werden jetzt auf Grund der veränderten Taktik der Kommunisten hunderttausende von Wählern, die bisher — infolge der Lektüre bürgerlicher Blätter — aus Angst vor dem „heimlichen Bolschewismus der Arbeiterpartei" gewählt haben, zum ersten Male den Mut finden, ihre Stimme der Labour Party zu geben. Wahrscheinlich wird dieser Entschluß auch dazu beitragen, einer ganzen Reihe von Funktionären der Arbeiterpartei und insbesondere einem gewissen radikalen Typ von Kandidaten selbst, den grundsätzlichen Unterschied zwischen ihrer eigenen Politik und den Kommunisten ins Bewußtsein zu treiben. Es hieße trotzdem, gegebene Realitäten übersehen und Vogel-Strauß-Politik treiben, wollte man verkennen, daß bei der Mechanik des gegenwärtigen britischen Wahlrechts, das dem Kandidaten mit der größten Stimmenzahl auch ohne absolute Mehrheit Sitz und Stimme im Unterhaus zuschanzt, viele Sitze auch nur durch Absplitterung von einigen hundert Wahlstimmen verloren gehen können. Es kommt hinzu, daß das Dazwischentreten eines kommunistischen Kandidaten tatsächlich hier und dort den Sieg eines Liberalen oder Konservativen über diesen oder jenen Partei- oder Gewerkschaftsführer mit sich bringen kann. Als Ganzes genommen überwiegen jedoch die Vorteile dieser Klärung die Nachteile um ein Vielfaches und was an gewonnenen Minderheitssitzen verloren gehen mag, dürfte durch den Zuwachs an Abgeordneten, hinter denen eine solide Mehrheit steht, mehr als aufgewogen werden. Das Gesamtresultat für die Arbeiterpartei dürfte damit, insbesondere angesichts des zweideutigen Segens, den solche Minderheitssitze für alle fortschrittlichen Parteien darstellen, als durchaus erfreulich zu bezeichnen sein.

Für die Kommunisten selbst muß das Experiment allerdings, außer der Schadenfreude, da und dort einen ihr besonders unerwünschten Kandidaten aus dem Sattel geworfen zu haben, mit einem unerhörten Fiasko enden. Das wissen die britischen kommunistischen Führer nur zu gut. Sie haben deshalb selbst keineswegs den geistigen Anstoß zu diesem Uebergang von den „Einheitsfront"-Manövern zum Frontangriff gegeben. Denn so sehr ihnen der Moskauer Beschluß Mittel zu einer bisher unmöglichen großen Agitation in die Hände drückt, so sehr muß er andererseits in seinen Resultaten die ganze Schwäche der kommunistischen Position in Großbritannien in das unbarmherzige Licht der zahlenmäßigen Wahlresultate stellen. Nur mit gemischten Gefühlen werden sie daher dem Befehl ihrer Meister Folge leisten. Und es ist menschlich begreiflich, wenn sie das gegenwärtige Halbdunkel, das ihnen immerhin und zumindest im Bewußtsein der Gegner vom Schlage der „Morning-Post" und „Daily-Mail" Leser einen gewissen Anschein von Existenzberechtigung gibt, einem politischen Harakiri vorziehen, das sie der Lächerlichkeit hier und in Moskau der Anklage, über ihre Stärke geflunkert zu haben, ausliefern muß.

Albanien darf nicht um Hilfe rufen.

Italien erlaubt nicht, daß es seine Bitte an den Völkerbund um Mittel gegen die Hungersnot vertritt.

Genf, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Vor wenigen Tagen bat Albanien den Völkerbund um Hilfe gegen die Hungersnot. Der Generalsekretär antwortete, daß die Frage auf die Tagesordnung der Ratstagung gesetzt werde. Außerdem werde Albanien gebeten, einen Delegierten zur Vertretung seiner Wünsche nach Genf zu schicken. Nun antwortet Albanien, daß es nicht in der Lage sei, sich in Genf vertreten zu lassen und bittet, die Frage zu vertagen. Man vermutet, daß Italien dahinter steckt.

Eine gute Antwort.

Eine Erklärung des englischen Außenministers zum Cavell-Film.

London, 27. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Außenminister erwiderte am Montag auf mehrere kleine Anfragen über den Cavell-Film, daß die in diesem Film gegebene Darstellung eine Beschimpfung einer heroischen Frau durch kommerzielle Ausbeutung bedeute. Die in dem Film gegebene Darstellung, nach der ein deutscher Soldat gemeutert hat und Miß Cavell dann von einem deutschen Offizier erschossen worden sei, stelle nach seiner Meinung eine Erfindung dar.

Eine Niederlage Poincarés.

Ein von ihm gemaßregelter Bürgermeister erringt bei der Neuwahl einen überwältigenden Sieg.

Paris, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Bürgermeister der elsässischen Stadt Hagenau war von den französischen Behörden seines Amtes enthoben worden, weil er sich geweigert hatte, die französische Trikolore in das alte Wappen der Stadt aufzunehmen. Als sich der Gemeinderat mit ihm solidarisch erklärte, wurde dessen Auflösung von der französischen Regierung verfügt. Bei den Ersatzwahlen hat die Liste des früheren Bürgermeisters Weiß einen vollständigen Sieg errungen. Sie hat im ersten Wahlgang 17 Mandate erobert, während die Vereinigung sämtlicher anderen Parteien leer ausgegangen ist. Die Stichwahl kann an diesem Ergebnis nichts mehr ändern, da dabei nur noch über 10 Mandate entschieden werden wird.

Weiß hat nach der Feststellung des Wahlergebnisses an Poincaré ein Telegramm gerichtet, in dem er dem Ministerpräsidenten seine Anhänglichkeit an Frankreich versichert: „Ueber alle Meinungsverschiedenheiten und Parteikämpfe hinaus sind wir Franzosen und wollen es bleiben".

Letzte Nachrichten.

Los Angeles am Panamakanal angekommen.

Francefield (Kanalzone), 27. Februar. **Das Luftschiff Los Angeles ist heute abend um 9,35 Uhr hier angekommen.**

Die „Los Angeles" fährt nach Panama.

Nach einer amtlichen Verlautbarung des Marinedepartements hat das Marineluftschiff „Los Angeles" Lakehurst in Newjersey zu einem Fluge nach der Guacanayo-Bay in Kuba verlassen, wo es an dem Ankermast des Flugzeugmutterschiffes Patoka festmachen wird. Wenn das Wetter es erlaubt, so soll der Flug bis zur Panamakanalzone ausgedehnt werden. Dieser erste Flug eines Luftschiffes nach dem Panamakanal gilt sowohl als Uebungsfahrt, wie auch als Beweis für die Verwendung von Luftschiffen zu anderen Zwecken.

Ein furchtbares Automobilunglück

hat sich in der Gegend von Reims ereignet. Ein Radfahrer wurde auf der Landstraße von einem Automobil erfaßt, das den Unglücklichen 12 Kilometer weit mitschleifte. Die vollkommen verstümmelte Leiche wurde schließlich von dem Autofahrer auf der offenen Straße liegen gelassen. Der Rohling, der in der Person eines Getreidehändlers aus den Ardennen festgestellt wurde, ist am Montag verhaftet und dem Gericht übergeben worden. Die Untersuchung ergab, daß der Getreidehändler betrunken war, als er mit rasender Geschwindigkeit von Reims nach Hause fuhr.

Stadttheater
(Opernhaus)
Dienstag
20.00 b. 22.00 Uhr:
14. Ab.-Vorst. Serie A
Iphigenie auf Tauris
Mittwoch
19.30 b. n 22.15 Uhr:
14. Ab.-Vorst. Serie B
Don Carlos
Donnerstag
20.00 b 22.45 Uhr:
14. Ab.-Vorst. Serie E
Die lustigen Weiber von Windsor

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 4701
Tel. Stephan 36300
Täglich 20 Uhr:
„Der Zarewitsch"
Sonntag nachm. 15½ Uhr
„Gräfin Mariza".

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774.
Dienstag, 15.30 Uhr:
Zu kleinen Preisen!
„Weh dem, der lügt"
Lustspiel
von Franz Grillparzer
Dienstag, Mittwoch,
20 Uhr:
„Der Hexer"
Kriminalst. v. Edg. Wallace
Donnerstag, Freitag,
20 Uhr
Gastspiel Käte Dorsch
mit eigenem Ensemble:
„Pygmalion"
Komödie v. Bern. Shaw
dtsch. v. Siegfr. Trebitsch

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6710.
Dienstag, 20 Uhr:
„Krämerballade"
burleske Komödie
von Stephan Zweig.
Mittwoch, 20 Uhr
und täglich
Zum 5. Male!
„Das Kamel geht durch das Nadelöhr"
Lustsp. v. Frantisek Langer

Liebich-Theater
Tel. Stephan 3-045
Nur noch 2 Tage
Otto Reutter
und 9 Attraktionen

Leihweise elegante
Frack- u. Rock-Anzüge
4599
Herm. Rohnert
Reuschestraße 1, I. Tel. 6.1201
(früher Albrechtstraße.)

Nur noch **2 Tage!**
Celly de Rheidt **„Nackt"** Ballett
und Elfriede **Mertens**
Victoria-Theater — 8¼ Uhr
Ab Donnerstag **1. März** 8 Uhr
Berliner Gastspiel
Ausstattungs-Revue:
„Reinchen lauter Reinchen" 66
4716
unter persönlicher Leitung d. Komponisten
Harry Waldau
25 Revue-Bilder **60** schöne Frauen

Nacht-Vorstellung
Ab 1. März täglich **11 Uhr nachts**
Victoria-Theater — Ring 2297
Gastspiel Elfriede **Mertens** und Gustav **Heppner**
vom Intimen Theater Berlin in ihren sensationellen und aufregenden Partnerschaften
Grand-Gingol
Abenteuer
1 Stunde Sensation
1. Elfriede steht „Akt"
2. Die Peitsche und —
3. Die Kette. 4715

Huhtanen
war Sensation für Breslau, aber
noch mehr
werden die Breslauer
staunen
4710
über die große
Welt-Sensation
ab Sonnabend, 3. März
täglich 8 Uhr
Circus Busch-Schaustellung

Die gute billige
Skat-Karte 75 Pf.
empfiehlt 4406
C. Krotschmer
Schmiedebrücke 29b

Bettfedern
(böhmische Landware), auch ungeschlissene
pa. Inlets, fertige Betten
empfiehlt zu allerbilligsten Preisen 245
Bettfedernhaus Liebich
Neue Taschenstr. 1b, dicht am Stadtgraben.

Wein-Import-Haus
Herzberg & Co.
verkauft in seinen
5 Geschäften:
Höfchenstraße 48
Blücherplatz 18
Klosterstraße 64
Michaelisstraße 3
Leuthenstraße 10
deshalb so billig, weil sie die Weine direkt in großen Waggons aus dem Auslande bezieht.

Echte süße Südweine

von Faß	p. Lit.
Südwein hellrot oder gelb	1.25
Moscatel Lagrima	1.50
Tarragona	1.40
Malaga goldgelb	1.50
Sherry-Wein	1.60
Vino Vermouth	1.50

in Flaschen wie in früheren Anzeigen erhältlich

	p. Lit.
Bowlen-Wein	1.30
Rotwein herzhaft, kräftig	1.20

Obstweine

	einschl. Flasche
Cyder	0.65
Kirschbeerwein	0.90
Johannisbeerwein	0.85
Stachelbeerwein	0.85
Preiselbeer das Anbaudung	1.45

Herrenschneider-Zwangs-Innung
Arbeitgeberverband
für das Schneidergewerbe

Maßarbeit
ist doch das Beste

241

Öffentliche Aufforderung
zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag für 1928.

I.

Eine Steuererklärung ist abzugeben für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren **Leitung** sich **hier** befindet.

1. wenn ihr Gewerbeertrag im Kalenderjahre 1927 den Betrag von 6000 RM. überstiegen hat;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages, wenn der Gewinn auf Grundlage des Ausschusses der Bücher zu ermitteln ist;
3. wenn vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebs abzugeben.

II.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks

„Muster Gew. 1 (für Einzelgewerbetreibende, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften),
Muster Gew. 2 (für juristische Personen),
Muster Gew. 4 (als Anlage zum Muster Gew. 1 oder 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden)"

in der Zeit vom 15. bis 31. März 1928 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Breslau einzureichen. Denjenigen Steuerpflichtigen, denen bis zum 15. März Vordrucke für die Steuererklärung nicht zugegangen sind, werden auf Verlangen Vordrucke vom 15. März ab im Magistratsbüro V, Königsplatz 2, I Stock am Schalter während der Dienststunden von 8 bis 13 Uhr abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuererklärung nicht abhängig.

III.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV.

Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Breslau, den 27. Februar 1928. 4714

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Breslau.

Inserate erzielen in unserer Zeitung — den größten Erfolg! —

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Regelmäßige direkte Abfahrten
mit Doppelschrauben-Dampfern
für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach
CANADA
Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt
in Breslau: Norddeutscher Lloyd, General-Agentur
Lloydreisebüro G. m. b. H., Neue Schweidnitzer Straße 6 (Allbar-Haus).
1081 T

Kappel
„Einfach fabelhaft"
so lautet das Urteil jeder Maschinenschreiberin, die auf der
„Kappel"
mit geräuschlosem Wagenrücklauf und zwangweiser Großbuchstabensperre arbeitet. Machen auch Sie einen Versuch. Sie werden begeistert sein.
Bezirksvertreter:
Max Arnoldt
Tauenzienstraße 5 // Museumplatz 9
Fernsprecher Ohle 5169
Eigene Reparatur-Werkstatt.
<Vertreter gesucht!>
689

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen nehmen entgegen die Expedition dieses Blattes sowie alle Breslauer Kolportageure.

Reste
in Serge, Kattun, Leinwand, Kleiderstoffe u. Rohhaar sehr billig. Wattelinie Mk. 2 Mk., Garn 1000 Mk. 25–80 Pf., Mais-Schnürsenkel 100 Paar 2–8 Mk., Knöpfe Dutzend 3–10 Pf., Kernseife Riegel 13 Pf., 1 Dose Erdal 15–90 Pf., alles prima Ware
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 1476
Filiale an Oderstraße 17 und Weißgerbergasse 43.

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 2, Graupnerstr. 5

Leihweise
Frack-
Rock- u. Smoking-Anzüge
nur neueste Fassons
C. P. Pätzold
Königstraße 7/9, I.
Kistino-Ausschank.

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Figurstraße 6/8
übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei prompter, preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.
Spezialität:
Massenauflagen
(Rotationsdruck)

Erfinder
erhalten anregende Broschüre kostenlos
Patent-Ing. R. Schmidt
Breslau 5.

Masken
elegant und sauber
von 2.00 Mk. an
verleiht 4544
Zander, Geilhornstr. 28 L.

Leihweise elegante
Frack-
Rock- und Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidermeister
Bischofstraße 3.

Teppiche – Läufer
ohne Anzahlung in 10 Monatsraten
Frankfurt a. M.
Schreiben Sie sofort!

Büro-Räume
rund 30–40 qm im Stadtinneren sofort gesucht. Angebote unter A 118 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Arbeitsmarkt

Lehrmädchen
nicht unter 16 Jahren, sowie tücht. Zuarbeiterin für Herrenwäsche nicht Gernecke, Große Dreilindengasse 1, II.

Zu der „Volkswacht" haben
Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Kleine Anzeigen

Jum Einweichen der Wäsche nur Henko
Henko-Waschlauge macht bei maßhaltiger Verwendung bei [illegible] Wäsche. Überzeugen Sie sich, wieviel Zeit und Arbeit Sie beim Waschen sparen.

Zierfischliebhaber! Aquarium-Anlage, 3 Stück, mit Gas-Heizung u. Pumpe, [illegible] zu verk. Brüderstr. 30, II. Etg. Garth. bei Langner 3[illegible]

1 gebrauchtes Bettsofa, 15 Mk., ein fast neuer Anzug 35 Mk., Herr. Figur. Friedenstr. 28, II.

2 gebrauchte Bettstellen verkauft Koka, Schweidnitzer Straße 38, IV. 4709

Heft neuer Frauenkleider wegen billig zu verkaufen. Freiheitstraße 19, 4. Etage r.

Gebrauchtes Schlafzimmer f. [illegible] Anzeige 12, K. [illegible]

Für die Richtigkeit verantwortlich: Karl Zimmer für den Anzeigenteil: [illegible] Breslau. – Druckerei: Friedrichstraße 3. – Anzeigenpreise: Blatt [illegible] 4. – Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., [illegible]

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Februar 1928.

Am Trauertage der Republik.

Heute sind drei Jahre verflossen, seit Friedrich Ebert, der erste Präsident des Deutschen Republik, in einem Sanatorium des Berliner Westens die Augen für immer schloß. Nach Erzberger und Rathenau war er das dritte Opfer einer verbrecherischen nationalistischen Hetze. Zwar haben ihn nicht Kugel oder Handgranate niedergestreckt, doch schleichende Heimtücke hat ihn vorzeitiges Ende herbeigeführt. Nach dem Wahlsiege der Reaktion vom Jahre zuvor, war die Sozialdemokratie an der Regierung nicht mehr beteiligt. Einsam stand Friedrich Ebert auf seinem Posten umbrandet von Haß und Lüge, zu jeder Stunde wachend, daß der Republik kein Schaden geschehe. So hielt sein Pflichtgefühl in fest, bis unerträglicher Schmerz ihn zwang, ein Sanatorium aufzusuchen. Hätte er es einen Tag eher getan, er lebte wohl heute noch, wird doch eine Blinddarmoperation alljährlich von Tausenden ohne Nachteil überstanden. Doch wenn Ebert wegen irgendeiner Unpäßlichkeit in ein Sanatorium gegangen wäre, wie wäre da gehöhnt und gehetzt worden, daß er nach Mitleid hasche, um weiter auf seinem Posten kleben zu können. So ging er zu spät und ging uns und der Republik verloren. Am toten Ebert noch hat sich fanatischer Haß der Hakenkreuzler und Sowjetanhänger ausgetobt, immerhin, sie hatten das ihrige erreicht, die Bahn war frei — für Hindenburg!

Erst nach Hindenburgs Wahl konnte das geschehen, was wir erlebt haben, konnten Agrarier und Industrieritter ihren Wahlsieg wie zum Schaden des gesamten Volkes ausnützen, wie es geschehen ist. Unter Ebert wäre dieser Reichstag nicht so alt geworden, doch war die bittere Lehre des Bürgerblocks dem deutschen Volke einschließlich der deutschen Arbeiterschaft wohl nötig zur Selbstbesinnung. Diese Selbstbesinnung wurde bei vielen bereits durch die Trauernachricht ausgelöst. Dem toten Ebert wurden Kreise gerecht, die bei Lebzeiten zu seinen Verfolgern gehört hatten. Der Sieg Hindenburgs mit kommunistischer Hilfe hat innerhalb der Arbeiterschaft so manchem die Augen geöffnet über Wechselwirkungen im politischen Leben. Und schließlich war es der Eigennutz, der heute regiert, der Millionen von Abtrünnigen der alten, ehrlichen und kampferprobten Sozialdemokratischen Partei wieder zutrieb, wie alle Wahlen der letzten Zeit gezeigt haben.

Still schläft ein Märtyrer der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Friedhof in Heidelberg. Sein Grab ist der Arbeiterschaft heilig, wie das von Ferdinand Lassalle, das wir in Breslau bewahren und bewachen. Wie immer, wenn ein Großer von uns geht, hat auch beim Hinscheiden Friedrich Eberts manchem unter uns das Herz still gestanden in der bangen Frage, was nun geschehen soll. Doch immer wieder war es der Glaube an den endgültigen Sieg des Sozialismus, der uns vorwärts trieb und uns auch neue Männer als Vollstrecker unseres Willens finden ließ. Und so können wir auch im Angedenken an den toten Freund und Kampfgenossen Friedrich Ebert bekennen, daß die Arbeiterschaft die Quelle von Kraft und Intelligenz unerschöpflich ist. Wir haben auch Leute, wert und geeignet, um den Platz einzunehmen, den er sterbend verließ, wo aber haben die anderen außer Hindenburg auch einen Mann, den das Volk zu wählen bereit wäre?

Der nächste Wahltag wird Schmach und Unrecht austilgen, die Friedrich Ebert von würdelosen Gegnern zugefügt wurden. In seinem Geiste wollen wir mit aller Kraft weiter arbeiten für eine freie und soziale Republik, als Vorstufe für eine höhere Gesellschaftsordnung, die des Sozialismus! —f.

Eine wichtige Versammlung

für alle Eltern und Parteigenossen der Südvorstadt und Gräbschens findet Donnerstag über acht Tage in der Aula der Volksschule, Yorckstraße 59, 2. Gebäude, statt. In dieser Versammlung wird der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend Schlesiens über die Notwendigkeit der Erziehungs- und Bildungsarbeit am Kind, als auch an Jugendlichen, sprechen. Es wird als ein Thema behandelt, das für alle Arbeitereltern, die ihre Kinder fern von dem Kitsch und den zweifelhaften Vergnügungen des Vorstadtkinos und des Tanzbodens zu Kämpfern für die Ziele der gesamten Arbeiterklasse erziehen wollen, von großer Wichtigkeit ist. Deshalb haltet euch den Abend bestimmt frei für unsere gemeinsame Elternversammlung. Mit Frei Heil und Freundschaft laden ein:

Das Heim 4 der Sozialistischen Arbeiterjugend
und die Arbeiterkinderfreunde, Gruppe 5 (Gräbschen).

Beamtenkonferenz der Partei.

Die Sozialdemokratie ruft ihre parteigenössischen Beamten zu einer Bezirkskonferenz zusammen. Eine im alten Deutschland unmögliche Tatsache, heute aber schon eine Selbstverständlichkeit: der Beamte, der nicht nur seine wirtschaftlichen Interessen wahrnimmt, sondern auch unbehindert seine politische Meinung frei äußern darf. Um auch diesen arbeitenden Schichten nach den wirtschaftlichen Kämpfen um die Besoldungsreform, die politischen Aufgaben zuzuweisen, hatte der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens eine Bezirkskonferenz der SPD.-Beamten am Sonntag einberufen. Ueber „Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Kampf um die Besoldungsvorlage" sprach hier Reichstagsabgeordneter Postinspektor Genosse Steinkopf, der Führer des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, während Provinziallandtagsabgeordneter Genosse Mache über „Beamtenschaft und Sozialdemokratische Partei" sprach.

Die im großen Saal des Gesellschaftshauses „Wratislavia" tagende Konferenz wurde durch eine kurze Begrüßungsansprache des Genossen Mache eingeleitet. Nach Wahl des Büros übernahm Genosse Fellsen die Leitung der Konferenz und gab sogleich Genossen Steinkopf das Wort zu seinem Referat über „Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Kampf um die Besoldungsreform".

Der Redner gibt einleitend einen kurzen Ueberblick über die jetzt zu Ende geführte Beamtenbesoldungsreform; stellt der beamtenfeindlichen Stellung Stegerwalds die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratischen Fraktion gegenüber, die sich vorbehaltlos für die Forderungen der Beamten einsetzte. Die großen Versprechungen der Bürgerblockparteien, die sie nach der Reichstagswahl den Beamten gaben, haben sich auch durch die neue Besoldungsreform nicht erfüllt. Wenn wir die Reichsbesoldungsreform hier kritisieren, so sei die preußische Besoldungsreform nicht vergessen, die aber in ihrer Ausgestaltung stets vom Reiche abhängig ist. Unser Bestreben geht dahin, eine für Reich, Länder und Kommunen einheitliche Besoldung der Beamten zu erreichen, Fragen, die letzthin erst durch den Einheitsstaat voll verwirklicht werden können. Gegenwärtig muß von der Reichsregierung und dem Reichstag die Führung behalten werden.

Der Referent geht nun weiterhin näher auf die hauptsächlichsten Punkte des letzten Besoldungsgesetzes ein. Die Absicht der Sozialdemokratie war, das Besoldungssystem von 1920 beizubehalten. Als dies aber bei den augenblicklichen Mehrheitsverhältnissen im Reich nicht möglich war, haben wir trotzdem in loyaler Weise mitgearbeitet, da eine Annahme des Gesetzes bei Obstruktion der Sozialdemokratie uns großen Schaden gebracht hätte. Große Mängel sind auch in dem neuen Gesetz geblieben, neue Mängel mit hineingekommen, ohne daß wir die Möglichkeit hatten, sie zu beseitigen. Sind oftmals von uns geforderte Verbesserungen abgelehnt worden, so war es doch immerhin hier und da möglich, unseren Einfluß geltend zu machen. Ist es doch vorgekommen, daß unsere Anträge in erster Lesung abgelehnt, dagegen in zweiter Lesung als bürgerliche Anträge angenommen wurden. In scharfer Weise ist die Sozialdemokratische Fraktion der Absicht der Reichsregierung entgegengetreten, den Akademikern eine Sonderstellung einzuräumen. Unser Bestreben, den mittleren und unteren Beamten die Beförderung zu erleichtern, ist an dem Willen der Bürgerblockparteien gescheitert. Auch unsere Forderung nach Beseitigung der Gruppe XII, wurde von ihnen abgelehnt. Gegen unseren Willen sind die Gruppen der technischen Beamten geschaffen worden, um ihnen dadurch den weiteren Aufstieg unmöglich zu machen. Schwere Kämpfe gab es in der Frage des Besoldungsdienstalters, auch hier waren unsere Versuche, Verbesserungen zu erreichen, vergeblich. Dagegen konnten bei den Reformen des Wohnungsgeldzuschusses gewisse Erleichterungen erreicht werden, die uns jedoch keinesfalls zufriedenstellen, ein gleiches war der Neufestsetzung der Kinderzuschläge möglich. Vergeblich war das Bemühen, die Pensionäre gleich den Wartestandsbeamten einzustufen. Auch die Wartestandsbeamten werden abwarten müssen, bis ihnen ein anders zusammengesetzter Reichstag bessere Lösungen ihrer Angelegenheiten bringt.

Nach wie vor tritt die Sozialdemokratie im Gegensatz zu Stegerwald und Imbusch, deren beamtenfeindliche Politik der Redner oftmals aufzuzeigen Gelegenheit hatte, für das Berufsbeamtentum ein. Bewußt ihrer Verantwortung, hat die Sozialdemokratie ihre Forderungen in angemessenen Grenzen gehalten, bei ihren Betrachtungen stets die Relation zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern nicht außer acht gelassen. Ueberblickt man vor Abschluß der Legislaturperiode die vom Bürgerblock geleistete Arbeit, so muß gesagt werden, daß nur wenig für die Beamten erreicht worden ist. Der kommende Reichstag wird hoffentlich so zusammengesetzt sein, daß manches nachgeholt werden kann, daß vor allem in der Personalpolitik des Reiches eine Aenderung eintritt. Die Erledigung der Beamtenbesoldungsreform müßte jedem unteren und mittleren Beamten gezeigt haben, welche Bedeutung auch für ihn die nächsten Wahlen haben können, wenn er sich durch sie eine andere Reichstagszusammensetzung erringt. Dieses ausführliche zweistündige Referat, das nicht nur die grundsätzlichen, sondern auch viele kleinen Fragen der verschiedensten Beamtengruppen aufwarf, fand den lebhaften Beifall der Teilnehmer.

Nach einer kurzen Pause nimmt dann Genosse Mache das Wort zu seinem Referat über „Die Beamtenschaft und die Sozialdemokratische Partei", der sich zunächst unter verständnisvollem Gelächter der Anwesenden Absolution erbittet, daß er als Arbeiter zu den Beamten spreche. In seinen Ausführungen beschränkt sich der Redner auf allgemein politische und geschichtliche Fragen der Beamtenbewegung. Gerade die Entwicklung der letzten Zeit erfordere eine rückläufige Betrachtung der Vergangenheit. Im vorrevolutionären Deutschland war der Beamte auch als Privatperson unfrei; seine politische Einstellung war eine unfreiwillige, die sich an der politischen Haltung des Vorgesetzten orientierte. Und dieser Vorgesetzte war natürlich konservativ, bestenfalls nationalliberal. Das war kein Wunder, da ja die Beamtenschaft einen stockreaktionären Arbeitgeber hatte; die kleinste politische Mißhelligkeit hätte nicht nur dem Beamten die Existenz gekostet, sondern ihn darüber hinaus auch gesellschaftlich geächtet.

Diese Zustände änderten sich mit der Revolution von 1918, die vor allem den Beamten politische und Koalitionsfreiheit gab, eine entscheidende Tatsache, die leider in der allgemeinen Umwälzung und in einer Zeit großer wirtschaftlicher Nöte, nur wenig Beachtung geschenkt wurde. Nun fand man auch unter der Beamtenschaft den Weg zu der bisher so verpönten Sozialdemokratie. Aber ihre Erwartungen, daß nunmehr ihre höheren Vorgesetzte ihrer Aemter entledigt werden würden, mußten enttäuscht werden, da man ja gerade in dieser Zeit leider auch diese Kräfte zum Wiederaufbau brauchte, außerdem sich die höheren Beamten der Umstellung rasch anzupassen wußten. Viele sind wieder von links abgewandert, haben sich zum Teil politischen Aposteln oder wieder den Rechtsparteien zugewandt. Aber auch dort werden sie durch die Entwicklung der letzten Jahre, durch die Regierung des Bürgerblocks, abermals wieder enttäuscht worden sein. Auf die Nachteile hinzuweisen, die auch der Beamtenschaft durch die Rechtsregierungen der letzten Jahre entstanden sind, muß unsere Aufgabe sein. Wenn gerade jetzt die Besoldungsreform erledigt wurde, so nur aus politischen Gründen, um die Beamten kurz vor den Wahlen wieder für sich zu gewinnen. Die Beamtenschaft aber darf sich nicht allein auf die Besoldungsordnung beschränken, sie muß auch der allgemeinen wirtschaftspolitischen Bewegung Beachtung schenken. Allein die Tatsache, daß jede Gehaltserhöhung durch eine Erhöhung der Preise wieder illusorisch gemacht werden kann, zeigt die Wichtigkeit eines stärkeren Einflusses auf politischem Gebiete.

Der irrigen Behauptung, daß die Sozialdemokratie beamtenfeindlich sei, muß unser Beamtenprogramm von 1924 entgegengehalten werden. Die Sozialdemokratie braucht die Beamten, um als mitwirkende Partei im Staate die nötigen Kräfte zu haben. Das sollte die Beamtenschaft bedenken, wenn sie jetzt im Wahlkampf zur Entscheidung aufgerufen werden wird. Sie muß sich zur Verwirklichung ihrer besonderen Forderungen, wie auch zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaft, mit den Arbeitern und Angestellten unter die erprobte Sturmfahne der Sozialdemokratie stellen. (Lebhafter Beifall.)

In der anschließenden Diskussion fordert Genosse Franze gründliche Personalreform in der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums und schildert einige Mißstände im heutigen Polizeiwesen. Genosse Kutowski und Karge wünschen auch bei der diesmaligen Kandidatenaufstellung für den Reichstag Berücksichtigung der Beamtenvertreter, während Genosse Dokupil gegen Deutschen Beamtenbund und dessen Vertreter polemisiert. Die Genossen Krantz und Werk diskutieren über spezielle Beamtenfragen und Genosse Thiel erinnert die Beamten, mehr für die Heranbildung des Nachwuchses Sorge zu tragen. Genosse Vogler spricht noch zur Kandidatenfrage, falls nicht ein Vertreter des Deutschen Beamtenbundes wieder nominiert wird, soll ein Mitglied des Allgeminen Deutschen Beamtenbundes aufgestellt werden. In einem kurzen Schlußwort geht Genosse Steinkopf auf die einzelnen Diskussionsreden

Ein Jack London-Abend.

Am Mittwoch, den 7. März, abends 8 Uhr, findet im **großen Saale des Gewerkschaftshauses,** Margaretenstraße 17, ein **Lichtbildervortrag mit Rezitationen** statt durch den bekannten Schauspieler und Rezitator **Alfred Beierle** über den bekannten sozialistischen Dichter

Jack Londons Leben und Werke.

Alfred Beierle wird an Hand von Lichtbildern zunächst einen Vortrag über Leben und Werke des Dichters halten und sodann mehrere Stücke aus Jack Londons Werken verlesen.

Eintrittspreis 40 Pf. Für Erwerbslose und Jugendliche, aber nur an der Abendkasse, 20 Pf. Der Vorverkauf beginnt Donnerstag, den 1. März an den gleichen Vorverkaufsstellen wie bei den Wanderratten. **Arbeiterbildungsausschuß Breslau.**

1. Südostdeutscher wissenschaftlicher Aerztetag.

Am 25. und 26. Februar tagte in Breslau der erste Südostdeutsche wissenschaftliche Aerztetag, an dem sich die verschiedenen wissenschaftlichen ärztlichen Fachvereinigungen Schlesiens beteiligten. Am Sonnabend vormittag fand im prachtvollen Saale des deutschen Lichtspiel-Delitheaters eine gemeinsame Sitzung statt, an der etwa 600 Aerzte Südostdeutschlands und der angrenzenden sudetendeutschen Länder und eine Anzahl Gäste aus dem übrigen Deutschland und Oesterreich erschienen waren. In der Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende, Geheimer Medizinalrat Professor Küttner darauf hin, daß die Gründung der Gesellschaft zu danken sei dem Streben, die Wissenschaften und praktischen Interessen der Aerzteschaft in den jetzigen Verhältnissen des bedrängten deutschen Ostens zusammen zu schließen und zu fördern. Weiter wurden die Anwesenden von dem Rektor der Friedrich-Wilhelm-Universität und von dem Vorsitzenden der Aerztekammer Geheimrat Asch begrüßt. Das Hauptthema der wissenschaftlichen Tagung handelte über den Kopfschmerz. Professor Foerster-Breslau sprach über die anatomischen Grundlagen und nervösen Leitungsbahnen in den Kopfschmerzen und in den Hirngefäßen, die die Uebertragung der krankhaften Sensationen auf das Gehirn vermitteln. Kopfschmerz kann erzeugt werden durch direkte Schädigung des Gehirns, durch chemische und physikalische Faktoren (Kohlensäureüberladung, Hirndruck, Blutleere, wie Blutüberfüllung usw.) andererseits auch ausstrahlen von Erkrankungen der weiteren und näheren Umgebung. Letzteres ist bedingt dadurch, daß die Nerven des Gehirns und der Hirnumgebung in gemeinsamen peripheren zusammenlaufen und deren übermäßige Erregung die Weiterübertragung von Schmerzen aus der Hirnumgebung auf das Gehirn selbst vermittelt. Der Kopfschmerz ist weitgehend abhängig von der individuellen Empfindlichkeit, von dem Willen und gemütlichen Einstellung sowie der Aufmerksamkeit des Menschen. Er kommt vor bei angeborenen Schädelmißbildungen, beim Wasserkopf, bei und aus Folge von Verletzungen, wobei es durch eine chronische Hirnhautentzündung auch zu einem ausgesprochenen Nervenleiden kommen kann; ferner bei Hirngeschwülsten, bei Eiterherden, bei Hirnhautentzündung, akuter oder chronischer Art, weiter bei Hirnentzündungen, Syphilis, Arteriosklerose, Migräne. In einer Anzahl von Fällen auch ohne bekannte Ursache. Es wird auf die Behandlungsweisen dieser Erkrankungen eingegangen, wobei besonders die Bekämpfung des Kopfschmerzes berücksichtigt wird. Geheimrat Bielschowsky-Breslau spricht über den Kopfschmerz bei Erkrankung der Sehorgane. Er tritt besonders bei Regenbogenhautentzündung und bei grünem Star auf, ferner häufig als erstes Symptom bei der Weitsichtigkeit, seltener bei der Kurzsichtigkeit, oft ehe diese Erkrankungen dem Patienten zum Bewußtsein gekommen sind. Verursacht wird er hier durch die übermäßige Anstrengung, um klare Sehbilder zu erhalten. Professor Stepp-Breslau: Auch Allgemeinstörungen des Körpers, Erkrankungen des Magen-Darmkanals, Selbstvergiftungen des Körpers infolge Schwäche einzelner Organe können zu Kopfschmerzen führen. Professor Hinsberg-Breslau berichtet über den Kopfschmerz in der Nasen- und Ohrenheilkunde. Akute Erkrankungen des Mittelohrs bedingen hauptsächlich Kopfschmerzen. Im übrigen ist aber gerade im Ohrgebiet der Schmerz ein unsicherer Anzeiger, da sehr gefährliche Erkrankungen des inneren Ohres, des Labyrinths usw. schmerzfrei sein können. Weiter werden die kopfschmerzverursachenden Erkrankungen der Nase und Nasennebenhöhlen, ebenso wie ihre Behandlung besprochen. Professor L. Frankel spricht über Sexualhormone und Blutdrüsenkrankheiten, er berichtet über die Ergebnisse der Forschung, sowie eigener Versuche, über die Wirkung von Eierstockpräparaten und Eierstockextrakten bei verschiedenen Erkrankungen, die durch Schädigung der Eierstockfunktion bedingt sind. Im Tierversuch konnte durch Eierstockhormone Menstruation bei noch nicht geschlechtsreifen und bei gealterten Mäusen hervorgerufen werden. Aehnlich wirkt auch der Extrakt des Hirnanhanges. Weiter zeigt Elschnig-Prag Filme von Augenerkrankungen mit Störungen in der Bewegung der Augen und Augenlider. Ferner Geheimrat Küttner-Breslau hohem Blasenschnitt, die eines Zungenkrebses einschließlich der Ausräumung der Halsdrüsen, sowie endlich die Entfernung einer Niere wegen Geschwulstbildung zeigen.

Theater und Musik.

Stadt-Theater.

„Fidelio."
(Gastspiel.)

Das stand von vornherein fest: daß eine Steigerung dieser in jeder Hinsicht überragenden Leistung, die Nanny Larsén-Todsen aus Bayreuth am Sonnabend als Isolde bot, kaum zu erwarten sein würde, aber auch auf eine derartige Abschwächung, wie sie leider das neuerliche Auftreten mit sich brachte, hätte man nicht für möglich gehalten. Wohl gab es zahlreiche Lichtpunkte in der stimmlichen Ausstattung der Leonore, aber jenes, in allen Lagen wundervoll ausgeglichene, scheinbar durch keine physische Anstrengung zu schwächende Riesenmaterial war nur noch bruchstückweise vorhanden. Eine Indisposition hatte sich der hier zu Gast weilenden Künstlerin bemächtigt, die sich auch auf die musikalische Gestaltung legte und selbst das Spiel hemmte. Allerdings haben wir in Frau Larsén eine ausgesprochene Wagner-Interpretin vor uns, die mit dem Beethovenstil nicht so eng verwachsen ist wie mit der Gefühlswelt Wagners, aber sie hat sich bei ihrem ersten Erscheinen als eine so intelligente Gestalterin ausgewiesen, daß diese plötzliche Mittelmäßigkeit immerhin erstaunlich ist. Im dritten Bild, leider erst nach der großen Arie, schien sich die gewohnte Größe wieder einfinden zu wollen, als ihr ein weiteres Hindernis in dem ihr gegenübergestellten, recht minderwertigen Florestan erwuchs. Willy Zilken aus Leipzig, der die Tritten stimmliche Mängel durch ansprechende Darstellung auszugleichen versuchte, verfügte diesmal vollständig, da das Organ einfach nicht mehr über die erforderliche Höhe verfügt. — Als Kerkermeister Rocco bewährte sich mit seinem abgerundeten Baß Hans

ein und fordert die Beamten auf, bei der Wahl die Sozialdemokratie tätigst zu unterstützen.

Ehe Genosse Feilen die gut verlaufene Konferenz schließt, werden noch folgende Anträge und Resolution angenommen:

I.

„Die Bezirksbeamtenkonferenz beschließt, daß in allen Ortsgruppen die parteigenössischen Beamten einen Sonderbeitrag von 0,20 Mark abführen. Dieser Beitrag unterliegt der Verwaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und findet lediglich für Beamtenzwecke der Arbeitsgemeinschaft Verwendung."

II.

„Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei wird dringend ersucht, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Genossen Seppel wieder an aussichtsreicher Stelle der Reichstagswahlliste aufzustellen. Das zähe Wirken und unerschrockene Eintreten des Genossen Seppel für die Beamten hat in diesen Kreisen die sichere Erwartung ausgelöst, daß er auch im kommenden Reichstag für die Interessen aller Werktätigen eintreten wird."

III.

„Die Bezirksbeamtentagung der SPD., die am 26. Februar dieses Jahres zusammentrat, drückt der Partei ihr volles Vertrauen aus und dankt insbesondere den Reichstags- und Landtagsabgeordneten für ihre mühevolle und erfolgreiche Arbeit für die Interessen der Beamtenschaft. Insbesondere erklärt der Bezirksbeamtentag, daß die sachkundige und unermüdliche Tätigkeit des Reichstagsabgeordneten Genossen Steinkopf nicht nur in den Reihen der SPD.-Beamten, sondern auch bei den nichtparteigenössischen Beamten dankbarste Anerkennung gefunden hat."

IV.

„Der Bezirksbeamtentag der SPD. fordert vom Hauptvorstand, den Reichstagsabgeordneten Genossen Steinkopf wieder an sicherer Stelle der Reichsliste aufzustellen, da diese Wiederaufstellung sicher eine große Zahl von Wählern zuführen würde. Eine Nichtberücksichtigung des Genossen Steinkopf würde die Interessen der Beamten schädigen und für die Partei einen starken Wählerverlust bedeuten."

Ausstellung „Deutschland und Oesterreich".

Wegen des großen Interesses, das die Ausstellung Deutschland und Oesterreich bei der Arbeiterschaft und der übrigen Bevölkerung Breslaus erregt hat, wird der Arbeiterbildungsausschuß, wenn es ihm möglich ist, die Ausstellung noch einige Tage länger offen halten. Vorerst kann mitgeteilt werden, daß die Ausstellung auf jeden Fall noch am Mittwoch, den 29. Februar von vormittags 11 Uhr bis 22 Uhr geöffnet ist.

Arbeiterbildungsausschuß Breslau.

Die Heilbehandlung für Kriegshinterbliebene.

Unter Kriegshinterbliebenen verstehen wir hier Witwen, Waisen und Eltern der im Kriege Gefallenen, die nunmehr unter öffentlicher Fürsorge stehen. Ihr Verlangen ging schon seit Jahren darauf hinaus, eine Regelung ihrer Krankenhilfe nach dem Grundsatz der freien Arztwahl und durch Mitgliedschaft einer Krankenkasse zu erlangen. Im Reichsbund, wo ihre Interessen vertreten wurden, ging man noch weiter. Man verlangte vom Reich die Uebernahme der Heilbehandlung für die Kriegshinterbliebenen und begründete diese Forderung sehr richtig damit, daß die Hinterbliebenen wenigstens diesen Schadenersatz vom Reich für den Verlust ihres Ernährers verlangen konnten.

Dieses letztere konnte bis jetzt noch nicht erreicht werden, wohl aber die Erfüllung der ersten Forderung: freie Arztwahl und Anschluß an die Allgemeine Ortskrankenkasse. Ein bedeutender Fortschritt, wenn man bedenkt, daß bisher in Breslau die Kriegshinterbliebenen in ihrer Heilbehandlung ganz auf das Wohlfahrtsamt angewiesen waren, von dem sie im Notfalle einen Freischein an den zuständigen Bezirksarzt erhielten. Sie waren also um kein Haar besser gestellt als alle die anderen Armen, die ganz und gar auf die Gnade des Wohlfahrtsamtes angewiesen sind. Wie diese, mußten sie in jedem Einzelfalle an den Bezirksvorsteher mit der Bitte herangehen, ihnen einen Freischein auszustellen, der jenerseits gehalten war, erst die Bedürftigkeit zu prüfen und den Freischein nur dann auszustellen, wenn Hilfe unbedingt notwendig ist. Wirklich ein zu geringes Entgegenkommen denjenigen gegenüber, die durch den Krieg ihren Ernährer verloren haben, die fast ohne Ausnahme durch die Strapze des Krieges, die Nöte der Nachkriegszeit, die Inflation, die Verantwortung den Kindern gegenüber, die Unterernährung seelisch und körperlich krank geworden sind. Sie sollten es wirklich nicht nötig haben, erst das Wohlfahrtsamt um Gewährung einer Heilbehandlung zu bitten, sondern offen müßte ihnen durch Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse der Weg zur freien Arztwahl, zur Krankenhaus- oder auch Kurbehandlung stehen, so oft es ihnen gut und nötig erscheint.

Dies ist nunmehr durch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten erreicht. Zwischen der Stadt Breslau und der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der den Kriegshinterbliebenen, soweit ihnen nicht auf anderem Wege Heilbehandlung gewährleistet ist, also allen denen, die bisher Anspruch auf die Zusatzrente des Wohlfahrtsamtes hatten, den Anschluß an die Allgemeine Ortskrankenkasse gibt. Durch diesen Anschluß haben sie das Recht auf Aushändigung eines Krankenscheines, freie Wahl unter den bei der Kasse zugelassenen Aerzten, in gegebenen Fällen Aufnahme in ein Krankenhaus, Gewährung einer Heilkur usw.

Der Anschluß an die Allgemeine Ortskrankenkasse muß von den Hinterbliebenen beim Wohlfahrtsamt, Abteilung Fürsorge für Kriegshinterbliebene, beantragt werden und zwar nicht erst im Krankheitsfalle, sondern sofort. Ueber den Antrag entscheidet endgültig die Fürsorgestelle.

Sollte im Laufe der Zeit der oder jener Kriegshinterbliebene noch noch Grund zur Beschwerde über das Verhalten der Krankenkasse ihm gegenüber zu haben glauben, so muß er sich zuerst an den Vorstand der Ortskrankenkasse wenden. Will und kann er sich mit dessen Entscheidung nicht zufrieden geben, so entscheidet endgültig das Wohlfahrtsamt. Aus dem Bisherigen erhellt, daß für Hinterbliebene keine Freischeine mehr von den Bezirksvorstehern und Wohlfahrtsdirektoren ausgestellt werden, höchstens für diejenigen Hinterbliebenen, die aus irgendwelchen Gründen seitens der Fürsorgestelle bei der Krankenkasse nicht angeschlossen sind und aus eigenem Vermögen die ihnen notwendige ärztliche Behandlung sich nicht verschaffen können.

Das städtische Wohlfahrtsamt macht in seiner letzten Nummer des Wohlfahrtsblattes darauf aufmerksam, daß der zwischen ihr und der Ortskrankenkasse abgeschlossene Vertrag zunächst nur bis zum 31. März 1929 Dauer hat. Sollte die Neuerfahrung sich bewähren, dann wird der Vertrag weiter verlängert, doch müßte vor allem Ordnung des Freischeinwesens und der bezirksärztlichen Betreuung durchgegriffen werden. Letzteres wäre hauptsächlich dann zu befürchten, wenn durch unverhältnismäßige Inanspruchnahme der Krankenkasse die jährlichen Ausgaben derartig wachsen würden, daß die Stadt sie nicht mehr tragen könnte. Wir hoffen, daß Erfahrungen nach dieser Richtung überflüssig sind.

Begräbnisanzeiger auf den Friedhöfen.

An den Begräbnisanstalten der Friedhöfe auf den Friedhöfen sind in den Gängen der D-Züge [illegible] zu verwenden, sind seit einiger Zeit auf den Friedhöfen in Breslau [illegible], Lanka, Gräbschen, Kaiserwitz und Scheitnig [illegible] Begräbnisanzeiger [illegible] worden. Die Friedhofsverwaltung hat [illegible] Gleichheit des Zeichens [illegible] die [illegible] Begräbnis [illegible] (Leon, Mitte, [illegible]) auf [illegible] auf den Friedhöfen [illegible]. Die Friedhofsverwaltung hat [illegible] durch einen Kreis kenntlich gemacht. In Breslau und [illegible] geben die Begräbnisanzeiger bei den D-Zügen [illegible] Auskunft auf die Friedhöfe [illegible] Begräbnisanzeiger [illegible] Friedhofsverwaltung.

Unsere gestrige Funktionärversammlung

beschäftigte sich mit der Aufstellung der Kandidaten zu Reichstag, Landtag und Stadtverordnetenversammlung. Nach einer ausführlichen Aussprache wurden die Vorschläge des Vorstandes im wesentlichen mit Mehrheit angenommen. Die endgültige Beschlußfassung unterliegt der kommenden Mitgliederversammlung am nächsten Montag.

Genosse Dr. Fritz Brügel,

Bibliothekar an der Wiener Arbeiterkammer, spricht Dienstag, den 28. Februar, 20½ Uhr, im Haase-Ausschank, Junkernstraße, neben Lichtenberg, über: „Die hochschulpolitischen Verhältnisse in Wien". Interessierte Parteigenossen sind eingeladen.

Laßt nach Maß arbeiten!

Das Maßschneidergewerbe veranstaltet in der Zeit vom 24. Februar bis 3. März eine Reichswerbewoche für die Maßschneiderei, um der Oeffentlichkeit den Wert guter Maßarbeit vor Augen zu führen. Nur Maßarbeit wirkt persönlich und vornehm, bietet Gewähr für sorgfältigste Verarbeitung nur bester Stoffe und Zutaten und guten Sitz. Darum unterstützt das schwer um seine Existenz kämpfende Maßschneiderhandwerk durch Erteilung von Aufträgen.

Wer will einmal tüchtig lachen?

Gelegenheit, einmal tüchtig zu lachen, bietet sich demnächst auf der nächsten Veranstaltung des Arbeiterbildungsausschusses Breslau. Es handelt sich um den **Bunten Abend des politischen Kabaretts**

„Die Wandercratten"

der am Mittwoch, den 29. Februar, abends 8 Uhr, in den Zentralballsälen, Westendstraße, stattfindet.

Der Eintrittspreis beträgt 60 Pf.; für Erwerbslose und Jugendliche aber nur an der Abendkasse 30 Pf.

Der Vorverkauf findet statt: in den Volkswachtbuchhandlungen Neue Graupenstraße 5/6 und Neue Taschenstraße 11, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17; Parteisekretariat, Zimmer 36, Restaurant und Bibliothek, in der Ausstellungshalle am Christophoriplatz, Freie Volksbühne, Albrechtsstraße, Vorwärts-Lager Matthiasstraße 122, Wirtschaftsmagazin Silbermann, Westendstraße 53, Zentralballsäle Westendstraße, Lotteriekollekte Lehnert, Gräbschener Straße 27 und bei den Betriebsvertrauensleuten. — Erwerbslose und Jugendliche 30 Pfg. nur an der Abendkasse.

Da der Vorverkauf sehr rege ist, wird empfohlen, sich rechtzeitig Karten für den Abend zu sichern.

Arbeiterbildungsausschuß Breslau.

Autohotels.

In den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein ganz neues Gewerbe herausgebildet und zwar das Groß-Garagenwesen. Dieses ist nicht aus einem Luxusbedürfnis entstanden, sondern organisch aus dem auch in Breslau immer mehr zunehmenden Automobilverkehr erwachsen. Aus diesem Grunde kann man wohl auch sagen, daß dieser neue Geschäftszweig keine Eintagsfliege ist, sondern Bestand haben wird. Das Automobil, früher ein Luxusartikel, ist heute ein Gebrauchsgegenstand erster Ordnung. Während in Amerika jeder fünfte Einwohner ein Kraftfahrzeug besitzt, kommt in Deutschland laut Statistik vom Jahre 1927 erst auf 65 Einwohner ein Auto. Im Jahre 1926 war das Verhältnis in beiden Ländern 9 : 36.

Breslau hat einen ungefähren Kraftfahrzeugbestand von 3000 Wagen, von ihnen rund 1000 in Groß-Garagen oder Autohotels untergebracht. Eine Groß-Garage kann sehr viele Wagen aufnehmen; sie ist in Einzel-Boxen eingeteilt. Die baupolizeilichen Vorschriften gestatten in Deutschland nicht die Unterbringung von Hunderten von Wagen in einer großen Halle, wie dies vielfach im Ausland Sitte ist. In letzter Zeit sind aber die einschlägigen baupolizeilichen Bestimmungen gemildert worden, so daß damit zu rechnen ist, daß hier in kurzer Zeit ebenfalls solche Hallen erstellt werden, die auf die jetzt ziemlich hohen Bozenpreise ermäßigend wirken werden.

Ein hiesiges Groß-Garagenwesen wird in nächster Zeit eine solche Kraftwagenhalle erbauen, in der etwa 35 Wagen eingestellt werden können.

Ein Autohotel in der Friedrichstraße betreibt nicht allein die Vermietung von Boxen, sondern hat eine ziemliche Anzahl Zimmer erbaut, in denen fremde Chauffeure Hotelunterkunft zu billigen Preisen finden. Weiterhin sieht man in diesem Unternehmen eine große Automobilwerkstatt, einen Friseurladen, eine Verkaufsstelle für Automobilzubehör und schließlich acht Zapfsäulen, aus denen alle möglichen Betriebsstoffe verkauft werden. In den Tanks, aus denen diese Zapfsäulen gespeist werden, lagern mindestens 40 000 Liter Benzin und Benzol. Die Vorteile solcher Autohotels liegen auf der Hand.

In den Groß-Garagen sind auch Einrichtungen getroffen worden, daß die Oele und Benzine, die sich naturnotwendig aus dem Auto absondern, nicht in die Kanäle fließen, sondern in vorschriftsmäßiger Weise aufgefangen werden. In besonderen Waschhallen können die Wagen binnen gereinigt werden. Mancherlei Vorkehrungen sind gegen Explosionsgefahr zur Nachtzeit getroffen. Für die erfahrungsmäßige Abwicklung des Verkehrs sowohl am Tage als auch nachts, sowie für die Bewachung der eingestellten Autos sorgt ein automobiltechnisch ausgebildetes Betriebspersonal.

Breslau eröffnete im Jahre 1921 in der Tauentzienstraße die erste Großgarage mit 80 Boxen. Heute bestehen hierorts etwa 30 Betriebe dieser Art, von denen einzelne, wie schon erwähnt, fast 200 Autos aufnehmen vermögen. Es sind bisher noch keinerlei Brände in Großgaragen entstanden, zu denen die Feuerwehr gerufen werden mußte. Auch sonstige nennenswerte Unglücksfälle auf den einzelnen Betriebsgrundstücken waren nicht zu verzeichnen.

Die Großgaragen erleichtern ohne Zweifel vielen Geschäftsleuten und Privaten das Halten eines Autos. Breslau braucht in absehbarer Zeit weitere Großgaragen. Die Plätze für solche Anlagen im Innern der Stadt sind jedoch viel zu teuer, um auf ihnen Ausbeutung zu erzielen.

Morgen Mittwoch

und

Donnerstag und Freitag 5 und 8 Uhr

das größte deutsche Lustspiel

„Die Hose"

in den

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

Die Schulferien des Schuljahres 1928/29

sind für die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen wie folgt festgesetzt worden: Gewerbliche Berufsschulen für Knaben und kaufmännische Berufsschulen: Osterferien: Schulschluß Donnerstag, den 31. März, Schulanfang Donnerstag, den 12. April; Pfingstferien: Schulschluß Freitag, den 25. Mai, Schulanfang Dienstag, 5. Juni; Sommerferien Schulschluß Donnerstag, den 5. Juli, Schulanfang Donnerstag, den 9. August; Herbstferien: Schulschluß Freitag, den 28. September, Schulanfang Montag, den 8. Oktober; Weihnachtsferien: Schulschluß Dienstag, den 11. Dezember, Schulanfang Donnerstag, den 3. Januar 1929. gewerbliche und hauswirtschaftliche Berufsschule für Mädchen: Osterferien: Schulschluß Sonnabend, den 31. März, Schulanfang Donnerstag, den 12. April; Pfingstferien: Schulschluß Sonnabend, den 19. Mai, Schulanfang Mittwoch, den 30. Mai; Sommerferien: Schulschluß Donnerstag, den 5. Juli, Schulanfang Donnerstag, den 9. August; Herbstferien: Schulschluß Freitag, den 28. September, Schulanfang Montag, den 8. Oktober; Weihnachtsferien: Schulschluß Dienstag, den 11. Dezember, Schulanfang Donnerstag, den 3. Januar 1929.

Das neunzigjährige Bestehen der Bürgerrettungsanstalt Breslau

bildete den Anlaß einer schlichten Feier am Montag im Stadtverordnetensitzungssaale, an der unter anderem der Oberbürgermeister Dr. Wagner und Bürgermeister Dr. Herschel teilnahmen. Nach einem Chorgesang des Gesangvereins Breslauer Bäckermeister und dem Vortrag eines Prologs hielt der erste Vorsitzende der Anstalt, Herr Hugo Huth, die Begrüßungsrede. Ueber das Wesen und Wirken der Anstalt verbreitete sich der zweite Vorsitzende, Herr Roman Matulla. Die Bürgerrettungsanstalt ist eine milde Stiftung für den gewerblichen Mittelstand, die den Zweck hat, unverschuldet in Not geratenen, selbständigen, gewerbetreibenden Bürgern der Stadt Breslau zu helfen, und zwar durch Gewährung zinsloser Darlehen zur Aufrechterhaltung und Fortführung ihres Gewerbes. 1837 wurde die Anstalt vom Gewerbeverein begründet. 1923 mußte ihre Schließung erfolgen, da 150 000 Mark Goldmark der Inflation zum Opfer fielen. Doch mit Unterstützung von hiesigen Gewerbetreibenden und verschiedener Korporationen gelang es, dieses wichtige soziale Institut im Jahre 1924 wieder zu eröffnen. Unzählige Gesuche haben vor und nach der Schließung ihre Erledigung gefunden und vielen notleidenden Gewerbetreibenden konnte wirksame Hilfe geleistet werden. Die Gesterne der Anstalt waren von jeher: Liebe zum Mitmenschen, Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Nächsten und die helfende Tat.

Dem Oberbürgermeister Dr. Wagner als Ehrenvorsitzender der Anstalt wurde eine Ehrenurkunde überreicht, für die er mit warmen Worten dankte. Aus den Dankesworten verdient hervorgehoben zu werden, was Dr. Wagner über eine gewisse „Wohltätigkeit" ausführte. Er sagte: „Muß denn erst immer getanzt werden, um Geld zur Linderung fremder Not zusammenzubekommen? Wer für sein Vergnügen die Not anderer vorschützt, handelt unsittlich. Es gibt noch einige Kreise in unserer Stadt, denen es gut geht, die aber an die Not ihrer Mitmenschen nicht denken. Die Stadt hat ein „Goldenes Buch" ausliegen, in das früher so mancher Begüterte eingetragen werden konnte, wenn er bei freudigen oder traurigen Familienereignissen auch seine armen Mitmenschen mit einer größeren Spende zu bedenken pflegte. Dieser schöne Brauch scheint ganz zu entschwinden, wenigstens konnten in das „Goldene Buch" in den letzten Jahren keine wesentlichen Einzeichnungen erfolgen. Dr. Wagner richtete zum Schluß seiner Ansprache einen kräftigen Appell an alle, die es angeht und die es können: zu helfen nach besten Kräften! Der Magistrat der Stadt Breslau hat der Bürgerrettungsanstalt als Jubiläumsspende ein zinsloses Darlehen von 20 000 Mark gewährt, das den zu betreuenden Unterstützungsbedürftigen zugute kommen wird.

Auch Regierungsrat Dr. Jänicke überbrachte 1000 Mark namens der Staatsregierung. Glückwunschansprachen hielten noch Herr Brettschneider von der Handwerkskammer und Dr. Grund von der Industrie- und Handelskammer. Auch von dieser Seite ist je eine Spende überreicht worden. Schließlich sprachen noch ein Vertreter des Gewerbevereins und des Breslauer Bankvereins. Gesang beschloß die stimmungsvolle Feier, die einen besseren Besuch verdient hätte.

Nacheichung.

Die Nacheichung der Meß- und Wiegegeräte der Gewerbetreibenden erfolgt im 17. Polizeirevier in nachstehender Reihenfolge:

Vom 6. bis 12. März: Hubenstraße nebst Auenhof und Blochhaus.

Vom 13. bis 17. März: Die zum Hauptbahnhof gehörigen Werkstätten, Maschinenhallen, Gasanstalt und Beamtenhaus, Herdainstraße 29 bis 101 und 2 bis 126, Ysselsteinstraße, Helmutstraße 9 und 10 bis Ende, Cretiusstraße, Steinstraße 1 bis 159 und 112 bis 156, Goethestraße 159 bis Ende und 146 bis Ende, Bunsenstraße, Augustastraße 213 und 230.

Vom 19. bis 26. März: Gallestraße, Gustav-Freytag-Straße 45 bis 47, Arletiusstraße 13 bis 25 und 24 bis 34, Buddestraße, Lehmgrubenstraße 75 bis 101 und 46 bis 68, Merkelstraße, Georgenstraße, Bebelstraße, Schönstraße zwischen Hubenstraße und Bahn, Strehlener Straße, Münsterberger Straße, Hippelstraße, Groitzkauer Straße, Dürrgoystraße, Ostendstraße, Bernhardinstraße.

Vom Arbeitsgericht.

Darf Saisonarbeitern außerhalb der Saisonzeit der Tariflohn gekürzt werden.

Der Steuermann R. war seit dem 15. Juli bei der Oder-Reederei-Gesellschaft mit einem Wochenlohn von 46 Mark beschäftigt. Als im November die Schiffahrtszeit zu Ende ging, wurde ihm dieser Lohn um 40 Prozent gekürzt. Am 1. Januar wurde der K. entlassen, und nun verklagte er seine Firma auf Nachzahlung des Differenzbetrages vom gezahlten zum Tariflohn in der Höhe von 133 Mark. Die beklagte Firma beantragte Abweisung, da der Tariflohn der Schiffer und Steuerleute nur für Schiffahrtszeit gelte und der gekürzte Lohn eine Art Wartegeld darstelle. Durch ein vom Arbeitgeberverband (!) eingeholtes Gutachten glaubte die Firma, ihre Behauptungen genügend gestützt zu haben. Anderer Auffassung aber war das Gericht, das dieses Gutachten als nicht maßgebend betrachtete. Obgleich die strittige Frage auch im Tarifvertrag nicht klar zum Ausdrucke kam, so bot doch durch die vorgesehene kurzfristige Kündigung jedem Arbeitgeber die Möglichkeit gegeben, unter Umständen seinen Betriebsstand rasch zu verringern. Die Oder-Reederei wurde daher zur Zahlung des eingeklagten Betrages verurteilt. Da hier ein Fall von grundsätzlicher Bedeutung vorliegt, wurde die Berufungsmöglichkeit zugelassen, obwohl der Betrag unter der Berufungsgrenze (300 Mark) liegt, so daß diese Angelegenheit noch das Landesarbeitsgericht beschäftigen dürfte.

Ist Tierquälerei ein Entlassungsgrund?

Ueber diese Frage, deren Entscheidung vor allem für die im Fuhrgewerbe Beschäftigten sehr wesentlich ist, wird gegenwärtig vor dem Arbeitsgericht verhandelt. Der bei der Firma S. beschäftigte Kutscher S. wurde fristlos entlassen, weil er in angetrunkenem Zustande die Pferde seines Fuhrwerkes stark mißhandelt haben sollte. Da er glaubte, daß diese Entlassung zu Unrecht erfolgt sei, klagte er vor dem Arbeitsgericht den Lohn für die Kündigungszeit in Höhe von 42 Mark ein. Sein Arbeitgeber beantragte durch seinen Vertreter Abweisung der Klage, da der Kläger in seinem trunkenen Zustande die Pferde in unglaublicher Weise geschlagen habe. Das Gericht schien die Gründlichkeit der Beweisaufnahme diesem Fall besondere Beachtung zugemessen zu haben. Trotzdem schon ein halbes Dutzend Zeugen vernommen worden war, die wohl die Trunkenheit des Klägers, weniger aber eine Tierquälerei bezeugen konnten, sollen noch weitere Zeugen gehört werden, um diesem Streitfall eine endgültige Klärung zu bringen.

Völkische Hetzer auf der Anklagebank.

Vor dem Großen Schöffengericht hatten sich am Sonnabend die Landwirte Alfred Deutscher und Erich Kroll wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Beschimpfung der Republik und öffentlicher Beleidigung zu verantworten. Die beiden Genannten hatten am 20. August vorigen Jahres in einer Gastwirtschaft an der Ecke Höfchen- und Gartenstraße gezecht. Sie hatten sich aber schon im Lokal unliebsam bemerkbar gemacht und wurden deshalb auf die Straße gesetzt. Hier gerieten sie sofort mit anderen Passanten zusammen, zumal sie fortgesetzt auf die Juden schimpften und gegen diese hetzten. Auch wurde wiederholt die Republik beschimpft. Durch den Lärm wurde eine große Menschenmenge angelockt, die zum Teil für, zum Teil gegen die beiden Krakehler Partei nahmen. Da die Situation immer bedrohlicher und die Menschenmenge immer größer wurde, benachrichtigte man das Ueberfallkommando. Als dieses erschien, wurden als die Unruhestifter Deutscher und Kroll festgenommen. Vor Gericht bestritten sie, daß sich die Sache so zugetragen habe, wie sie die Anklage schildert. Sie hätten wohl gesagt, sie seien Antisemiten, doch direkt gegen die Juden hätten sie nicht gehetzt, auch wollen sie die republikanische Staatsform nicht beschimpft haben. Deutscher will lediglich gesagt haben: „Das kann einem auch nur in der Republik passieren." Eine ganze Anzahl Zeugen bekundeten aber, daß die Republik beschimpft und gegen die Juden zu Gewalttätigkeiten aufgereizt wurde. Kroll hatte nach einem jüdischen Herrn persönlich auf das Gröblichste beleidigt. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden drei Monate Gefängnis, gegen Kroll noch außerdem 100 Mark Geldstrafe. Beide haben sich nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme im Sinne der Anklage schuldig gemacht. Der Fall liege sehr ernst. Durch derartige Hetzereien könne eine Erregung in die Menge getragen werden, die zu den schwersten Ausschreitungen führen können. Darum beantragte er energische Bestrafung für solche Ausschreitungen. Das Gericht war ebenfalls der Ansicht, daß solche Beschimpfungen und Verhetzungen streng bestraft werden müssen. Es erkannte gegen Deutscher auf zweieinhalb Monate Gefängnis, gegen Kroll auf zwei Monate Gefängnis, und wegen Beleidigung auch auf 50 Mark Geldstrafe, und ferner auf Publikation des Urteils in den „N. N.", soweit es die Beleidigung betrifft.

---

* **Silberhochzeit** feierte am Sonntag der Vorschmied, Genosse Robert Zedler, Langegasse 5, mit seiner Ehefrau. Er ist bereits seit 27 Jahren Parteimitglied und Leser der „Volkswacht". Seit 25 Jahren ist er Gewerkschaftsmitglied. Wir gratulieren herzlich!

* **Die Monistische Gemeinde** veranstaltet Mittwoch, den 29. Februar, 20 Uhr, ihren dritten Diskussionsabend Grünstraße 14/16. Genosse Kurt Kramer spricht über: „Lenins Kampf gegen die Verpfaffung des Marxismus."

* **Der abgeänderte Fluchtlinienplan für die Hindenburgstraße** zwischen Friedrich-Ebert- und Zimpeler Straße liegt vom 6. März bis 5. April einschließlich im Städtischen Vermessungsamt, Blücherplatz 16, I, Zimmer 60, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

* **Dr. Gertrud Woker** (Bern), die bekannte Chemikerin und Spezialistin für Giftgaschemie, spricht Freitag, den 9. März, abends ½9 (20,30) Uhr, Matthiaskunst, in einer öffentlichen Veranstaltung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und der Deutschen Friedensgesellschaft.

* **Breslauer Volksbühne.** Alle Mitglieder der Volksbühne erhalten in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, zu den Vorstellungen von „Das Kamel geht durch das Nadelöhr", die vom kommenden Mittwoch bis zum 9. März wieder täglich im Thalia-Theater stattfinden, Gastkarten zum Einheitspreis von 1.50 Mark.

* **17. Ziehungstag Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Wie uns die Lotterieeinnahme Lehnert, Gräbschener Straße 27, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: **25 000 Mark** auf Nr. 315 432; **5000 Mark** auf Nr. 103 244, 224 084, 234 553, 252 038; **3000 Mark** auf Nr. 116 641, 120 578, 126 409, 231 690, 356 048, 361 244; **2000 Mark** auf Nr. 10 817, 25 279, 70 520, 130 459, 145 604, 166 014, 193 352, 204 164, 248 802, 269 256, 293 336, 316 383, 333 601, 345 182, 356 786; **1000 Mark** auf Nr. 5960, 12 817, 16 049, 18 723, 19 724, 98 384, 100 172, 105 948, 147 049, 188 335, 182 288, 191 692, 197 839, 207 018, 211 260, 235 556, 245 060, 246 190, 253 093, 253 816, 257 796, 261 739, 276 615, 323 732, 339 297, 351 683; **500 Mark** auf Nr. 467, 8207, 15 247, 17 592, 19 103, 19 111, 20 491, 20 599, 26 793, 29 655, 32 726, 36 626, 39 378, 43 849, 44 039, 47 916, 56 736, 65 894, 66 356, 76 491, 95 200, 95 472, 100 451, 126 171, 143 189, 145 479, 152 114, 155 882, 161 969, 163 800, 164 454, 164 546, 166 708, 170 491, 176 142, 177 019, 177 189, 177 457, 193 307, 196 320, 197 910, 198 070, 205 914, 210 630, 210 974, 213 798, 222 583, 237 310, 242 055, 243 792, 253 685, 256 011, 258 472, 270 294, 281 650, 286 197, 287 339, 303 524, 323 624, 325 404, 330 710, 332 652, 340 041, 344 840, 346 545, 351 557, 359 166, 359 171, 360 310, 369 320, 358 977.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 5052

Jungsozialisten.

Gruppe Ohlauer Tor. Heute abend 19,30 Uhr Funktionärsitzung in der Baracke.

Gruppe Strehlener Tor, Gräbschen. Die Arbeitsgemeinschaft fällt Mittwoch aus. Alle Gruppen gehen zu den „Wanderratten".

Funktionäre aller Gruppen. Heute abend 20 Uhr in der Baracke wichtige Funktionärsitzung. Tagesordnung: 1. Unser Sommerprogramm. 2. Die kommenden Wahlen. Den Einlaß in die Baracke besorgt die Genossin E. K.

Sozialistische Jungordner.

Kapelle. Mittwoch um 20 Uhr, kleine Turnhalle, Ueben. Donnerstag ohne Instrumente um 20 Uhr in der Pestalozziturnhalle.

Abteilung Nord (S.K.B.). Donnerstag um 20 Uhr Pestalozziturnhalle.

Abteilung Südost (Liebknecht). Heute müssen alle Funktionäre zu einer wichtigen Sitzung um 20 Uhr in der SAJ.-Baracke an den Teichäckern erscheinen. Mitglieder haben als Gäste Zutritt. Donnerstag um 19,30 Uhr Olextank, Flurstraße, Ecke Brüderstraße.

Achtung! Donnerstag müssen alle Mitglieder wichtiger Mitteilungen wegen auf der Halle erscheinen.

Sozialistische Arbeiterjugend.

An alle! Morgen abend beteiligen wir uns alle an der Veranstaltung der „Wanderratten" im Zentralballsaal, Westendstraße. Eintritt 30 Pf. Niemand versäume die wichtige Veranstaltung. Beginn 20 Uhr.

Sprechchor. Die letzten Proben bedingen eine restlose Beteiligung aller an den Uebungsabenden. Heute abend ist alles wieder zur Stelle.

Bibliothek. Am Freitag geöffnet von ½7 bis 8 Uhr in der Fürstenschule.

Heim 4. Mittwoch gehen wir zu den „Wanderratten" im Zentralballsaal. Eintritt 30 Pf. Donnerstag um ½8 Uhr im Heim Sprudelstraße 8, 2. Etg., Diskussionsabend über „Wir und die bürgerliche Jugend". Leitung: Gerhard Rauhut. Gäste sind herzlich willkommen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Gewerkschaftsärztejugend. Wir sind heute pünktlich 8 Uhr im Galeriezimmer zu einem Diskussionsabend über das Thema „Jugendschutz im Reichstag" anwesend. Als Diskussionsredner ist Kollege Schaertl gemeldet. Als nächster Redner hat ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes zugesagt. Erscheinen jedes einzelnen ist Pflicht.

Z.d.A.-Jugendabteilung. Zu dem Dienstag, den 28. Februar, in dem Musiksaal der Cecilienschule, Taschenstraße, abends 8 Uhr, stattfindenden Musikabend laden wir alle Jugendfreundinnen und Freunde, deren Eltern und Gäste besonders herzlich ein. Dieser Abend soll als Abschluß der im Jahre 1927 in der Jugendgruppe geleisteten Arbeit gelten. Unter Leitung des Freundes Paul Tesche wird sich diese Veranstaltung für jeden genußreich gestalten. Programme und Eintritt unentgeltlich. Um recht zahlreichen Besuch bittet die Musikgruppe.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Beste!

Freie Turnerschaft Breslau e. V. 7. Abteilung. Mittwoch abend, den 29. Februar, bei Kipke Vorstandssitzung um 8½ Uhr.

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Die Wetterlage zeigt über dem gesamten Kontinent nur wenig Aenderung. Die von den Ostseeländern herangekommenen Störungen geben vorübergehend zu Hochnebelbildung Anlaß. Die Strahlungsfluten werden dadurch etwas gemildert. Im Hochgebirge herrscht anhaltend heiteres Strahlungswetter.

Aussichten für das schlesische Flachland.

Bei schwacher Luftbewegung nur vorübergehend neblig-bewölkt. Nur schwacher Nachtfrost.

Aussichten für das schlesische Mittelgebirge:

Nördlicher bis östlicher Wind, nur teilweise neblig-bewölkt, sonst meist heiter, Nachtfrost, tagsüber milder.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge.

Nordöstlicher Wind, meist heiter, leichter Frost.

Datum: 28. 2. 28	Temperatur heute früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	−3	2	−3	Nebel	O 2		
Görlitz	−0	3	−2	bedeckt	O 2		
Liegnitz	−1	0	−2	bewölkt	O 3		
Bad Flinsberg	−7	7	−7	heiter	OSO 1		
Heufuderbaude	−6	0	−6	-	O 1		
Oberschreiberhau	−5	6	−8	bedeckt	still		
N. Schles. Baude	−7	−1	−8	heiter	still		
Reisträgerbaude	−4	−2	−5	-	NO 1		
Schneekoppe	−5	2	−6	bewölkt	O 5		
Neumarkt	−0	1	−2	bedeckt	OSO 2		
Krietern	−0	2	−2	bewölkt	OSO 1		
Jobten							
Bad Salzbrunn	−3	0	−3	bedeckt	still		
Friedland (Bez. Breslau)	−3	2	−4	bewölkt	SO 1 NO 2		
Reinerz	−4	−0	−5	bedeckt	S 1		
Landeck	−6	1	−7	bewölkt	NO 2		
Reichenstein	−3	−1	−5	bewölkt	O 2		
Festenberg	−2	2	−2	-	ONO 2		
Neisse	−1	1	−2	-	ONO 2		
Breslau	−1	1	−2	bedeckt	SO 2		
Kreuzburg	−1	1	−2		OSO 1		
Gleiwitz	−4	0	−4	bewölkt	O 3		
Beuthen	−3	0	−3	bedeckt			

Das Wetter im Gebirge.

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über: Schneehöhe, Neuschnee, Schneebeschaffenheit, Sportmöglichkeit.

Heufuderbaude: 150, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Bad Flinsberg:** 15, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Schreiberhau:** 27, etwas verharscht, Ski, Rodel und Bob sehr gut. **Reisträgerbaude:** 150, 1—2, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Neue Schlesische Baude:** 150, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Brückenberg:** 35, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Teichmannbaude:** 35, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Schlingelbaude:** 90, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Hampelbaude:** 180, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Prinz-Heinrich-Baude:** 140, etwas verweht, Ski und Rodel sehr gut. **Schlesierhaus:** 140, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Peterbaude:** 160, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Görbersdorf:** 18, gekörnt, Ski und Rodel sehr gut. **Silberberg:** 8, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Hohe Eule:** 70, stark verharscht, Ski und Rodel gut. **Zimmermannsbaude:** 50, gekörnt, Ski und Rodel gut. **Bad Reinerz:** 15, gekörnt, Ski und Rodel sehr gut. **Hohe Mense:** 200, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Hochschar:** 110, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Roteberg:** 140, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Grunwald:** 120, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Zieten-Karlsthal:** 20, etwas verharscht, Ski und Rodel gut. **Krummhübel:** 9, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. **Ziegenhausbaude:** 35, gekörnt, Ski und Rodel sehr gut. **Freudenschießbaude:** 50, Pulverschnee, Ski und Rodel gut.

---

* **Beim Vergnügen der Holzarbeiter** am Sonnabend ist im Gewerkschaftshause im großen Saale ein Ueberzieher vertauscht worden. Schwarzer Mantel. Wir bitten die Teilnehmer des Vergnügens, nach dieser Richtung hin Nachprüfung zu halten. Nachricht erbitten wir nach dem Büro des Holzarbeiterverbandes oder an den Kollegen, Tischler Karl Riedel, Anderssenstraße 15, 3. Stock.

* **Zu einem Musikabend** ladet die Z. d. A.-Jugendabteilung für heute abend 8 Uhr in die Cäcilienschule, Taschenstraße, ein. Näheres unter den Mitteilungen des freigewerkschaftlichen Jugendkartells.

* **Von einem Straßenbahnzug der Linie 10** ist am Montag nachmittag in der Sternstraße der Handelsvertreter Paul Ziebich, der auf einem Fahrrade fuhr, umgefahren worden. Er erlitt eine Kopfverletzung und mußte in das Krankenhaus Bethanien geschafft werden.

* **Pech gehabt.** In der Nacht zum 26. Februar beabsichtigten Einbrecher, einer Gastwirtschaft im Hause Jahnstraße 42 einen Besuch abzustatten. Sie schlugen eine mit einer Luftklappenvorrichtung versehene Scheibe ein und wollten durch diese Oeffnung hindurch den Fensterflügel aufriegeln. Bei diesem Vorhaben stießen sie an die Gardinenstange an, sodaß diese herunterfiel und die nächtlichen Besucher zu schnellstem Rückzuge veranlaßte.

* **Freiwillig aus dem Leben geschieden** ist am Montag früh ein Kraftwagenführer, indem er sich in der Garage in der Tauentzienstraße erschoß. Er war am Sonntag morgen während einer Dienstfahrt mit einer Kleinkraftdroschke zusammengestoßen, wobei beide Wagen beschädigt wurden. Anscheinend ist ihm das so nahe gegangen, daß er sich selbst entleibte.

* **Ein Zusammenstoß** zwischen einem Radfahrer und einem Personenkraftwagen ereignete sich am Montag nachmittag an der Ecke Ohlau-Ufer und Margaretenstraße, bei dem der Radfahrer Gerhard Baron aus Bischofswalde bei Breslau stürzte und auf das Pflaster aufschlug, daß er besinnungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde in die Universitätsklinik geschafft.

* **Wieder Kaninchen abgeschlachtet.** In der Nacht zum Montag wurden in der Schönstraße vier Schrebergartenlauben erbrochen, in denen die vorgefundenen elf Kaninchen an Ort und Stelle geschlachtet und abgezogen wurden. Das Fleisch wurde wie bei allen diesen Diebstählen zurückgelassen und nur die Felle mitgenommen.

* **Unfall bei der Arbeit.** Am Sonnabend stürzte der Maler Georg Greilich von einer Leiter im Hauptpostamt ab. Er blieb mit Schädelbruch und Gehirnerschütterung bewußtlos liegen und wurde mittels Krankenwagens nach der Maxklinik geschafft.

Wasserstand

28 Februar.

Ratibor	1.56	Ransern (Unter-Pegel)	3.36
Neisse (Stadt) vom 27. 2.	−0.40	Dyhernfurth	2.65
Neissemündung (Unter-Pegel)	1.25	Abflußmenge sekundlich 200 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2.48	Fürstenberg vom 27. 2.	2.50
Treschen	1.00	Wasserwärme + 0°.	

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 24. Februar.

1 Pfund Sterling	20.41	100 franz. Francs	16,455
1 Dollar	4.1835	100 tschech. Kronen	12.389
100 holl. Gulden	168,33	100 Schweizer Francs	80,58
100 Belga = 500 Franken	58,28	100 Peletas	70,64
100 norw. Kronen	111,40	100 schwed. Kronen	112,29
10 Danzig. Gulden	81,60	100 Pengö	73,16
100 Lire	22,16	100 österr. Schilling	58,95
100 dän. Kronen	112,12	100 Sloty	47,00

Familien-Anzeigen

Am 26. Februar verschied infolge Gehirnschlag mein lieber, guter Gatte, Bruder, Schwager, Onkel und Pflegevater, der Schmied

Albert Liedtke

im Alter von 67 Jahren.

Um stilles Beileid bitten 247

Breslau, Pöpelwitz-Str. 14/16

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch, den 29. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Coseler Friedhofes nach dem Dissidenten-Teil.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 25. Februar verstarb die Frau unseres Verbandskollegen, des Tischlers August Münnich

Frau Martha Münnich

im Alter von 49 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr 2183

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 29. Febr., nachm. 4 Uhr, von der Halle des Kommunalfriedhofes in Cosel.

Am 25. Februar verschied unser Mitglied

Frau Martha Münnich

im Alter von 49 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 29. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Kommunal-Friedhof in Cosel. 2184

Trauerhaus: Stabener Straße 92 Distrikt 12

Deutscher Hutarbeiter-Verband.

Am 25. Februar verstarb unser Mitglied

Fräulein Marie Pluntke

im Alter von 50 Jahren. 2187

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 28. Februar, nachmittags 2½ Uhr, vom St. Barbara-Friedhof in Cosel.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 1. März
nachmittags um Punkt 5½ Uhr
im Saale des „Wilhelmsburg", Neudorfstr. 50:

Versammlung

aller in den Tischlereibetrieben beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung:

1. Die Vereinbarung über die Schiedssprüche und die Auswirkung in den Fachgruppen.
2. Aussprache.

Kollegen! Zur strikten Durchführung der jetzigen abschließenden Lohnbewegung heißt es, alle in die Versammlung.

Mitgliedskarte, Mitgliedsbuch evtl. gelbe Ermerbslosenkarte zur Kontrolle mitbringen. 2185

Die Verwaltung. J. A.: Kunike.

Größte Auswahl in
Mandolinen, Lauten, Gitarren, Geigen.
Sprechmaschinen von Mk. 22.— an
Schallplatten von 0.95 Mk. an
Jazzbands
Schindler & Co., Schmiedebrücke 29 II.

Sind Sie eingeladen?

Wenn Sie keine Zeit mehr haben, sich das Haar vorher zu waschen, dann hilft Ihnen „Schwarzkopf-Trocken-Schaumpon", die Haarwäsche ohne Wasser. Einfach das Haar gepudert — sorgfältig ausgebürstet — und Ihr Haar ist wie verwandelt: duftig, locker, seidenglänzend!

Die grüne Original-Dose mit praktischem Puderbeutel zu Mk. 1.— reicht monatelang.

Schwarzkopf Trocken-Schaumpon

Schönes Haar in 3 Minuten

Monistische Gemeinde Breslau E. V.

Mittwoch, den 29. Februar 1928
20 Uhr
im Vortragssaal Grünstr. 14/16

Oeffentl. Diskussionsabend

Genosse **Kurt Kramer** spricht über:

„Lenins Kampf gegen die Verpfaffung des Marxismus"

Eintritt frei Freie Aussprache

Der Vorstand

Wir sind Leser der „Volkswacht"

Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der „Volkswacht" inserieren. Sagt das, wenn Ihr einkauft, Ihr nutzt uns und damit Euch selbst!

Sportlerinnen:
4. Abt. I — 3. Abt. II . . . . 3 : 0 (2 : 0)
3. Abt. I — 1921 I . . . . . 5 : 0 (3 : 0)

Tabellenstand der A-Klasse nach 11 Spieltagen:

	Spiele	Punkte	Tore
1. 7. Abteilung . . .	9	15 : 3	20 : 7
2. Poseidon	10	14 : 6	36 : 28
3. 6. Abteilung . . .	11	14 : 8	35 : 31
4. Mochbern	10	13 : 7	22 : 11
5. 2. Abteilung . . .	9	9 : 9	23 : 26
6. Gandau	10	8 : 12	36 : 23
7. Sporlv. 1925 . .	10	4 : 16	12 : 35
8. 5. Abteilung . . .	11	3 : 19	10 : 33

Lehrkursus der Kreisschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes für die geschäftlichen Funktionäre des 4. Bezirks.

(Am 3. und 4. März 1928 in Altwasser, Hotel „Eisernes Kreuz".)

Sonnabend, den 3. März: 19,30—21 Uhr: Kassenführung (Heinzelmann-Breslau). 21—22 Uhr: „Vom Manuskript zum gedruckten Artikel" (Georg Scholz-Breslau).

Sonntag, den 4. März: 8,30—9,30 Uhr: Der Vereinsvorsitzende (Heinzelmann-Breslau). 9,30—10,30 Uhr: Bundesgeschichte (R. Wabnitz-Freiburg). 10,30—12 Uhr: Kassenführung für Konsum, Sportslage (Heinzelmann-Breslau). 12—13 Uhr: Pause. 13—14 Uhr: Berichterstattung (Georg Scholz-Breslau). 14—15 Uhr: Beziehungen zu Bund, Kreis und Bezirk (Heinzelmann-Breslau). 15—15,30 Uhr: Schlußbetrachtung.

An alle Bundesvereine des 14. Kreises!

Am 20. Mai 1928 veranstaltet die Freie Turnerschaft Glogau ein Frühjahrs-Sportfest im Stadion zu Glogau. Dasselbe ist offen für alle Vereine des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die Ausschreibung der Wettkämpfe erfolgt im Kreismitteilungsblatt der „Arbeiter-Turnzeitung" und ist außerdem durch den festgebenden Verein zu beziehen. Meldeschluß ist der 5. Mai. Die Meldungen gehen unter gleichzeitiger Einsendung des Startgeldes an Bundesgenossen Bruno Koschmieder, Glogau, Holteistraße 9. Quartiermeldungen an dieselbe Adresse.

Arbeitersportler Schlesiens, erscheint in Massen! Zeigt, daß der Arbeitersport unaufhaltsam vorwärtsschreitet und bahnbrechend wirkt.

Besonders Glogau, die Festung der Reaktion, mit seinem schönen Stadion ist hierfür geeignet.

Sonnabend Begrüßungsabend unter Mitwirkung der Kreisschule Breslau im Gemeindehaussaale.

Freie Turnerschaft Glogau.

Bezirkstag des 7. Bezirks im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Zu arbeitsreicher Tagung waren die Vertreter der Vereine in Glatz zusammengekommen, um über die abgelaufene Zeit zu berichten und über die künftigen Aufgaben zu beraten. Nach der Begrüßung durch den Bezirksvertreter weist Heinzelmann-Breslau auf die bevorstehenden Wahlen und deren Bedeutung für die Arbeitersportlerschaft hin. Ein jeder Arbeitersportler muß sich aktiv im Wahlkampf betätigen!

Der Bericht des Vorstandes zeigt, daß die Mitgliederzahl in die Höhe gegangen ist. Leider haben eine Anzahl von Vereinen unter Spielplatzmangel zu leiden. Ueber Kreistag und Bundestag spricht Bundesgenosse Heinzelmann-Breslau. Seine Ausführungen werden nach kurzer Diskussion angenommen. Dem Antrag des Kreisrates über Aenderung des Delegationsmodus zum Kreistag wird zugestimmt. Ebenso, daß die Wahlen zum Bundestag auf dem Kreistag vorgenommen werden.

Die bisherige Bezirksverwaltung wurde wiederbestätigt. Neu hinzugewählt wurden die Bundesgenossen Rudolf Koppsch als Schriftführer und zweiter Vorsitzender sowie Beier-Rückers, Bezirks-Pressewart. Der Bezirksbeitrag wird von 25 auf 30 Pf. erhöht. Das Bezirksfest findet in diesem Jahre in Neurode statt. Ein Bezirks-Wintersportfest auf dem Glatzer Schneeberg ist geplant.

Der Bezirkstag des 2. Bezirkes

im 14. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fand am 26. Februar im Volkshaus zu Görlitz statt.

Nachdem am Vormittag die einzelnen Sparten ihre Spartensitzungen abgehalten hatten, konnte um 12,15 Uhr der Bezirksvertreter, Bundesgenosse Hoffmann, den Bezirkstag eröffnen. Aus dem Bericht über die Mitgliederbewegung im Jahre 1927 konnte man feststellen, daß die Turnsparte stagnierte, während die Fußballer und Wassersportler einen Aufschwung zu verzeichnen hatten, zehn Vereine haben noch keine Fragebogen eingesandt.

Die Entwicklung der Kassenverhältnisse kann als gut bezeichnet werden, ebenso war das Zusammenarbeiten der einzelnen Sparten durchaus harmonisch.

Hierauf berichtete der Techn. Obmann Bundesgenosse Willner über das am 20. und 21. Juli in Bunzlau stattfindende Bezirksfest und ermahnte die Vereine recht eifrig mitzuarbeiten.

Auf dem Bezirkstag waren von 52 Vereinen 39 mit 48 Delegierten vertreten, außerdem war ein Vertreter des Kreises und sieben Bezirksratsmitglieder anwesend.

In seinem Referat über den Kreis- und Bundestag behandelte als Vertreter des Kreisrates, Bundesgenosse Großer, all die wichtigen Fragen, welche auf Kreis- und Bundestag zur Beratung kommen werden.

Dem Antrag des Kreisrates auf Erhöhung des Kreisbeitrages um 3 Pfennig pro Jahr wurde zugestimmt, ebenso dem Antrage, die Wahl der Delegierten zum Bundestag auf den Kreistag vorzunehmen.

Besondere Beachtung fanden die Ausführungen des Bundesgenossen Großer über Jugendfragen.

Die Wahl zum Bezirksrat ergab: Vorsitzender Bundesgenosse Hoffmann, Turner; Kassierer: Bundesgenosse Beier, Fußballer; Schriftführer: Bundesgenosse Barelmann, Wassersportler; Bezirksjugendobmann: Bundesgenosse Schmidt-Görlitz; Bezirkspressewart: Max Conrad-Görlitz.

Am 18. März soll ein Berichterstatterkursus in Görlitz stattfinden.

Nach Erledigung einiger kleiner Fragen ermahnte Bundesgenosse Graf-Bunzlau die Vereine noch einmal bei der Durchführung der Vorarbeiten und beim Bezirksfest selbst, strengste Disziplin zu üben.

Bundesgenosse Großer verpflichtet die Vereine, dafür zu sorgen, daß die Jugend des 2. Bezirks auf dem Kreisjugendtreffen in Waldenburg recht zahlreich vertreten sein möge. Hierauf schloß mit einem anfeuernden Hinweis auf die Notwendigkeit der Wahlarbeit bei den kommenden politischen Wahlen, mit einem „Hoch" um 3 Uhr die Tagung.

Achtung, Berichterstatter-Kursus!

des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, 14. Kreis, im Verbreitungsgebiet der „Volkswacht" und der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", am 10. und 11. März im Breslauer Gewerkschaftshause. Alle Meldungen hierzu müssen unbedingt bis zum 1. März beim Kreis-Pressewart, Genossen Georg Scholz, Breslau 9, Gellhornstr. 43 I, eingehen. Die üblichen Ausweise sind mitzubringen. Da der Berichterstatter an Aktualität gewöhnt sein muß, soll er das schon durch das Abgeben seiner Meldung bekunden.

Die Kreis-Pressestelle.

Jahresarbeitsplan des Arbeiter-Sport-Kartells Breslau.

7. März: Kartellversammlung.
10. März: Berichterstatter-Kursus für alle Vereine im Gewerkschaftshause. Leitung: Kreisleitung des 14. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.
11. März: Fortsetzung des vorgenannten Kursus.
11. März: Endrunde um die Kreismeisterschaft im Ringen und Heben in Breslau.
18. März: Geländelauf in Gräbschen, offen für alle Kartellvereine.
24. März: Schwimmfest im Hallenschwimmbad, offen für alle Kartellvereine.
25. März: Fortsetzung des Schwimmfestes.
25. März: Gerätewettkampf der Jugendturner der Freien Turnerschaft in der Lessingturnhalle.
25. März: Sitzung aller Kartellvorstände des Umkreises Breslau, welche ab 1. April durch die Eingemeindung zu Breslau gehört, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Breslau.
1. April: Einreihung der eingemeindeten Arbeitersportvereine in das Arbeitersport-Kartell zu Breslau beim Waldlauf der Sportvereinigung Nordost.
1. April: Waldlauf der Sportvereinigung Nordost, offen für alle Kartellvereine.
2. April: Waldlauf des 1. Bezirks bei 1. Gruppe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, offen für alle Kartellvereine.
8. u. 9. April: Kreistag in Hirschberg des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund.
15. April: Bezirksmeisterkämpfe der Athleten in Breslau.
22. April: Fortsetzung der vorgenannten Kämpfe.
22. April: Beginn der Hauptbelletrie in Breslau, offen für alle Vereine.
6. Mai: Reichsmäßiger Dreikampf für Knaben und Mädchen von 12—14 Jahren im Eichenpark der Freien Turnerschaft Breslau.
13. Mai: Kreismeisterschaftsspiel im Handball.
13. Mai: Anschwimmen im Poseidonbad.
20. Mai: Stadioneinweihung in Beuthen durch die Arbeitersportvereine des 1. Bezirks.
26. Mai: Pfingstjugendtreffen aller jugendlichen Arbeitersportler von Schlesien in Waldenburg.
27. u. 28. Mai: Anschließend Bundes-Jugendfahrten aller Vereine.
9. Juni: Sportleiterkursus im Stadion unter der Leitung des Bundessportwarts Bundesgenossen Suhrau.
10. Juni: Wasserpolitische Massendarbietungen auf der Oder aus Anlaß des „Internationalen Kahn".
10. Juni: Aus demselben Anlaß: Kinderstrandfeste aller Kartellvereine in der Hühnerauer Bucht.
16. Juni: Sammelmarsch aller Kinder der Kartellvereine mit Schlußfest an der Liebichshöhe.
17. Juni: Streckenlauf der Erwachsenen, Jugend, Frauen und Männer. Start und Ziel Gewerkschaftshaus, Laufstrecke Ohlauer Tor und Scheitnig.
22. Juni: Lampion- und Fackelzug aller Kartellvereine vom Schlesischen oder Reitzenhainer Tor nach dem Gewerkschaftshaus mit den Vorständen und Schlußfest.
23. Juni: Internationaler Kahn [illegible]
24. Juni: Internationaler Frühe und Stadionweihe durch die Arbeitersportvereine.
1. Juli: Bezirksmeisterschaft im Handball.
15. Juli: Schwimmfest, offen für alle Kartellvereine.
3. August: Sportfest der Freien Turnerschaft Breslau, offen für alle Vereine.
6. August: Sportliche Massendarbietungen am Bergschlaße der Jahrhunderthalle aus Anlaß der Krankenkassentagung in Breslau.
12. August: 15-Kilometer-Lauf der Sportvereinigung Nordost, offen für alle Vereine.
12. August: Oderschwimmfahrt, 7½ Kilometer, des Schwimmvereins Poseidon.
1. September: Beginn der Athleten-Mannschaftskämpfe.
2. September: Länderwettkämpfe im Stadion: Deutschland — Deutschland.
9. September: Stafettenlauf der Sportvereinigung Nordost.
16. September: 25. Vereinsjubiläumswettkämpfe der Sportvereinigung Nordost.
16. September: Abschwimmen im Poseidonbad, Nakonzbrücke.
28. Oktober: Waldlauf der Freien Turnerschaft Breslau, offen für alle Vereine.
18. November: Schwimmfest im Hallenschwimmbad.
25. November: Kreis-Gerätekunstturnen der Freien Turnerschaft Breslau Thüringen — Breslau im Zirkus-Busch-Gebäude.

Im Januar oder Februar 1929 soll weiter ein großzügiges Hallensportfest in der Jahrhunderthalle stattfinden.

Ausschreibung

zu dem am Sonntag, den 18. März, vormittags ½10 Uhr, in Gräbschen stattfindenden Geländelauf.

Veranstalter: Freie Turnerschaft Breslau E. V., Teilnahmeberechtigt sind sämtliche Mitglieder der dem Arbeitersportkartell Breslau angeschlossenen Vereine, sowie die Bundesgenossen der 1. Gruppe des 1. Bezirks. Namentliche Meldungen mit Vereins- und Altersangabe müssen bis 8. März bei Bundesgenossen E. Truppke, Reuschestraße 6, eingereicht sein. Startgeld beträgt für Sportlerinnen und Jugend 5 Pf., Männer 10 Pf., und ist bei Meldung einzuzahlen. Ziel und Start befinden sich auf dem Spielplatz der 4. Männer-Abteilung der F.T.V. in der Lohe-Aufforstung in Gräbschen. Umkleidegelegenheit daselbst in der Baracke. Ordner mit Rad sind mit zu melden.

Strecken-Einteilung: Jugend: 1500-, 3000-Meter-Lauf; Männer: 3000 Meter Anfänger, 3000 Meter Fortgeschrittene, 5000-Meter-Lauf; Sportlerinnen: 600-Meter-Lauf.

Meldungen müssen pünktlich eingehen.

Am 6. April (Karfreitag) Waldlauf der 1. Gruppe des 1. Bezirks im Bebelpark.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau.

Ausfahrten für Monat März.

4. März nach Leipe-Petersdorf, 2 Uhr nachmittags Ring.
11. März nach Klein-Tschansch (bei Taube), 2 Uhr nachm. Ring.
18. März: Frühtour zum Rennen, 7 Uhr vormittags, Ring.
25. März nach Klein-Masselwitz, 2 Uhr nachmittags Ring.

Gäste stets willkommen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach der neuesten Polizeiverordnung jetzt auch jedes Rad innerhalb des Zuges beleuchtet sein muß. Also Laternen nicht vergessen. — Die fällige Monatsversammlung findet Mittwoch, den 29. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Handball-Serienspiele für Sonntag, den 4. März.

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter.)

Männer A-Klasse.
10,40: Poseidon — 2. Abt.; Stadion; Tschap, Nagel.
10,50: Mochbern — 7. Abt.; LSW.; Wyremba, G. Fritsch.
16,00: Spv. 1925 — Gandau; Oswitz; Kaluza, Peschel.
16,10: 6. Abt. — 5. Abt.; Tschansch; Schmalisch, Tulatz.

Männer B-Klasse.
10,40: 1897 — 7. Abt.; Eichenpark, 7. Abt.; Tscherntke, Flaschke.

Männer C-Klasse.
9,10: 1. Abt. — 2. Abt.; Eichenpark; Teiß, Zahn.
10,10: 1. Abt. — Nordost; Spv. 1925; A. Fritsch, Renschin.
14,00: Spv. 1925 — 6. Abt.; Oswitz; Basler, Bassalig.

Männer D-Klasse.
9,40: Mochbern — Gandau; LSW.; G. Fritsch, Wyremba.
15,10: 7. Abt. — 1897; Eichenpark; Israel, Riedel.

Jugend A-Klasse.
9,30: Poseidon — 2. Abt.; Stadion; Tschap, Nagel.
10,00: 4. Abt. — Gandau; Oswitz, 5. Abt.; Markus, Mosig.
14,00: 6. Abt. — 5. Abt.; Tschansch; Schmalisch, Tulatz.
15,00: 7. Abt. — 1. Abt.; Eichenpark; Scholz, Hübner.

Jugend B-Klasse.
8,30: Mochbern — 7. Abt.; LSW.; Heider, Klose II.
9,30: 3. Abt. — Nordost; Klettendorf; Gasche, Frei.
10,40: 8. Abt. — 5. Abt.; Klettendorf; Gasche, Frei.

Sportlerinnen.
10,00: 1921 — Neukirch; Bebelpark; Fabian, Bräuer.
15,10: Wratislawia — Nord; Spv. 1925; Kaluza, Peschel.
16,10: 3. Abt. I — 3. Abt. II; Oswitz, 5. Abt.; Navarra, Großpietsch.
16,10: Sil.-Kick. — 4. Abt.; Eichenpark, 7. Abt.; Riedel, Israel.

Notizen.

Freie Rudervereinigung Breslau e. V. Freitag, 2. März, 20 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause.

Freie Kanuvereinigung. Wegen einer anderen wichtigen Sitzung muß unsere Vorstandssitzung Dienstag im Gewerkschaftshaus stattfinden. Unser Unterhaltungsabend findet heute abend bestimmt statt.

Handball-Schiedsrichter-Vereinigung. Am Donnerstag, den 1. März, findet unsere fällige Vollversammlung bei Hanke, Leuthenstraße, um 20 Uhr, statt. Jeder Schiedsrichter hat zu erscheinen. Der Ausschuß erscheint um 19 Uhr. Dazu die Ladungsfachen Fritsch G. (Spv. 1925), Hausmann, Klose I (7. Abteilung), Deger (1921), Großpietsch, Markus, Richter (Nordost) und Frei (Poseidon).

Fußballsparte. Vereinsvorständesitzung des 1. Bezirks, Sonntag, den 4. März, 9 Uhr, bei Firla. Sämtliche Vereinsvorstände (mit Ausnahme Brieg) haben unbedingt zu erscheinen.

Sportvereinigung Nordost 93 e. V. Die Uebungsstunden für Schwerathletik sind: Donnerstag von 19 bis 21,30 Uhr, Turnhalle, Breslauer Straße. Dienstag und Freitag von 19 bis 21,30 Uhr, Weierlochschule, Andersenschule, Dienstag und Freitag 20 bis 22 Uhr. Donnerstag, den 1. März, 20 Uhr, bei Joudlich erweiterte Vorstandssitzung, zu der alle Spartenleiter erscheinen müssen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Achtung, Rennfahrer! Sonntag, den 4. März, beginnt bei günstigem Wetter für Rennfahrer und solche, die es werden wollen, das Training. Treffpunkt Ring, früh 6 Uhr, Strecke Trebnitz—Obernigk.

Naturfahrer-Abteilung. Die Ausfahrten (Zeit und Startplatz) für Monat März sind dieselben, wie bei den anderen Radfahrern.

1. Arbeiter-Anglerverein Breslau, e. V. Ausgabe der vollbezahlten Angelkarten für Oder, Kanal, Liegedaten und Weide, Dienstag, den 28. Februar, 19 Uhr, Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses. Nachzahlungen nimmt der anwesende Kassierer an diesem Abend entgegen. Partei- oder Gewerkschaftsausweis sowie Mitgliedsbuch nicht vergessen. Tausch der Bibliothekbücher beim Sportgenossen Fritz Neuer, Kronprinzenstraße 38 nur von 15 bis 17 Uhr, jeden Dienstag.

T. F. C. Falke Neukirch. Am Freitag, den 2. März, abends 8 Uhr, findet unsere fällige Quartalsversammlung statt. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, ersuchen wir um vollzähligen Besuch. Auch die Inaktiven des Vereins wollen anwesend sein.

Breslauer Hallenschwimmbad
Schwimmhallen für Männer und Frauen
Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation
Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr

Turnspiele in Deutschland gewinnen.

Das Schlußspiel um die Handball-Bundesmeisterschaft findet am 30. September 1928 statt. Der mit erwähnte Handballsport Vereinigung bei um das Spiel um die Bundesmeisterschaft [illegible] Meinung Rosette deutlich. In der engeren und weiteren Umgebung Breslaus sind auf allen Arbeitersportplätzen [illegible] den bedeutende Spiel [illegible] worden, so daß nun Agitation bei den Handballspielern gelungen ist.

Ein erfreuliches Zeichen dafür, die Turnspielbewegung [illegible] Arbeiter-Turn- und Sportbundes und Kreisspielleiter [illegible] Bundesleitung stimmen. Eingereicht ist der Sand in 19 Kreise.

Der Arbeiter-Wintersport im Thüringer Wald erfreut mächtig.

Das Bezirks-Wintersportfest in Neuhaus am Rennweg nahm [illegible] Verlaufe in allen Teilen einen glänzenden [illegible] Beim Sportfest fanden Leistungen an den Wettkämpfen [illegible] Die Sprungleistungen aus der Schanze bei Neuhaus [illegible] Bei den Läufen [illegible] Sonntag [illegible] Die Sportler und Jugendlichen [illegible] Gutes Training, Gesellschaft und [illegible] Ergebnisse: Sportler 12 [illegible] Kilometer, Jugend 6 Kilometer, Neuhaus, 11,07 Minuten. Sportlerinnen: 3 Kilometer: E. Müller, Neuhaus, 18,30 Minuten. Im Sprunglauf erhielt die beste Note K. Köhler, Gräfenroda, vorzügliche Sprungleistung zeichnete den Sieger aus.

Das Wintersportfest der Sachsen ein Erfolg.

Als Auftakt zum 2. Sächsischen Arbeiter-Turn- und Sportfest fanden in Altenberg-Geising im Erzgebirge Kreis-Wintersportwettkämpfe statt, die durch zeitweiliges Verlegen neuer Schneeverhältnisse in hohe auf Anwesen der Wettkämpfer zu leiden hatten und trotzdem ein Erfolg waren. Der Sonntagmorgen zum Beginn vermochte die Teilnehmer nicht zu locken. Ein gutbesuchtes von 400 Teilnehmern fand eine gute Fortsetzung. Zu den Wettkämpfen waren überraschend sehr viele Zuschauer erschienen. Die Sportler waren heiter. Die Sprungläufer mußten [illegible] der Schlußfahrt aus einer Kurve, [illegible] Sprungläufe [illegible] und wurden beim [illegible] Fall [illegible] Gegen Kindund hinterließen die [illegible] Erscheinungen [illegible] Schneeschuhen.

Verbot von Sensationsläufen.

In Württemberg [illegible] Sensationsläufen [illegible] Veranstaltungen [illegible] Zahlung eines Sportels in Höhe von 2 bis 500 Mark. Bei [illegible] Sportel 10 Mark betragen. Der [illegible] Leibesübungen [illegible] Leute [illegible] „Freiheit Leibesübungen" [illegible] Unterlassen ist nicht zu [illegible]

Dienstag, den 28. Februar 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 50

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend".

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Auch ein Notprogramm!

Die Regierungserklärung zum Notprogramm. — Scharfe Kritik durch die Sozialdemokratie. Der Zank der Regierungsparteien.

Berlin, 27. Februar, 15 Uhr.

Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung steht als einziger Punkt: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung" in Verbindung mit dem Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Der Präsident widmet dann dem sozialdemokratischen Abg. Stolberg einen Nachruf. Stolberg ist gestorben, noch ehe er praktisch die Vertretung des verstorbenen Abg. Silberschmidt ausüben konnte.

Es folgt die

Abgabe der Regierungserklärung

durch

Vizekanzler Dr. Hergt.

Er teilt zunächst mit, daß die Genesung des Reichskanzlers Dr. Marx erfreulich fortschreite. Dr. Marx habe erklärt, daß er mit dem Notprogramm der Regierung in allen Punkten einverstanden sei.

Durch die mit dem Scheitern des Schulgesetzes verbundenen Vorgänge ist die verfassungsmäßige Stellung der Reichsregierung in keiner Weise beeinträchtigt. Es ist kein geschäftsführendes Kabinett sondern bildet nach wie vor die ordnungsmäßige Regierung, die der Verfassung entspricht. (Gelächter links.) Mit dieser Auffassung befindet sich die Reichsregierung in voller Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten. Die Regierung hält es für notwendig, daß vor dem Auseinandergehen des Reichstags die dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben erledigt werden müssen. Sie betrachtet das zu diesem Zweck aufgestellte

Arbeitsprogramm als ein einheitliches Ganzes,

das in einem Zug verwirklicht werden muß. Darum enthält das Programm eine einheitliche Schlußklausel, wonach durch ein besonderes Gesetz der Zeitpunkt des Inkrafttretens aller im Programm enthaltenen gesetzgeberischen Maßnahmen auf den 1. April 1928 festgelegt werden soll. Dem Wunsch, das Kriegsschädenschlußgesetz nur als eine Zwischenlösung gelten zu lassen, hat die Regierung nicht entsprechen können. Sie hat sich aber die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates zu eigen gemacht und erhöht zugunsten der Geschädigten die Entschädigungssumme um 300 Millionen.

Die

Krise der Landwirtschaft

macht eine umfassende Hilfsaktion notwendig. Vor allem soll die kurzfristige Verschuldung mit Reichshilfe umgewandelt werden in langfristige, niedrig verzinsliche Hypothekarkredite. Außerdem soll eine bessere Organisation des Absatzes von Vieh und Fleisch geschaffen werden. Dazu werden 30 Millionen zur Verfügung gestellt. **Die in der Zeit der Fleischknappheit durchgeführten Fleischeinfuhrerleichterungen sollen abgebaut werden.** (Hört! Hört! links.) **Ferner wollen wir die ratenweise Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents durchführen, zunächst auf 50 000 Tonnen.** (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Bei der Kleinrentnerfürsorge hält die Reichsregierung angesichts der beschränkten Finanzen und der kurzen noch zur Verfügung stehenden Zeit eine endgültige Lösung jetzt für ausgeschlossen. **die Regierung enthält sich daher einer sachlichen Stellungnahme dazu.** (Lebh. Hört! Hört! links.) Nachdem der Vizekanzler noch die geplanten Aufbesserungen für die Sozialrentner erwähnt hat, schließt er mit der Aufforderung an den Reichstag, in sachlicher Arbeit die schnelle Erledigung des Arbeitsprogramms, des Etats und des Nachtragsetats zu fördern. (Beifall rechts.)

Abg. Stampfer (Soz.):

Zuerst will ich mich mit einer Frage beschäftigen, die außerhalb der Tagesordnung steht. **Mit lebhafter Teilnahme** verfolgen wir den Konflikt, der zwischen dem republikanischen Deutsch-Oesterreich und dem faschistischen Italien entstanden ist. Grenzfragen sind häufig Fragen von Krieg und Frieden. Nichtsdestoweniger erklären wir, daß wir Deutsche über die Grenzen der Staaten hinaus eine kulturelle und sozialische Gemeinschaft bilden, was einem Teil angetan wird, das empfinden wir alle mit. (Lebhafte Zustimmung.)

Die gegenwärtige Regierung, die sich gewissermaßen ohne parlamentarische Basis im Raum freischwebend erhält, bezeichnet sich selbst als eine ordnungsgemäße Regierung. Dennoch möchte ich diese Regierung dringend bitten, auch an die Zukunft, an ihr nahes Ende zu denken. Nach den vielen Zwischenspielen ist es notwendig, daß die Regierung jetzt wieder auf den Boden der parlamentarischen Arbeit zurückkehrt. Bisher mußte erst die Stimme des Herrn sich vernehmen lassen, um die Regierung an ihre Pflichten zu erinnern. Die Regierungsparteien nennen sich jetzt nur noch „bisherige Regierungsparteien". Sie sollen aber nicht etwa glauben, daß es jetzt auch nur noch eine „bisherige" Opposition gibt.

Wir stehen im Kampf gegen diese Regierung, solange sie noch existiert,

und wenn sie nicht mehr existiert, dann werden wir dafür kämpfen, daß sie nicht mehr aufersteht. (Sehr richtig bei den Soz.) Nicht der Parlamentarismus hat versagt, wie von ihnen (nach rechts) behauptet worden ist, sondern Sie haben versagt. Ihre Politik, Ihre Wirtschaft ist bankrott. In anderen Ländern geht es mit dem parlamentarischen System doch ganz gut. Es geht überall, wo die notwendigen Fähigkeiten vorhanden sind, wo man Koalitionen aufbaut, die den ehrlichen Willen zu ehrlicher Arbeit haben, nicht aber den Willen, einander über das Ohr zu hauen. (Sehr gut! links.) Sie (nach rechts) stehen vor Trümmerhaufen und sehen wenigstens die Pflicht — was wir billigen — den Schmutz vor Ihrer Tür wegzuräumen und freie Fahrt zu ermöglichen. Darin wollen wir Sie nicht hindern. **Aber wenn sich jetzt alles in enger Zeit drängt und stößt und die geschäftsordnungsmäßigen Schwierigkeiten nicht überwunden werden können, dann tragen Sie die Verantwortung dafür, Sie ganz allein!** (Sehr wahr! links.) Sie haben alles verschleppt und verzögert bis zum letzten Augenblick. Der Etat und der Nachtragsetat sind verzögert eingebracht worden; eine unnütze Zeit ist am Reichsschulgesetz verloren worden — dem trauern wir nicht nach — über das Liquidationsschädengesetz haben Sie sich mit der Regierung und untereinander im Ausschuß unter dem Vorsitz eines meiner Freunde wochenlang herumgestritten, was werden soll. Dann sind Sie auseinandergelaufen und der sozialdemokratische Vorsitzende hat vergeblich versucht, Sie wieder einzuberufen, er hat an den Reichsfinanzminister einen Brief geschrieben, der Brief ist bis heute nicht beantwortet worden. (Hört! hört! links) Das ist eine Art, wie die Dinge von der „ordnungsmäßigen Regierung" behandelt werden. Ueber die Not der Kleinrentner ist jetzt Jahren gesprochen worden. Erst heute im letzten Augenblick hören wir, daß nach so langen Erwägungen die „ordnungsgemäße Regierung" noch nicht endgültig dazu Stellung nehmen kann.

Was da vorgeschlagen wird, ist durch und durch ungenügend.

Wir haben weiter seit Jahr und Tag immer wieder darauf gestoßen, daß der Not der Sozialrentner und Invalidenrentner abgeholfen werden müsse. **Kennt die Regierung die Notlage der Landwirtschaft etwa erst seit den letzten Wochen?** Wenn sich also jetzt alle zusammendrängen, so tragen Sie die Verantwortung dafür, weil es bei Ihnen an der Führung, an der Voraussicht und am guten Willen gefehlt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Mitteilungen des Vizekanzlers waren an manchen Stellen nicht ganz klar. Es scheint die Absicht zu bestehen, gewisse Dinge durch Verordnung zu regeln. Die Regierung möge darin vorsichtig sein! Es wird genau zu untersuchen sein, was durch Verordnung geregelt werden kann.

Ich warne die „ordnungsmäßige Regierung" dringend davor, eine Verordnungsregierung zu werden.

Es ist unzulässig, in einem Mantel die verschiedenartigen Dinge zusammenzufassen. Ein Mantelgesetz ist nur zulässig bei solchen Dingen, die innerlich in einem gewissen Zusammenhange miteinander stehen. **Will die Regierung etwa zu behaupten wagen, wenn das Notprogramm nicht nach den Wünschen des Landbundes ausfalle, dann sollen auch die Sozial- und Kleinrentner nichts erhalten? Eine solche Politik kann nicht verantwortet werden, vor dem Volke ganz gewiß nicht!** (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es hat sich manches geändert, seitdem sich der Bürgerblock in eine Zwangsgemeinschaft umgewandelt hat. Es hat sich sogar ein Wunder zugetragen: Auf einmal ist wieder Geld da. (Lebh. Hört! Hört! b. d. Soz.) Vor einigen Wochen erst haben wir im Haushaltsausschuß beantragt, daß für die Kinderspeisungen mehrere Millionen Mark hergegeben werden. Das wurde abgelehnt, weil es mit der Gesamtfinanzlage nicht vereinbar sein sollte. Der Reichsrat hatte vorgeschlagen, die Mittel im Etat zur Bekämpfung des Alkoholismus um lumpige 400 Mark, für die bessere Versorgung der Erwerbsbeschränkten, für kulturelle Fürsorge, zur Hebung der Wirtschaft im besetzten Gebiet um geringe Summen zu erhöhen. Alles das wurde abgelehnt, weil es mit der Gesamtlage nicht vereinbar sei. (Hört! Hört! links.) **Jetzt auf einmal sind die Mittel da.**

Eine Finanzpolitik, die solche Kunststücke zustage fördert und jetzt Hunderte von Millionen übrig hat, kann Bewunderung erregen, aber von Vertrauen ist sie himmelweit entfernt.

Wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß Mittel aufgewendet werden, wo es dringend geboten ist. Aber wir verlangen, daß der Haushalt in Ordnung gebracht und daß die Deckungsfrage aufs sorgfältigste in Erwägung gezogen wird. Die restierenden Beträge aus der Vermögenssteuer müssen hereingeholt, die ungeheuren Inflationsgewinne müssen versteuert werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wir behalten uns, als Oppositionspartei, vor, das Programm der Regierung in allen seinen Teilen aufs genaueste zu prüfen. **Es sind Dinge darin, die für uns ganz untragbar sind,** wie die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents von 120 000 Tonnen auf ganze 50 000 Tonnen. Ueber unsere Stellung zur Landwirtschaft kann ich bei der Kürze der Zeit nur einiges Allgemeines sagen.

Noch ehe die Regierung ihr Hilfsprogramm für die Landwirtschaft vorbrachte, hat die Sozialdemokratie schon ihre Vorschläge zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft vorgetragen.

Nachdem der Vizekanzler selbst gesagt hat, daß die Vorschläge der Regierung nicht geeignet seien, die Not der Landwirtschaft zu beheben, empfehle ich dringend eine nachdrückliche Prüfung der sozialdemokratischen Vorschläge. Sie werden dann nicht verkennen können, daß hier ein ehrlich gemeinter Versuch vorliegt, zwischen Stadt und Land eine Brücke zu schlagen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gelingt er, dann ist schon unendlich viel geschehen zum Heil für Stadt und Land, für Volk und Staat.

Wehe denen, die das Land gegen die Stadt hetzen.

(Sehr wahr! bei den Soz.) **Sie begehen ein Verbrechen am Staat, das unerhört und unsühnbar ist.** (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ich will nicht im einzelnen aufzählen, wie die Landbundhetze in der letzten Zeit sich geäußert hat. Nur das eine:

Würden die Kommunisten auch nur ein Zehntel von dem verlautbaren, was man jetzt aus deutschnational-landbündlerischen Kreisen her vernimmt, der Staatsgerichtshof müßte sofort Nachtschicht einlegen.

(Zustimmung links.) Ich rufe gewiß nicht nach dem Staatsanwalt, ich fordere aber zur Einkehr auf und zu ein wenig mehr Gewissen und Verantwortlichkeitsgefühl. Wo ist dieses Verantwortungsbewußtsein, wenn ein deutschnationaler Staatspräsident, der rühmlich bekannte Herr Bazille, in einer Bauernversammlung auftritt, in der ein Käufer- und Steuerstreik gegen die Stadt proklamiert wird? **Von Ihren Bänken** (nach rechts) **ist bisher noch kein Wort gefallen, das zur Einkehr mahnt. Aber mit dieser Entrüstung haben wir von den Intriganten versuchen Kenntnis genommen, auf den preußischen Landwirtschaftsminister alle Schuld für die jetzige Lage abzuwälzen.** (Hört! Hört! links.)

Ihr Bürgerblock liegt nun im Sterben.

Er zerfällt. Was war, was ist noch der Bürgerblock? Er ist die Vereinigung jener Parteien, in denen sich der Einfluß des großen Kapitals, des großen Grundbesitzes, der Trusts, der riesigen Kapitalsorganisationen konzentriert. Darum, weil er nicht scheinen darf, was er ist, war er genötigt, so mancherlei Maskeraden vorzunehmen. Revanchepolitiker mußten als Locarnisten die Friedensflöte blasen, Monarchisten schützten die Republik und verboten dem Kaiser, dem sie zum Geburtstage gratulieren, wieder nach Deutschland zurückzukehren. (Heiterkeit links.) Die Maskerade ist nun zu Ende. Der Tag des Gerichts steht bevor. Aschermittwoch ist da.

Wir stellen dem Bürgerblock den Block der Arbeit entgegen.

Ich verwahre mich gegen die Unterstellung, als ob wir unter Arbeitern nur das werktätige Volk verstehen. Was wir erstreben, ist eine innigere und sinnvollere Verbindung zwischen der Arbeit des Geistes und der der Hände. Das ist ja das Wesen des Sozialismus, daß er das Materielle der Wirtschaft unter die Herrschaft der geistigen und sittlichen Kräfte stellen will. **Der Block der Arbeit wächst bewußt, und unbewußt strömt ihm immer neue Kraft zu.** Tönt nicht der Schritt der Arbeiterbataillone auch schon bis hinein in Ihre (nach rechts) Organisationen? Da kommen Sie, richten Warnungstafeln auf und sagen: „Die Sozialisten sind Feinde der Religion!" Aber was kann es Christlicheres geben, als in diese doch wahrhaftig nicht allzu christliche Welt etwas mehr soziale Gerechtigkeit und mehr praktisches Christentum hineinzubringen? (Sehr wahr! links.) Sie nennen uns antinational. Aber

ist die Hebung der Volksgesundheit, der Volkskraft, der Lebensfreude und des Selbstbewußtseins im arbeitenden Volke nicht das nationalste Programm, das es überhaupt geben kann?

(Sehr wahr! links.) Ihrem allzu kümmerlichen Notprogramm setzen wir das Programm der schaffenden Arbeit entgegen, das Programm des Sozialismus und der Demokratie. So treten wir an zu den Kämpfen, die nun folgen werden: Unerschütterlich im Glauben an das arbeitende Volk! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.)

bedauert das Scheitern des Schulgesetzes, an dessen Zielen die Partei für die Zukunft unbedingt festhalte. Der Redner betont dann, daß es in der Geschichte der bisherigen siebzehn Reichsregierungen noch nie dagewesen sei, daß eine aufgelöste Koalition zur Erledigung eines bestimmten Arbeitsprogramms zusammenbleibt. Die Deutschnationale Fraktion stehe rückhaltlos auf dem Boden dieses Entschlusses, der auch den Wünschen des Reichspräsidenten entspreche. Sie sei bereit, die rasche und erschöpfende Durchführung dieses Programms mit allen Kräften zu fördern. Die Erledigung sei durchaus möglich, wenn die bisherigen Regierungsparteien über alle parteipolitischen und wahlagitatorischen Rücksichten hinweg an ihrem Entschlusse festhalten. Der Redner stimmt der Auffassung zu, daß das Programm ein unteilbares Ganzes ist, aus dem kein Stein herausgenommen werden könne, ohne es zum Einsturz zu bringen. Auch die Einzelheiten des Programms finden im großen und ganzen seine Billigung.

Abg. v. Guerard (Ztr.):

Der Vizekanzler hat in seiner Erklärung betont, die Regierung betrachte sich als eine ordnungsmäßige und nicht als ein geschäftsführendes Kabinett. Demgegenüber muß ich nach den letzten Vorgängen doch eins feststellen. Dadurch, daß eine der früheren Regierungsparteien die Koalition gelöst hat, ist unseres Erachtens auch die Stellung dieser Reichsregierung parlamentarisch und politisch eine andere geworden. Es ist richtig, daß die Reichsregierung dem Wortlaut nach keine

geschäftsführende ist, wohl aber der Sache nach, insoweit, als sieben Parteien sich dahin geeinigt haben, daß nur noch eine Reihe begrenzter Geschäfte zu erledigen ist. Es ist nicht richtig, daß die Erledigung dieses Programms erfolgen soll, gestützt auf die bisherigen Regierungsparteien. Das entspricht nicht den Vorgängen der letzten Zeit. **Nach den beiden Reden, die wir jetzt gehört haben, ist bei meinen Freunden die Hoffnung auf Erledigung des Arbeitsprogramms und des Etats nicht gerade gewachsen.** (Hört, hört!) **Es ist eigenartig, daß ein Kabinett, das eigentlich gar keine Daseinsberechtigung** mehr hat, mit Zustimmung von sieben Parteien des Reichstages Aufgaben von solcher Tragweite noch lösen soll. Da kann man nicht von einem Bankrott des Parlaments sprechen, sondern der Reichstag hat hier ein starkes Verantwortungsbewußtsein bewiesen. Wenn die Erledigung des Notprogramms sich wider Erwarten nicht erreichen läßt, dann wird es nicht unsere Schuld sein.

Die Reichsregierung will noch einen Personal-Etat als Ergänzungsvorlage einbringen. Ich kenne den Inhalt nicht, muß aber jetzt schon betonen, daß meine Fraktion jeder Beamtenvermehrung und jeder Höherstufung von Beamten ablehnend gegenübersteht. Hilfe für die Landwirtschaft ist dringend notwendig. Wir werden das Hilfsprogramm im Ausschuß beraten, müssen aber verlangen, daß die Hilfe gleichmäßig über alle Landesteile verteilt wird und daß auch die notleidenden Bauern im West und Süden gebührend berücksichtigt werden. — Der Redner erklärt die Bereitwilligkeit des Zentrums zur praktischen Mitarbeit an der Erledigung des weiteren Arbeitsprogramms. Nach Ostern könne der Reichstag nicht noch einmal zusammentreten.

Abg. **Dittmann** (Soz.) richtet in einer Geschäftsordnungsbemerkung an den Vizekanzler die Frage, welche Teile des Arbeitsprogramms die Regierung auf dem Verordnungswege erledigen wolle.

Vizekanzler **Dr. Hergt** antwortet, der Verordnungsweg komme nur in Frage bei der Aenderung der Reichsgrundsätze für die Kleinrentner- und Sozialrentner-Fürsorge.

Abg. **Dr. Scholz** (D. Vp.) bezeichnet es als einen erfreulichen Beweis des Verantwortungsbewußtseins und Arbeitswillens des Reichstages, daß sich jetzt trotz des Auseinanderfallens der Koalition die großen Parteien zur Erledigung der dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben zusammengefunden haben. **Mit dem sozialdemokratischen Redner, so erklärt Abg. Dr. Scholz, muß auch ich mein Erstaunen darüber aussprechen, daß der Finanzminister jetzt plötzlich wieder über so große Mittel verfügt, während er noch vor kurzem nicht einmal eine Million übrig hatte für die dringendsten Aufgaben.** Die Deutsche Volkspartei werde sachlich mitarbeiten an der Erledigung des Arbeitsprogramms, aber sie müsse die volle Verantwortung für die finanziellen Wirkungen dem Reichsfinanzminister überlassen.

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.) lehnt es ab, daß etwa auch die Oppositionsparteien jetzt hinter der Regierung ständen. Die bisherigen Regierungsparteien hätten nach wie vor die Verantwortung zu tragen. Nicht der Parlamentarismus, sondern

die gegenwärtige Regierungskoalition habe Bankrott gemacht.

Für das Notprogramm sei die Opposition ohne jede Verantwortung. Es sei eine **Flickarbeit auf allen Gebieten.** Nur ein Kleinrentnergesetz könne die Rechtsansprüche dieser Schicht erfüllen. Die Regelung für die Liquidationsgeschädigten könne man nicht als endgültig ansehen. Die endgültige Regelung müsse gesetzlich vorgesehen werden, wobei der Zeitpunkt vorbehalten bleiben kann.

Das Notprogramm für die Landwirtschaft sei unklar, unzulänglich und in seiner Tragweite nicht abzusehen.

Wenn man daran geht, den Weg vom Produzenten zum Konsumenten zu verbilligen, so müsse man auch an die beteiligten Handwerker und Händler denken. **Das Notprogramm erfordere insgesamt fast 225 Millionen. Es sei sehr merkwürdig, daß dieses Geld plötzlich vorhanden sei, nachdem die Vertreter der Regierungsparteien kürzlich im Ausschuß die etwas rosenrote Schilderung des Finanzministers abfällig kritisiert und schwarz in schwarz gemalt hätten.**

Abg. **Schreiber** (Komm.) fordert die Annahme des von den Kommunisten gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensantrags und die sofortige Auflösung des Reichstags.

Abg. **Drewitz** (Wirtsch. Vgg.) erklärt, sie seien bereit, die Erledigung des Etats und des Nachtragsetats wirksam zu fördern. Sie würden auch an der Verabschiedung des Arbeitsprogramms sachlich mitarbeiten, soweit damit wirklich vorhandene Notstände behoben werden sollen. Da die Einzelheiten des Programms noch nicht bekannt seien, müsse sich die Wirtschaftliche Vereinigung ihre Stellungnahme zu den einzelnen Vorlagen vorbehalten.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.): Die Bayrische Volkspartei wolle an der Erledigung des Arbeitsprogramms mitarbeiten, um nach Möglichkeit den wirklich bestehenden Notständen abzuhelfen.

Abg. **Dr. Relf** (Volksrechtspartei) bezeichnet die Hilfsmaßnahmen für die Kleinrentner und das Gesetz für die Liquidationsgeschädigten als ganz unzureichend. — Abg. **Winkelnkemper** (Völk.) bemerkt, daß durch das Notprogramm der Regierung die verschuldete Landwirtschaft saniert werden könne. — Abg. **Döbrich** (Christl.-nat. Bauernpartei) hält die angekündigten Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft für ausreichend, ebenso Abg. **Dr. Frick** (Natsoz.). — Damit schließt die allgemeine Aussprache. — Bei den Abstimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums und der Reichskanzlei wird ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Reichsvertretung in München gegen die Linke und die völkischen Gruppen abgelehnt. — Der Haushalt wird bewilligt.

Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt. — Um 19¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag.

* * *

Kr. Die Beratung der Regierungserklärung im Reichstag ist offenbar wesentlich anders verlaufen, als die Reichsregierung erwartet zu haben scheint. Der Verlauf der gestrigen Debatte im Reichstag war derart, daß man füglich daran zweifeln kann, ob das Arbeitsprogramm der Regierung sich überhaupt wird durchführen lassen. Denn nicht nur hat die Opposition, insbesondere die Sozialdemokratische Fraktion, mit aller Deutlichkeit und Schärfe darauf hingewiesen, daß das Notprogramm der Regierung, so wie es von der Regierung endgültig gestaltet zu sein scheint, durchaus unzureichend und unbefriedigend ist, und hat sie deutlich werken lassen, daß sie das Notprogramm ohne wesentliche Aenderungen auf keinen Fall annehmen wird, sondern es hat sich auch wieder einmal gezeigt, daß die bisherigen Regierungsparteien sich auch über die Gestaltung des Notprogramms immer noch nicht einig sind. Endlich aber hat die Reichsregierung selbst durch die von ihr geplante Schlußklausel, nach der nur alle das Notprogramm bildenden Gesetze gleichzeitig in Kraft treten sollen, die Annahme dieses Notprogramms aufs schwerste gefährdet. Es sieht fast so aus, als ob die Deutschnationalen, die diese Schlußklausel durchgesetzt haben sollen, um auf diese Weise zu erreichen, daß zwar die vorgesehenen Mittel für die Landwirtschaft bewilligt, daß aber für die Klein- und Sozialrentner keine neuen in Betracht kommenden Mittel zugestanden werden, sich wieder einmal in ihrer eigenen Schlinge gefangen haben. Denn nach den Erklärungen der Opposition ist garnicht daran zu denken, daß das Notprogramm in dieser Form angenommen wird, sofern nicht die bisherigen Koalitionsparteien absolut geschlossen vorgehen und die Opposition majorisieren. Das ist indes nach dem Verlauf der Debatte kaum zu erwarten. Die Opposition aber wird zur Annahme des Notprogramms nur bereit sein, wenn das Notprogramm entsprechend ihrer Auffassung wesentlich umgestaltet wird. Infolgedessen ist es, wenn nicht gar das ganze Notprogramm überhaupt scheitert, durchaus möglich, daß auf Grund der Schlußklausel die Deutschnationalen ein Notprogramm schlucken müssen, das ihren Forderungen nicht entspricht. Da andererseits auch das kaum zu erwarten ist, erscheint das Notprogramm tatsächlich schon jetzt außerordentlich gefährdet. Es kann deshalb nicht überraschen, daß der offizielle Redner des Zentrums bereits ganz offen erklärte, daß bei dem Zentrum die Hoffnung auf Erledigung des Arbeitsprogramms nicht mehr sehr groß sei.

Wie tief die Gegensätze zwischen den bisherigen Koalitionsparteien auch in der Frage der Abwickelung des Arbeitsprogramms und der weiteren Tätigkeit der Regierung sind, geht aus der Debatte ebenfalls mit aller Deutlichkeit hervor. Während Hergt als Vertreter der Reichsregierung besonders scharf betonte, daß sich die Reichsregierung nicht lediglich als geschäftsführende Regierung fühle, betonte der Zentrumsführer v. Guérard mit derselben Deutlichkeit, daß die gegenwärtige Reichsregierung im Grunde überhaupt keine Daseinsberechtigung mehr habe, und daß sie, wenn auch nicht formal, so doch tatsächlich sehr wohl lediglich als geschäftsführende Regierung zu betrachten sei. Die Aeußerungen dieses Redners waren auch noch insofern bemerkenswert, als er nachdrücklich betonte, daß das Arbeitsprogramm nicht allein mit Hilfe der bisherigen Regierungsparteien durchgeführt werden könne, sondern daß dazu auch die Zustimmung der Opposition erforderlich sei. Er gestand ganz deutlich eine gewisse Verpflichtung der bisherigen Regierungsparteien zu, zum Notprogramm die Zustimmung der Opposition zu suchen. Dabei müßte sich Herr v. Guérard nach den Ausführungen des Genossen Stampfer durchaus darüber klar gewesen sein, daß das Notprogramm in seiner jetzigen Gestalt von der Opposition auf keinen Fall angenommen wird.

Auch die Rede des Vertreters der deutschen Volkspartei ließ die Gegensätze in der bisherigen Koalition aufs neue deutlich hervortreten. Herr Dr. Scholz unterstrich nämlich mit aller nur wünschenswerten Klarheit die Kritik des Genossen Stampfer an der Politik des Reichsfinanzministeriums. Auch er betonte, ebenso wie der Genosse Stampfer, daß es doch eigentlich ein unglaublicher Zustand sei, daß jetzt plötzlich viele Hundert Millionen Mark für die Durchführung des Notprogramms vorhanden seien, während noch vor einigen Wochen das Reichsfinanzministerium immer wieder erklärt habe, daß kein Geld vorhanden sei, wenn es sich darum handelte, wichtige soziale Wohlfahrtsmaßnahmen zu beschließen. Jetzt dagegen hat die Reichsregierung nicht nur mehrere Hundert Millionen Mark, um eine große Notstandsaktion für die Landwirtschaft durchzuführen, sondern sie erhöht auch plötzlich freiwillig den Betrag, der für die Liquidationsgeschädigten ausgeworfen werden soll, um 300 Millionen Mark. Nichts zeigt deutlicher als diese Tatsache die leichtfertige und geradezu gewissenlose Finanzpolitik des gegenwärtigen Finanzministers Dr. Köhler und der gesamten Reichsregierung. Aber Dr. Scholz täuscht sich, wenn er glaubt, für diese schandverhaften Zustände den Reichsfinanzminister allein verantwortlich machen zu können. Für diese Finanzpolitik ist vielmehr die ganze Reichsregierung und der ganze hinter ihr stehende Bürgerblock verantwortlich. Es ist jedenfalls für den Wahlkampf außerordentlich wertvoll, daß nun einmal von seiten eines hervorragenden Vertreters des Besitzbürgerblocks selbst die vernichtenden Feststellungen unserer Partei über die gewissenlose Finanzpolitik des Bürgerblocks bestätigt worden ist.

Um so unerhörter ist es, daß das Notprogramm so vollständig versagt auf dem Gebiet der Hilfsmaßnahmen für die Klein- und Sozialrentner. Es ist ein geradezu skandalöser Zustand und charakterisiert die Reichsregierung und ihre volksverräterische Politik, daß sie jetzt durch den Mund des Vizekanzlers offiziell erklären läßt, daß die Reichsregierung sich jeder sachlichen Stellungnahme zur Frage der Kleinrentnerfürsorge enthalten müsse, und es ist geradezu Selbstverspottung, wenn der Vizekanzler hier plötzlich wieder von den beschränkten Mitteln des Reiches spricht. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß auch die Demokraten keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß das Notprogramm auch für sie völlig unannehmbar ist, wenn es nicht in dieser Richtung noch ergänzt wird.

So zeigt diese Regierungserklärung nur wieder auf der ganzen Linie das geradezu katastrophale Versagen der Bürgerblockregierung. Es beweist, wie notwendig es ist, daß möglichst bald das deutsche Volk durch Wahlen neu befragt wird, damit endlich mit dieser Mißwirtschaft im Reiche ein Ende gemacht wird.

Die „Rote Fahne" gesteht

daß die K.P. in Braunschweig Hiebe bekommen hat.

Berlin, 28. Februar. (Eigener Funkbericht.)

In der heutigen Ausgabe der „Roten Fahne" wird ausnahmsweise einmal mit einer anerkennenswerten Offenheit eingestanden, daß die Kommunistische Partei bei den Gemeindewahlen in Braunschweig eine schwere Niederlage erlitten hat. Mit Bedauern wird gleichzeitig festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei im Braunschweiger Stadtparlament die absolute Mehrheit erzielt hat. Daß sei für die sozialdemokratische Gemeinde- und Landespolitik von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Der Rückgang der KPD.

Der Mitgliederschwund in Westsachsen offiziell zugestanden.

Die Kommunistische Partei Westsachsens hat nach dem von der dortigen Bezirksleitung der KPD. herausgegebenen Bericht im letzten Geschäftsjahre 1158 Mitglieder verloren. Da es sich hier um einen vorläufigen Bericht handelt, dürfte der tatsächliche Verlust noch wesentlich größer sein.

Mussolini schweigt.

Seine erwartete Erklärung zur Südtiroler Frage ausgeblieben.

Mailand, den 28. Februar. Die für Montag angekündigte Erklärung Mussolinis zu der Südtiroler Frage blieb aus, trotzdem die Sitzung der italienischen Kammer pünktlich begann. In Erwartung einer Regierungserklärung war das Haus bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die Tribünen waren dicht besetzt.

Der italienische Gesandte in Wien ist am Montag vormittag in Rom eingetroffen. Er hatte im Verlauf des Nachmittags mehrere, insgesamt drei Stunden dauernde Besprechungen mit Mussolini.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 30.

72] (Nachdruck verboten.)

Dann kehrte der Präsident heim und behauptete, er habe einen bedeutenden Sieg errungen. Im Namen des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" lieferte er das deutsche Rheinland den Franzosen, die Kolonien den Briten, Deutschtirol den Italienern, eine chinesische Provinz den Japanern aus. Die Vereinigten Staaten erhielten das Mandat über Armenien. Außerdem hatte er ein ewiges Bündnis mit Frankreich und Großbritannien geschlossen, durch das Amerika verpflichtet war, diesen Hohn auf das „Selbstbestimmungsrecht" zu schützen.

Bunny saß besonders unter all dem, mußte er doch bei jedem Brunch in Paradise Park erklären, das Selbstbestimmungsrecht der Völker Sibiriens verlange, daß Paul auch nach Friedensschluß im Lande bleibe und ihnen das Bajonett vor die Nase halte.

Dann aber kam eines Tages ein Brief, der Bunny das weitere Schwindeln unmöglich machte. Es war ein harmloses aussehendes Schreiben, billiges Papier, eine ungelenke Schrift, auf dem Poststempel stand „Seattle". Adressiert war der Brief an „Herrn Bunny Roß, Paradise, California":

„Lieber Herr Bunny!

Sie kennen mich nicht, aber ich bin ein heimgekehrter Soldat, der jüngst im Sibirien-Lad die Kleider [illegible] hat. Paul Watkins sagte mir, ich solle Ihnen schreiben, weil er keine Nachrichten durch die Zensur bringen kann. Ich bin wegen Krankheit entlassen. Ich hatte Cholera, seit drei Monaten bin ich aus dem Dienst. Wollen Sie Ihre Hände anbeten, wenn Sie meinen Brief gelesen haben, denn die Krankheit ist sehr ansteckend. Ich bin noch isoliert, und dieser Brief wird hinausgeschmuggelt. Erzählen Sie das Geheimnis niemandem, daß ich Ihnen geschrieben habe, sonst ist der Teufel los. Aber Paul meinte, wenn Sie Ihre Macht nützen, in was für einer Hölle wir leben, so würde er bestimmt etwas tun, um das Hungern zu verhindern. Herr Bunny, was [illegible] wir hier tun, [illegible] wir hier? Die Russen sind für immer wirklich Gott unter Ruß und große Sünder. Dabei muß man [illegible] sehen. Das im Sommer [illegible] einen die Mücken, daß man [illegible]. Die Japaner, die doch [illegible] Verbündete sein sollen, [illegible] uns [illegible]. Sie erfinden das Brot. Sie haben nur Schwarzbrot [illegible], aber in Wirklichkeit sind [illegible] da. Weshalb riefen wir sie überhaupt? Unsere Jungens dürfen keine Waffen tragen, die Japaner hingegen haben Bajonette, wir nur die Fäuste. Bestimmte Zonen sollen von uns kontrolliert werden, aber die Japs dringen auch dort ein, ich sah sie mit vielen Maschinengewehren. Kommt es zwischen ihnen und uns zum Krieg um Sibirien, so werden gleich zu Beginn unzählige unserer Leute niedergemäht. Die russischen Flüchtlinge und Offiziere erklären, wir müßten ihnen helfen, aber ich hörte unseren Obersten sagen: da gibt man ihnen Geld, damit sie eine Regierung bilden, sie aber gehen hin, verjubeln alles, und nachher muß man sie aus einem Dorfe herausholen. Diese Leute haben nur einen Gedanken: alle Kosaken zu erschießen, die ihnen in die Hände fallen, sogar die Frauen. Sie foltern die Menschen, Herr Bunny, ich habe Dinge gesehen, die Ihnen beim bloßen Sehen den Magen umdrehen würden. Kein Gnadenl Gnades empfangen: bis zum letzten Mann ist unsere Armee dieser Sache überdrüssig. Einige sind auch verrückt geworden, in unserem Regiment allein zwanzig, sie mußten in Zwangsjacken nach Hause geschickt werden. Aber unsere Leute bekommen darüber nichts erfahren. Wir haben in unserem Regiment Leute, die haben seit einem halben Jahre nichts von zu Hause gehört und sind vor Sorgen halb toll. Weshalb kämpfen wir dort, da doch der Krieg zu Ende ist? Wenn Sie den Grund wissen, schreiben Sie mir's, bitte. Aber Paul bittet, Sie sollen seiner Schwester nichts sagen, es mit ihm persönlich nicht so schlecht, er kommt viel herum und hat Lust zu [illegible]. Wenn man viel Frontmannarbeit hat, ist es leichter, aber die anderen müssen manchmal Eisenbahnschienen hundert Meter weit schleppen und dann wieder zurück, nur damit [illegible] zu [illegible]. Bitte, schicken Sie mir Zigaretten als Zeichen, daß Sie meinen Brief erhalten haben. Wenn ich Ihnen wieder schreiben soll, schicken Sie mir, bitte, zwei Pakete.

Mit Gruß, Jeff Korbitty."

Bunny zeigte den Brief dem Vater, der sich darüber natürlich sehr aufregte. Aber was konnte er tun? In jener Woche wurden drei Boxen geöffnet, von denen eine ungefähr und einer hundert Kisten Zeitungen mit Petroleum überflutete. Außerdem machten Roß und Rockefeller sich mit den erforderlichen Schmiergeldern auf dem Petroleumamte beliebt. Es schien, als wollten man mit einem Male alle Rekorden der Welt Bunny treiben. Vielleicht hatten sie die Absicht, den im Kriege verursachten Verlust zu ersetzen, vielleicht bereiteten sie sich auf einen neuen Krieg vor. Jedenfalls lagen die Preise [illegible], und ganz California wurde überflutet. Die Tankwagen [illegible] nur noch an alle Banken und nicht über fünf Gallonen auf einmal. Manche Tankstellen waren völlig leer, die Autos mußten tagelang warten. Der Vater und Herr Roscoe brachten eine schöne Beute heim. „Wirkliches Geld," bemerkte der Vater lachend „Nicht ausländische Anleihen."

Bunny sandte an Jeff Korbitty ein Dutzend Schachteln Zigaretten, Tag und Nacht sorgte er sich um Paul. Das Niederringen des Bolschewismus sah plötzlich ganz anders aus, wenn Paul deshalb in Sibirien bleiben mußte. Und auch die bolschewistische Propaganda klang anders, wenn sie aus der Feder eines einstigen Kinderstemplers kam.

Bunny hatte das Gefühl, daß etwas geschehen müsse. In seiner Verzweiflung setzte er sich schließlich hin, verfaßte einen Brief an das Kongreßmitglied des Staates, Herrn Leathers, schrieb, er habe von den Verhältnissen in Sibirien gehört und bitte Herrn Leathers, sich beim Kriegsministerium zu erkundigen, weshalb in Friedenszeiten die Briefe der Soldaten zensuriert würden. Außerdem solle er fordern, daß der Kongreß zu der Frage Stellung nehme, weshalb die amerikanischen Truppen noch in Sibirien festgehalten wurden.

Der Brief erreichte Herrn Leathers nach fünf Tagen. Zwei Tage später erschien im Hause der Roß' in Angel City ein gutgekleideter liebenswürdiger Herr und erklärte, er sei der Besitzer einer Petroleumkonzession in Sibirien, für die er Herrn Roß interessieren möchte.

Der Vater war in Paradise. Bunny sprach mit dem Herrn, und da er sich menschlich und voll Interesse zeigte, erzählte er ihm von Paul und zeigte ihm auch Jeff Korbittys Brief. Sie plauderten über die Lage in Sibirien, und der freundliche Herr meinte, Amerika hätte Rußland nicht den Krieg erklärt, demnach gäbe es auch kein Recht, gegen die Russen zu kämpfen. Bunny stimmte zu. Dann verabschiedete sich der Herr und ließ nichts mehr von sich hören.

Zwei Wochen später erhielt Bunny einen zornigen Brief des einstigen Cowboys, voller Vorwürfe darüber, daß er ihn „verraten" habe. Es könne nur Bunny gewesen sein, denn er habe es niemand anderem geschrieben. Jedenfalls sei der Teufel los, und Jeff schreibe nur noch diesen einen Brief an Bunny, um ihm zu sagen, er solle zum Teufel gehen und dort bleiben.

Bunny mußte mit jemandem über den Verfall sprechen. Als er am folgenden Tage in seinem neuen Auto von der Universität heimfuhr, begegnete er einem jungen, leicht hinkenden Mann. Es schien ihm unfaßbar, daß ein Student im Auto fuhr, während sein hinkender Lehrer zu Fuß gehen mußte.

„Wollen Sie nicht mit mir fahren, Herr Irving?"

(Fortsetzung folgt.)

Der Abrüstungsplan der Sozialistischen Internationale

Beschlossen auf der Tagung des Exekutivkomitees in Zürich.

Zürich, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend und Sonntag tagte in Zürich das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Man beschloß zunächst für den am 5. August in Brüssel beginnenden Internationalen Kongreß folgende Tagesordnung: 1. Der Militarismus und die Abrüstung. 2. Das Kolonialproblem. 3. Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse. 4. Bericht und Antrag der Internationalen Frauenkonferenz. 5. Organisation der S.A.J.

Dem Internationalen Kongreß in Brüssel soll ein Antrag für die Abschaffung der Todesstrafe unterbreitet werden. Der von der Abrüstungskommission der Arbeiter-Internationale festgestellte und für den Brüsseler Kongreß bestimmte

Bericht über die Abrüstung

wurde ebenfalls einstimmig gebilligt. Er lautet:

I.

Das Ziel, das die S.A.J. erstrebt, ist die vollständige und gleichzeitige Abrüstung aller Länder zu Land, zu Wasser und in der Luft. Aber die S.A.J. verfällt nicht in den Irrtum, zu glauben, daß eine vollständige Abrüstung erreicht werden kann, so lange die Regierungen der meisten Länder von kapitalistischen und imperialistischen Klassen beherrscht werden und so lange andererseits in vielen Ländern nicht jene Demokratie besteht, die allein die Durchführung internationaler Abrüstungsabkommen unter die Kontrolle demokratischer Einrichtungen und einer freien, öffentlichen Meinung zu stellen vermag.

Ist aber die vollständige Abrüstung derzeit noch nicht erreichbar, so gibt es doch schon in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Kräfte, die nach einer Einschränkung der Rüstungen drängen. Die Furcht der herrschenden Klassen vor neuen Revolutionen, die jeder Krieg entfesseln müßte, und die Erkenntnis, daß das Wettrüsten den Krieg automatisch herbeizuführen droht, die infolge der Umwälzungen der Kriegstechnik ungeheuerlich wachsenden Kosten der Rüstungen und das Sicherheitsbedürfnis der im Auslande angelegten Kapitalien, die Erkenntnis endlich, daß die Abrüstung der besiegten Nationen auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht auch die Siegernationen die vertragsmäßig übernommene Verpflichtung zur Beschränkung ihrer Rüstungen erfüllen — all das drängt nach einer Einschränkung der Rüstungen. **Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des internationalen Sozialismus, alle Regierungen unter den stärkstmöglichen Druck zu setzen,** um die in den herrschenden Klassen selbst wirksamen Tendenzen zum internationalen Abrüstungsübereinkommen auszunützen, die ihnen widerstreitenden, mächtigen imperialistischen und militärischen Gegentendenzen zu überwinden und auf diese Weise ein internationales Abrüstungsübereinkommen durchzusetzen.

II.

Die S.A.J. fordert, daß alle internationalen Konflikte dem obligatorischen Schiedsverfahren oder einem anderen Verfahren friedlicher Beilegung unterworfen werden.

Die S.A.J. fordert, daß, dem Vorschlag Norwegens entsprechend, der Völkerbund einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag ausarbeite und zur Annahme durch alle Staaten empfehle.

Sie betrachtet es als Pflicht aller sozialistischen Arbeiterparteien

1. **die Aufnahme eines Gesetzes in die Gesetzgebung ihres Landes zu erlangen, das jede militärische oder industrielle Mobilisierung ausschließt, bevor ein internationaler Konflikt dem Völkerbund oder einem anderen Verfahren friedlicher Beilegung vorgelegt ist.**
2. **den stärkstmöglichen Druck selbst in der Form der Gewalt gegen jede Regierung auszuüben, die es im Falle eines internationalen Konfliktes ablehnen würde, sich einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterwerfen.**

Die S.A.J. ist sich dessen bewußt, daß ihr Kampf um internationale Rüstungsbeschränkungen desto wirksamer sein wird, je wirksamer sie die Entscheidung aller internationalen Konflikte durch friedliche Mittel zu sichern vermögen wird.

III.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, die die Sieger den Besiegten auferlegen. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen. **Die S.A.J. verlangt daher für alle Nationen die gleiche Freiheit in der Wahl ihres Heeressystems.** Die Herstellung dieser Gleichberechtigung der Nationen erfordert aber zwingend ein internationales Abrüstungsabkommen, das einem neuen Wettrüsten zwischen den Siegern und den Besiegten von 1918 wirksam vorbeugt. Dieses Abkommen muß die Methoden der Abrüstung den verschiedenen Heeressystemen anpassen.

IV.

Die Hauptaufgabe eines Rüstungsübereinkommens muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß kein Staat sofort bei Ausbruch eines internationalen Konflikts große Massen ausgebildeter und bewaffneter Truppen zu einem Angriff bereit habe. Daher muß das internationale Abkommen sichern:

1. **Möglichst kleine Friedensstände in den Kasernen,**
2. **Beschränkung der Waffenvorräte, die die einzelnen Staaten bereit halten dürfen.**

Soll allen Nationen die Wahl ihres Heeressystems freigestellt werden, so lenkt andererseits die S.A.J. die Aufmerksamkeit auf die Gefahr, die ein neuer Typus der Heeresorganisation bietet, der einen starken Kern von Berufssoldaten verbindet mit der Möglichkeit schneller Benutzung großer Massen für eine Angriffsaktion, so daß er die Gefahren des Milizheeres mit denen des Berufsheeres vereinigt.

Man muß also verhindern, daß sich irgendwo, namentlich aber in den Ländern des Milizsystems, starke Kerne von Kasernentruppen bilden und ebenso, daß irgendwo, namentlich in den Ländern der Berufsheere, Vorkehrungen getroffen werden, die es gestatten, gewaltige Massen zu einem politischen Angriff zu verwenden.

V.

Wo das Heer auf die Wehrpflicht gegründet ist, ist zunächst der Friedensstand auf das zur Ausbildung unerläßliche Maß zu reduzieren. Weiter ist dann auch die Zahl der zum Heeresdienst Auszubildenden zu beschränken. Für die Länder, die Söldnerheere halten, ist in analoger Weise der Friedensstand zu begrenzen. **Für alle Länder hat das internationale Abkommen überdies vorzusehen:**

1. **Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Batterien zur Kriegführung.**
2. **Beschränkung der Zahl der schweren Geschütze, Tanks, Flugzeuge. Beschränkung der Flotte bezüglich der Gesamtgröße als auch nach verschiedenen Schiffskategorien.**
3. **Beschränkung der finanziellen Aufwendungen für Heer und Flotte.**
4. **Nationale und internationale Kontrolle der Erzeugung, des Handels und des Transportes von Kriegsmitteln.**
5. **Die Bekämpfung von Veröffentlichungen über geheime Rüstungen ist zu verurteilen.**
6. **Internationale Kontrolle der Durchführung aller dieser Beschränkungen durch den Völkerbund oder durch eine weitere, auch die dem Völkerbund nicht angeschlossenen Nationen umfassende Organisation.**

Die technischen Schwierigkeiten, die die Abrüstung bietet, können nur unter dem stärksten politischen Druck überwunden werden. Diesen Druck durch eine ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten zu üben, ist die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterparteien. Sie werden zu wachen haben, daß die technischen Schwierigkeiten nicht als Vorwand für das Scheitern aller Abrüstungsbestrebungen benützt werden.

VI.

Unbeschadet des Kampfes um internationale Abrüstungsabkommen werden die sozialistischen Arbeiterparteien darum kämpfen, daß jeder Staat aus eigenem Willen seine Rüstungen vorher schon einstelle, oder so weit einschränke, als dies seine besonderen Umstände gestatten.

Die Abrüstungsverträge dürfen für jeden Staat nur das Höchstmaß seiner Heeresrüstungen vorschreiben. Kein Staat darf durch internationale Verträge verhalten werden, größere Streitkräfte zu unterhalten, als er selbst es für notwendig findet. Kein Staat darf für die Einschränkung seines Heeresstandes unter das ihm durch die Internationalen Verträge zugebilligte Höchstmaß mit dem Entzug irgendwelcher internationaler Garantien bestraft werden.

VII.

Angesichts der durch die Entwicklung der modernen Waffentechnik wesentlich vermehrten Gefahren, die jede militärische Organisation, selbst bei der demokratischesten Heeresverfassung, für die Demokratie und für die Arbeiterklasse in sich schließt, müssen die sozialistischen Arbeiterparteien mit dem Kampfe um die Abrüstung den Kampf um die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Heer und die Flotte und um die Demokratisierung der inneren Organisation des Heeres und der Flotte verbinden. Zu diesem Zwecke fordern die sozialistischen Arbeiterparteien:

1. Verfügungsgewalt der Parlamente über Heer und Flotte. Keine, auch keine teilweise Mobilmachung ohne Parlamentsbeschluß. Kontrolle der inneren Heeresorganisation durch besondere Parlamentskommissionen. Verbot der Verwendung der militärischen Kräfte in Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

2. Beseitigung aller Schranken, die das Heer vom Volke trennen. Zu diesem Zwecke bei möglichst kurzer Dienstzeit volle Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten. Schutz der Rechte der Soldaten durch von ihnen gewählte Vertrauensmänner, Demokratisierung der Ergänzung des Offizierskorps, Demokratisierung des Disziplinarrechtes und des Militärstrafrechtes, Aufhebung der besonderen Militärgerichte in Friedenszeiten.

VIII.

Zur Verhütung der Umgehung der internationalen Abrüstungsabkommen und zur Abwehr der faschistischen Gefahren ist die Aufstellung und Erhaltung faschistischer bewaffneter Milizen und Wehrorganisationen zu verbieten und die Durchführung des Verbotes unter internationale Kontrolle zu stellen.

Verlegenheits-Taktik.

(Von unserem Londoner Korrespondenten).

London, 25. Februar. (Eigener Bericht.) Die Exekutive der Komintern hat — wie aus Moskau gemeldet wird — kürzlich beschlossen, den kommunistischen Einfluß in Großbritannien durch Aufstellung einer möglichst großen Zahl von kommunistischen Kandidaten für die kommenden Unterhauswahlen zu erhöhen. Insbesondere auf die Wahlkreise, in denen die „reformistischen Führer" der britischen Arbeiterpartei um Mehrheiten kämpfen, soll der neue kommunistische Angriff konzentriert werden.

Dieser Beschluß der Komintern drückt sich äußerlich in einem, der britischen K. P. gegenüber ausgesprochenen Wunsche aus. Praktisch bedeutet er jedoch, daß die Internationale sich bereit erklärt, die Lasten dieses Frontalangriffs zu tragen. Nimmt man an, daß die Aufstellung von 50 Kandidaten geplant ist — diese Zahl wird in den Moskauer Meldungen genannt — so bedeutet das einen Mindestaufwand von 15 000 bis 20 000 Pfund Sterling, ca. 150 Pfund Sterling pro Wahlkreis für das Wahldeposit des kommunistischen Kandidaten und ungefähr die gleiche Summe für die Kosten des Wahlkampfes. Praktisch werden mit dem Beschluß drei verschiedene Absichten verfolgt. Man will den Führern der sozialistischen Arbeiterbewegung eine Niederlage bereiten, die Unterstützung der Kandidaten der Arbeiterpartei durch die lokalen Kommunisten vereiteln und schließlich die Neuwahlen benutzen, um endlich an die Massen mit dem kommunistischen Agitationsgut heranzukommen.

An sich stellt der Beschluß der Komintern eine völlig neue Phase in der kommunistischen Taktik in Großbritannien dar und ist, so aggressiv er auch sich geben mag, nichts als das Eingeständnis einer Niederlage. Solange irgendwelche Hoffnungen auf eine Gesamtdurchdringung der britischen Arbeiterpartei vorhanden zu sein schienen, hat sich die kommunistische Partei in Großbritannien gehütet, äußerlich selbständig vorzugehen. Ihr Vorgehen zielte in jenen Jahren darauf hin, auf dem Umwege über Vertrauensmänner, deren Bindung an die K. P. nach außen hin unsichtbar blieb, bestehende Organisationen zu durchdringen und schließlich zu erobern. Die Arbeiterbewegung selbst hat diesen Bestrebungen ein jähes Ende bereitet, indem sie auf den letzten Gewerkschaftskongressen und Parteitagen die Aufmerksamkeit der Bewegung auf diese Taktik lenkte und der unterirdischen kommunistischen Tätigkeit alle erdenklichen Riegel vorschob. Damit war die Politik der Einheitsfront, der Zellenbildung, gescheitert. Die Kommunistische Partei fristete deshalb in den letzten beiden Jahren, seit dem Zusammenbruch des Generalstreiks, nur noch ein Scheinleben. Die Wurzeln ihrer Kraft waren abgeschnitten, ihre Initiative war gebrochen. Der Uebergang von der Politik der Zellenbildung zum offenen Angriff auf die Arbeiterpartei soll die Bewegung neu beleben.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterpartei selbst die neue Situation vor die sie sich gestellt sieht, unter Wahlgesichtspunkten betrachtet. Die „Arbeiterpartei", stellt der „Daily Herald" in einem Kommentar zu der Moskauer Meldung fest, „muß — wie groß immer die Anzahl der kommunistischen Kandidaten sein mag — diese Intervention Moskaus willkommenheißen; denn sie wird dem salbungsvollen und unerträglichen Geschwätz von der „Einheitsfront" ein Ende bereiten und die Dummdreistigkeit der von den Kommunisten in den Nachwahlen angewandten Taktik unterstreichen. Sie besteht darin, die Labour Party zu beschimpfen, aber gleichzeitig an einer Wahl des betreffenden Arbeiterkandidaten aufzufordern. Dem Durchschnittswähler wird kristallklar werden, was diejenigen längst gewußt haben, die die politischen Realitäten kennen, daß die Kommunisten nicht einfach den „linken Flügel" der Arbeiterpartei darstellen, sondern eine selbständige und gegnerische Organisation sind mit einer verschiedenen Politik und mit radikal verschiedenen Methoden. Der sich hieraus ergebende Gewinn der Arbeiterpartei wird ehrlich sein. Verlieren werden hierbei die Konservativen und Liberalen. Es sind die Herren Baldwin und Lloyd George, die mit den Nachrichten aus Moskau unzufrieden sein werden. Ihres liebgewordenen Schlachtrufs von der „bolschewistischen Kontrolle der Arbeiterpartei" beraubt, werden sie entweder neue Schreckgespenster erfinden oder sich mit den zwar altmodischen, aber noch immer nicht vollständig verlorenen Mitteln der Vernunft und des Arguments mit den Programmen der Arbeiterpartei selbst auseinandersetzen müssen."

Uns scheint, daß der „Daily Herald" die durch die Beschlüsse in Moskau geschaffene Lage auf eine allzu einfache Formel bringt; denn er verschweigt die Gefahren, die andererseits mit der Weisung der Komintern an die britischen Kommunisten verbunden ist. Zweifellos werden jetzt auf Grund der veränderten Taktik der Kommunisten hunderttausende von Wählern, die bisher — infolge der Lektüre bürgerlicher Blätter — aus Angst vor dem „heimlichen Bolschewismus der Arbeiterpartei" gewählt haben, zum ersten Male den Mut finden, ihre Stimme der Labour Party zu geben. Wahrscheinlich wird dieser Entschluß auch dazu beitragen, einer ganzen Reihe von Funktionären der Arbeiterpartei und insbesondere einem gewissen radikalen Typ von Kandidaten selbst, den grundsätzlichen Unterschied zwischen ihrer eigenen Politik und den Kommunisten ins Bewußtsein zu treiben. Es hieße trotzdem, gegebene Realitäten übersehen und Vogel-Strauß-Politik treiben, wollte man verkennen, daß bei der Mechanik des gegenwärtigen britischen Wahlrechts, das dem Kandidaten mit der größten Stimmenzahl auch ohne absolute Mehrheit Sitz und Stimme im Unterhaus zuschanzt, viele Sitze auch nur durch Absplitterung von einigen hundert Wahlstimmen verloren gehen können. Es kommt hinzu, daß das Dazwischentreten eines kommunistischen Kandidaten tatsächlich hier und dort den Sieg eines Liberalen oder Konservativen über diesen oder jenen Partei- oder Gewerkschaftsführer mit sich bringen kann. Als Ganzes genommen überwiegen jedoch die Vorteile dieser Klärung die Nachteile um ein Vielfaches und was an gewonnenen Minderheitssitzen verloren gehen mag, dürfte durch den Zuwachs an Abgeordneten, hinter denen eine solide Mehrheit steht, mehr als aufgewogen werden. Das Gesamtresultat für die Arbeiterpartei dürfte damit, insbesondere angesichts des zweideutigen Segens, den solche Minderheitssitze für alle fortschrittlichen Parteien darstellen, als durchaus erfreulich zu bezeichnen sein.

Für die Kommunisten selbst muß das Experiment allerdings, außer der Schadenfreude, da und dort einen ihr besonders unerwünschten Kandidaten aus dem Sattel geworfen zu haben, mit einem unerhörten Fiasko enden. Das wissen die britischen kommunistischen Führer nur zu gut. Sie haben deshalb selbst keineswegs den geistigen Anstoß zu diesem Uebergang von den „Einheitsfront"-Manövern zum Frontangriff gegeben. Denn so sehr ihnen der Moskauer Beschluß Mittel zu einer bisher unmöglichen großen Agitation in die Hände drückt, so sehr muß er andererseits in seinen Resultaten die ganze Schwäche der kommunistischen Position in Großbritannien in das unbarmherzige Licht der zahlenmäßigen Wahlresultate stellen. Nur mit gemischten Gefühlen werden sie daher dem Befehl ihrer Meister Folge leisten. Und es ist menschlich begreiflich, wenn sie das gegenwärtige Halbdunkel, das ihnen immerhin und zumindest im Bewußtsein der Gegner vom Schlage der „Morning-Post" und „Daily-Mail" Leser einen gewissen Anschein von Existenzberechtigung gibt, einem politischen Harakiri vorziehen, das sie der Lächerlichkeit hier und in Moskau der Anklage, über ihre Stärke geflunkert zu haben, ausliefern muß.

Albanien darf nicht um Hilfe rufen.

Italien erlaubt nicht, daß es seine Bitte an den Völkerbund um Mittel gegen die Hungersnot vertritt.

Genf, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Vor wenigen Tagen bat Albanien den Völkerbund um Hilfe gegen die Hungersnot. Der Generalsekretär antwortete, daß die Frage auf die Tagesordnung der Ratstagung gesetzt werde. Außerdem werde Albanien gebeten, einen Delegierten zur Vertretung seiner Wünsche nach Genf zu schicken. Nun antwortet Albanien, daß es nicht in der Lage sei, sich in Genf vertreten zu lassen und bittet, die Frage zu vertagen. Man vermutet, daß Italien dahinter steckt.

Eine gute Antwort.

Eine Erklärung des englischen Außenministers zum Cavell-Film.

London, 27. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Außenminister erwiderte am Montag auf mehrere kleine Anfragen über den Cavell-Film, daß die in diesem Film gegebene Darstellung eine Beschimpfung einer heroischen Frau durch kommerzielle Ausbeutung bedeute. Die in dem Film gegebene Darstellung, nach der ein deutscher Soldat gemeutert hat und Miß Cavell dann von einem deutschen Offizier erschossen worden sei, stelle nach seiner Meinung eine Erfindung dar.

Eine Niederlage Poincarés.

Ein von ihm gemaßregelter Bürgermeister erringt bei der Neuwahl einen überwältigenden Sieg.

Paris, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Bürgermeister der elsässischen Stadt Hagenau war von den französischen Behörden seines Amtes enthoben worden, weil er sich geweigert hatte, die französische Trikolore in das alte Wappen der Stadt aufzunehmen. Als sich der Gemeinderat mit ihm solidarisch erklärte, wurde dessen Auflösung von der französischen Regierung verfügt. Bei den Ersatzwahlen hat die Liste des früheren Bürgermeisters Weiß einen vollständigen Sieg errungen. Sie hat im ersten Wahlgang 17 Mandate erobert, während die Vereinigung sämtlicher anderen Parteien leer ausgegangen ist. Die Stichwahl kann an diesem Ergebnis nichts mehr ändern, da dabei nur noch über 10 Mandate entschieden werden wird.

Weiß hat nach der Feststellung des Wahlergebnisses an Poincaré ein Telegramm gerichtet, in dem er dem Ministerpräsidenten seine Anhänglichkeit an Frankreich versichert: „Ueber alle Meinungsverschiedenheiten und Parteikämpfe hinaus sind wir Franzosen und wollen es bleiben".

Letzte Nachrichten.

Los Angeles am Panamakanal angekommen.

Francefield (Kanalzone), 27. Februar. Das Luftschiff Los Angeles ist heute abend um 9,35 Uhr hier angekommen.

Die „Los Angeles" fährt nach Panama.

Nach einer amtlichen Verlautbarung des Marinedepartements hat das Marineluftschiff „Los Angeles" Lakehurst in Newjersey zu einem Fluge nach der Guacanaya-Bay in Kuba verlassen, wo es an dem Ankermast des Flugzeugmutterschiffes Pekoto festmachen wird. Wenn das Wetter es erlaubt, so soll der Flug bis zur Panamakanalzone ausgedehnt werden. Dieser erste Flug eines Luftschiffes nach dem Panamakanal gilt sowohl als Uebungsfahrt, wie auch als Beweis für die Verwendung von Luftschiffen zu anderen Zwecken.

Ein furchtbares Automobilunglück

hat sich in der Gegend von Reims ereignet. Ein Radfahrer wurde auf der Landstraße von einem Automobil erfaßt, das den Unglücklichen 12 Kilometer weit mitschleppte. Die vollkommen verstümmelte Leiche wurde schließlich von dem Autofahrer auf der offenen Straße liegen gelassen. Der Rohling, der in der Person eines Getreidehändlers aus den Ardennen festgestellt wurde, ist am Montag verhaftet und dem Gericht überliefert worden. Die Untersuchung ergab, daß der Getreidehändler auf der Fahrt nahezuvollkommen betrunken war, als er mit rasender Geschwindigkeit von Reims nach Hause fuhr.

Stadttheater
(Opernhaus)
Dienstag
20.00 b. 22.00 Uhr:
Iphigenie auf Tauris
Mittwoch
9.30 b. n 22.15 Uhr:
Don Carlos
Donnerstag
20.00 b 22.45 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 4704
Tel. Stephan 36305
Täglich 20 Uhr:
„Der Zarewitsch"
Sonntag nachm. 15½ Uhr
„Gräfin Mariza".

Lobe-Theater
Tel.: Ring 6774
Dienstag, 15.30 Uhr:
Zu kleinen Preisen!
„Wer hem, der lügt"
Lustspiel
von Franz Grillparzer
Dienstag, Mittwoch,
20 Uhr:
„Der Hexer"
Kriminalst. v. Edgar Wallace
Donnerstag, Freitag,
20 Uhr
Gastspiel Käte Dorsch
mit eigenem Ensemble
„Pygmalion"
Komödie v. Bern. Shaw
Inszg. v. Siegfr. Trebitsch

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6746
Dienstag, 20 Uhr:
„Krämerballade"
heiterste Komödie
von Stephan Lux-Lux
Mittwoch, 20 Uhr
und täglich
Zum 5. Male!
„Das Kamel geht durch das Nadelöhr"
Lustsp. v. Frankfort Langer
4705

Liebich-Theater
Tel. Stephan 35040
Nur noch 2 Tage
Otto Reutter
und 9 Attraktionen

Zeitweise elegante
Frack- u. Rock-Anzüge
4589
Herm. Hohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. 7.1301
früher Albrechtstraße.

Nur noch **2 Tage!**
Colly de Rhodes **Nackt**-Ballett
und Elfriede **Mertens**
Victoria
Theater — 8¼ Uhr
Ab Donnerstag **1. März** 8 Uhr
Berliner Gastspiel
Ausstattungs-Revue:
„Reinchen lauter Reinchen" 4716
unter persönlicher
Leitung d. Komponisten
Harry Waldau
25 Revue-Bilder **60** schöne Frauen

Nacht-Vorstellung
Ab 1. März täglich **11 Uhr nachts**
Victoria
Theater — Ring 2297
Gastspiel Elfriede
Mertens und Gustav
Heppner
vom Intimen Theater
Berlin in ihren sensationellen und aufregenden Pariser
Grand-Guignol
Abenteuer
Stunde Sensation
Elfriede steht „Akt"
2 Die Peitsche und —
3 Die Klette. 4718

Hubtanen
war Sensation für
Breslau, aber
noch mehr
werden die Breslauer
staunen
über die große
Welt-Sensation
ab Samstag, 3. März
täglich 8 Uhr
Circus
Busch-Schumann

Die gute billige
Skat-Karte 75 Pf.
empfiehlt 4906
G. Kretschmer
Schmiedebrücke 25b

Bettfedern
(böhmische Landgänse), auch ungeschlissene
pa. Inlets, fertige Betten
empfiehlt zu allerbilligsten Preisen 245
Bettfedernhaus Liebich
Neue Taschenstr. 1b, dicht am Stadtgraben.

Weir-Import-Haus
Herzberg & Co.
verkauft in seinen
5 Geschäften:
Höfchenstraße 45
Blücherplatz 18
Klosterstraße 64
Michaelisstraße 3
Leubenstraße 10
deshalb so billig, weil es die Weine direkt in ganzen Waggons zu dem Auslande bezieht.

Echte süße Südweine

vom Faß	p. Lit.
Südwein hell oder gelb	1.25
Insel Samos alt	1.35
Tarragona alt	1.40
Malaga gelblich	1.50
Sherry-Wein	1.60
Vino Vermouth	1.60

in Flaschen noch in billigen Preislagen einschließlich

	p. Lit.
Bordeaux-Wein	1.30
Rotwein herzhaft, kräftig	1.30

Obstweine

	einschließl. Flasche
Grüer weiß	0.85
Stachelbeerwein	0.80
Johannisbeerwein	0.85
Sauerkirschwein	0.85
Apfelsaft ohne Zuckerzusatz	1.45

Herrenschneider-Zwangs-Innung
Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe
Maßarbeit
ist doch das Beste
241

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag für 1928.

I.

Eine Steuererklärung ist abzugeben für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Leitung sich hier befindet,

1. wenn ihr Gewerbeertrag im Kalenderjahre 1927 den Betrag von 6000 RM. übersteigen hat;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages, wenn der Gewinn auf Grundlage des Ausschusses der Bücher zu ermitteln ist;
3. wenn vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebs abzugeben.

II.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks

„Muster Gew. 1 (für Einzelgewerbetreibende, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften),

Muster Gew. 2 (für juristische Personen),

Muster Gew. 4 (als Einlage zum Muster Gew. 1 oder 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden)"

in der Zeit vom 15. bis 31. März 1928 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Breslau einzureichen. Denjenigen Steuerpflichtigen, denen bis zum 15. März Vordrucke für die Steuererklärung nicht zugegangen sind, werden auf Verlangen Vordrucke vom 15. März ab im Magistratsbüro V, Königsplatz 2, I Stock am Schalter während der Dienststunden von 8 bis 13 Uhr abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuererklärung nicht abhängig.

III.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm abgegebenen Steuererklärung versäumt, kann mit Strafe zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV.

Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Breslau, den 22. Februar 1928. 4711

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Breslau.

Inserate bringen in unserer Zeitung — den größten Erfolg! —

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Regelmäßige direkte Abfahrten
mit Doppelschrauben-Dampfern
für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach
CANADA
Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt
in Breslau: Norddeutscher Lloyd, General-Agentur
Lloydreisebüro G. m. b. H., Neue Schweidnitzer Straße 6 (Allianz-Haus).

Kappel
„Einfach fabelhaft"
so lautet das Urteil jeder Maschinenschreiberin, die auf der
„Mappel"
mit geräuschlosem Wagenrücklauf und zwangsweise Großbuchstaben-Sperre arbeitet. Machen auch Sie einen Versuch, Sie werden begeistert sein.
Generalvertreter:
Max Arnoldt
Breslau 2, Matthiasplatz 9
Fernsprecher Ohle 5290
Eigene Reparatur-Werkstatt.
Vertreter gesucht!

Die Volksgarde als Einheitsfront
Von Dr. Max Apel.
Sonderdrucke unter von der Expedition dieses Blattes und am Großen Fahnenmarsch erhältlich

Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Hermelinfutter u. Roßhaar sehr billig. Watteline Mtr. 2 Mk., Garn 1000 Mtr. 25–80 Pf., Mais-Schürzenteil 100 Paar 2–8 Mk., Knöpfe Dutzend 3–10 Pf., Kernseife Riegel 13 Pf., 1 Dose Erbsen 15–90 Pf., alles prima Ware
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 neue Filialen Oderstraße 17 und Weißgerbergasse 43.

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 5, N. Graupenstr. 5

Zeitweise
Frack- u. Smoking-Anzüge
nur neueste Façons
C. P. Pätzold
Königstraße 7/8, I.
Atlilino-Ausschank.

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Fleischstraße 4/6
übernimmt die Anfertigung sämtlicher Drucksachen für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerbetreibende in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.
Spezialität:
Mappenauflagen
(Patentdruck)

Erfinder
erhalten anregende Broschüre kostenlos
Patent-Ing. R. Schmidt
Breslau 5.

Masken
elegant und sauber
von 2.00 Mk. an
verleiht 4544
Zander, Gallhofstr. 28 I.

Leihweise elegante
Frack- u. Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidermeister
Bischofstraße 3.

Teppiche – Läufer
ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefert
Teppichhaus Aigay & Glück
Frankfurt a. M.
Schreiben Sie sofort!

Büro-Räume
rund 30–40 qm im Stadtinneren sofort gesucht.
Angebote unter A 118 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Arbeitsmarkt

Lehrmädchen 4728
nicht unter 16 Jahren, sowie tüchtige Zuschneiderin für Herrenwäsche nch. Bernecker, Große Dreilindengasse 1, II.

Zu der „Volkswacht" haben Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen einen Erfolg

Kleine Anzeigen
Das kompetente Anzeigen einspaltige Anzeigen von Privaten Kaufgesuche u. a. nur von Privaten. Wer: 3 Pfennige mit 4 Pfennigen

Zierfischliebhab.! Aquariumanlage, 3 Stellg. mit Geschäftsgang u. Zubehör, komplett zu verk. Bismarckstr. 36, 3. Etg. Gartlb. bei Langner 369

1 getrag. Ulster zu 15 Mk., ein fast neuer Anzug 35 Mk., Gem. Figur. Friedenstr. 28, Hs.

2 gebrauchte Bettfedern verkauft Kaffe, Scheitniger Straße 36, IV. 4709

Fast neuer Promenadenanzug billig zu verkaufen. Oderstraße 73, 4. Etage r.

Gebrauchtes Schlafzimmer f. 32 Mk. zu verkaufen Weidenstraße 12, II. links. 249

Jum Einweichen der Wäsche nur Jenko
Jenko-Tabletten macht bei empfindlichen Verunreinigen der Wäsche Wunder. Erkundigen Sie Ihn, wieviel Zeit auch Geld Sie bei 4 Packungen Jenko.

Für die Redaktion verantwortlich: Emil Jenner; Für die Anzeigen: Max Lohse. — Redaktion: Schweidnitzer Str. 8. — Druckerei: Wallstraße 3. — Verlag: Volkswacht G. m. b. H.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Februar 1928.

Am Trauertage der Republik.

Heute sind drei Jahre verflossen, seit Friedrich Ebert, der erste Präsident des Deutschen Republik, in einem Sanatorium des Berliner Westens die Augen für immer schloß. Nach Erzberger und Rathenau war er das dritte Opfer einer verbrecherischen nationalistischen Hetze. Zwar haben ihn nicht Kugel oder Handgranate niedergestreckt, doch schleichende Heimtücke hat sein vorzeitiges Ende herbeigeführt. Nach dem Wahlsiege der Reaktion vom Jahre zuvor, war die Sozialdemokratie an der Regierung nicht mehr beteiligt. Einsam stand Friedrich Ebert auf seinem Posten umbrandet von Haß und Lüge, zu jeder Stunde wachend, daß der Republik kein Schaden geschehe. So hielt sein Pflichtgefühl in fest, bis unerträglicher Schmerz ihn zwang, ein Sanatorium aufzusuchen. Hätte er es einen Tag eher getan, er lebte wohl heute noch, wird doch eine Blinddarmoperation alljährlich von Tausenden ohne Nachteil überstanden. Doch wenn Ebert wegen irgendeiner Unpäßlichkeit in ein Sanatorium gegangen wäre, wie wäre da gehöhnt und gehetzt worden, daß er nach Mitleid hasche, um weiter auf seinem Posten kleben zu können. So ging er zu spät und ging uns und der Republik verloren. Am toten Ebert noch hat sich fanatischer Haß der Hakenkreuzler und Sowjetanhänger ausgetobt, immerhin, sie hatten das ihrige erreicht, die Bahn war frei — für Hindenburg!

Erst nach Hindenburgs Wahl konnte das geschehen, was wir erlebt haben, konnten Agrarier und Industrieritter ihren Wahlsieg so zum Schaden des gesamten Volkes ausnützen, wie es geschehen ist. Unter Ebert wäre dieser Reichstag nicht so alt geworden, doch war die bittere Lehre des Bürgerblocks dem deutschen Volke einschließlich der deutschen Arbeiterschaft wohl nötig zur Selbstbesinnung. Diese Selbstbesinnung wurde bei vielen bereits durch die Trauernachricht ausgelöst. Dem toten Ebert wurden Kreise gerecht, die bei Lebzeiten zu seinen Verfolgern gehört hatten. Der Sieg Hindenburgs mit kommunistischer Hilfe hat innerhalb der Arbeiterschaft so manchem die Augen geöffnet über Wechselwirkungen im politischen Leben. Und schließlich war es der Eigennutz, der heute regiert, der Millionen von Abtrünnigen der alten, ehrlichen und kampferprobten Sozialdemokratischen Partei wieder zutrieb, wie alle Wahlen der letzten Zeit gezeigt haben.

Still schläft ein Märtyrer der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Friedhof in Heidelberg. Sein Grab ist der Arbeiterschaft so heilig, wie das von Ferdinand Lassalle, das wir in Breslau bewahren und bewachen. Wie immer, wenn ein Großer von uns ging, hat auch beim Hinscheiden Friedrich Eberts manchem unter uns das Herz still gestanden in der bangen Frage, was nun geschehen soll. Doch immer wieder war es der Glaube an den endgültigen Sieg des Sozialismus, der uns vorwärts trieb und uns auch neue Männer als Vollstrecker unseres Willens finden ließ. Und so können wir auch im Angedenken an den toten Freund und Kampfgenossen Friedrich Ebert bekennen, daß die Arbeiterschaft als Quelle von Kraft und Intelligenz unerschöpflich ist. Wir haben noch Leute, wert und geeignet, um den Platz einzunehmen, den er sterbend verließ, wo aber haben die anderen außer Hindenburg noch einen Mann, den das Volk zu wählen bereit wäre?

Der nächste Wahltag wird Schmach und Unrecht austilgen, die Friedrich Ebert von würdelosen Gegnern zugefügt wurden. In seinem Geiste wollen wir mit aller Kraft weiter arbeiten für eine freie und soziale Republik, als Vorstufe für eine höhere Gesellschaftsordnung, die des Sozialismus! —f.

Eine wichtige Versammlung

für alle Eltern und Parteigenossen der Südvorstadt und Gräbschens findet Donnerstag über acht Tage in der Aula der Volksschule, Yorckstraße 59, 2. Gebäude, statt. In dieser Versammlung wird der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend Schlesiens über die Notwendigkeit der Erziehungs- und Bildungsarbeit am Kind, als auch an Jugendlichen, sprechen. Es wird also ein Thema behandelt, das für alle Arbeitereltern, die ihre Kinder fern von dem Kitsch und den zweifelhaften Vergnügungen des Vorstadtkinos und des Tanzbodens zu Kämpfern für die Ziele der gesamten Arbeiterklasse erziehen wollen, von großer Wichtigkeit ist. Deshalb haltet euch den Abend bestimmt frei für unsere gemeinsame Elternversammlung. Mit Frei Heil und Freundschaft laden ein:

Das Heim 4 der Sozialistischen Arbeiterjugend
und die Arbeiterkinderfreunde, Gruppe 5 (Gräbschen).

Beamtenkonferenz der Partei.

Die Sozialdemokratie ruft ihre parteigenössischen Beamten zu einer Bezirkskonferenz zusammen. Eine im alten Deutschland unmögliche Tatsache, heute aber schon eine Selbstverständlichkeit: der Beamte, der nicht nur seine wirtschaftlichen Interessen wahrnimmt, sondern auch unbehindert seine politische Meinung frei äußern darf. Um auch diesen arbeitenden Schichten nach den wirtschaftlichen Kämpfen um die Besoldungsreform, die politischen Aufgaben zuzuweisen, hatte der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens eine Bezirkskonferenz der SPD.-Beamten am Sonntag einberufen. Ueber „Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Kampf um die Besoldungsvorlage" sprach hier Reichstagsabgeordneter Postinspektor Genosse Steinkopf, der Führer des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, während Provinziallandtagsabgeordneter Genosse Mache über „Beamtenschaft und Sozialdemokratische Partei" sprach.

Die im großen Saal des Gesellschaftshauses „Wratislavia" tagende Konferenz wurde durch eine kurze Begrüßungsansprache des Genossen Mache eingeleitet. Nach Wahl des Büros übernahm Genosse Felsen die Leitung der Konferenz und gab sogleich Genossen Steinkopf das Wort zu seinem Referat über „Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Kampf um die Besoldungsreform".

Der Redner gibt einleitend einen kurzen Ueberblick über die jetzt zu Ende geführte Beamtenbesoldungsreform; stellt der beamtenfeindlichen Stellung Stegerwalds die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratischen Fraktion gegenüber, die sich vorbehaltlos für die Forderungen der Beamten einsetzte. Die großen Versprechungen der Bürgerblockparteien, die sie nach der Reichstagswahl den Beamten gaben, haben sich auch durch die neue Besoldungsreform nicht erfüllt. Wenn wir die Reichsbesoldungsreform hier kritisieren, so sei die preußische Besoldungsreform nicht vergessen, die aber in ihrer Ausgestaltung stets vom Reiche abhängig ist. Unser Bestreben geht dahin, eine für Reich, Länder und Kommunen einheitliche Besoldung der Beamten zu erreichen, Fragen, die letzthin erst durch den Einheitsstaat voll verwirklicht werden können. Gegenwärtig muß von der Reichsregierung und dem Reichstag die Führung behalten werden.

Der Referent geht nun weiterhin näher auf die hauptsächlichsten Punkte des letzten Besoldungsgesetzes ein. Die Absicht der Sozialdemokratie war, das Besoldungssystem von 1920 beizubehalten. Als dies aber bei den augenblicklichen Mehrheitsverhältnissen im Reich nicht möglich war, haben wir trotzdem in loyaler Weise mitgearbeitet, da eine Annahme des Gesetzes bei Obstruktion der Sozialdemokratie uns großen Schaden gebracht hätte. Große Mängel sind auch in dem neuen Gesetz geblieben, neue Mängel mit hineingekommen, ohne daß wir die Möglichkeit hatten, sie zu beseitigen. Sind oftmals von uns geforderte Verbesserungen abgelehnt worden, so war es doch immerhin hier und da möglich, unseren Einfluß geltend zu machen. Ist es doch vorgekommen, daß unsere Anträge in erster Lesung abgelehnt, dagegen in zweiter Lesung als bürgerliche Anträge angenommen wurden. In scharfer Weise ist die Sozialdemokratische Fraktion der Absicht der Reichsregierung entgegengetreten, den Akademikern eine Sonderstellung einzuräumen. Unser Bestreben, den mittleren und unteren Beamten die Beförderung zu erleichtern, ist an dem Willen der Bürgerblockparteien gescheitert. Auch unsere Forderung nach Beseitigung der Gruppe XII, wurde von ihnen abgelehnt. Gegen unseren Willen sind die Gruppen der technischen Beamten geschaffen worden, um ihnen dadurch den weiteren Aufstieg unmöglich zu machen. Schwere Kämpfe gab es in der Frage des Besoldungsdienstalters, auch hier waren unsere Versuche, Verbesserungen zu erreichen, vergeblich. Dagegen konnten bei den Reformen des Wohnungsgeldzuschusses gewisse Erleichterungen erreicht werden, die uns jedoch keinesfalls zufriedenstellen, ein gleiches war der Neufestsetzung der Kinderzuschläge möglich. Vergeblich war das Bemühen, die Pensionäre gleich den Wartestandsbeamten einzustufen. Auch die Wartestandsbeamten werden abwarten müssen, bis ihnen ein anders zusammengesetzter Reichstag bessere Lösungen ihrer Angelegenheiten bringt.

Nach wie vor tritt die Sozialdemokratie im Gegensatz zu Stegerwald und Imbusch, deren beamtenfeindliche Politik der Redner oftmals aufzuzeigen Gelegenheit hatte, für das Berufsbeamtentum ein. Bewußt ihrer Verantwortung, hat die Sozialdemokratie ihre Forderungen in angemessenen Grenzen gehalten, bei ihren Betrachtungen stets die Relation zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern nicht außer acht gelassen. Ueberblickt man vor Abschluß der Legislaturperiode die vom Bürgerblock geleistete Arbeit, so muß gesagt werden, daß nur wenig für die Beamten erreicht worden ist. Der kommende Reichstag wird hoffentlich so zusammengesetzt sein, daß manches nachgeholt werden kann, daß vor allem in der Personalpolitik des Reiches eine Aenderung eintritt. Die Erledigung der Beamtenbesoldungsreform müßte jedem unteren und mittleren Beamten gezeigt haben, welche Bedeutung auch für ihn die nächsten Wahlen haben können, wenn er sich durch sie eine andere Reichstagszusammensetzung erringt. Dieses ausführliche zweistündige Referat, das nicht nur die grundsätzlichen, sondern auch viele kleinen Fragen der verschiedensten Beamtengruppen aufwarf, fand den lebhaften Beifall der Teilnehmer.

Nach einer kurzen Pause nimmt dann Genosse Mache das Wort zu seinem Referat über „Die Beamtenschaft und die Sozialdemokratische Partei", der sich zunächst unter verständnisvollem Gelächter der Anwesenden Absolution erbittet, daß er als Arbeiter zu den Beamten spreche. In seinen Ausführungen beschränkt sich der Redner auf allgemein politische und geschichtliche Fragen der Beamtenbewegung. Gerade die Entwicklung der letzten Zeit erfordere eine rückläufige Betrachtung der Vergangenheit. Im vorrevolutionären Deutschland war der Beamte auch als Privatperson unfrei; seine politische Einstellung war eine unfreiwillige, die sich an der politischen Haltung des Vorgesetzten orientierte. Und dieser Vorgesetzte war natürlich konservativ, bestenfalls nationalliberal. Das war kein Wunder, da ja die Beamtenschaft einen stockreaktionären Arbeitgeber hatte; die kleinste politische Mißhelligkeit hätte nicht nur dem Beamten die Existenz gekostet, sondern ihn darüber hinaus auch gesellschaftlich geächtet.

Diese Zustände änderten sich mit der Revolution von 1918, die vor allem den Beamten politische und Koalitionsfreiheit gab, eine entscheidende Tatsache, die leider in der allgemeinen Umwälzung und in einer Zeit großer wirtschaftlicher Nöte, nur wenig Beachtung geschenkt wurde. Nun fand man auch unter der Beamtenschaft den Weg zu der bisher so verpönten Sozialdemokratie. Aber ihre Erwartungen, daß nunmehr ihre höheren Vorgesetzte ihrer Aemter entledigt werden würden, mußten enttäuscht werden, da man ja gerade in dieser Zeit leider auch diese Kräfte zum Wiederaufbau brauchte, außerdem sich die höheren Beamten der Umstellung rasch anzupassen wußten. Viele sind wieder von links abgewandert, haben sich zum Teil politischen Aposteln oder wieder den Rechtsparteien zugewandt. Aber auch dort werden sie durch die Entwicklung der letzten Jahre, durch die Regierung des Bürgerblocks, abermals wieder enttäuscht worden sein. Auf die Nachteile hinzuweisen, die auch der Beamtenschaft durch die Rechtsregierungen der letzten Jahre entstanden sind, muß unsere Aufgabe sein. Wenn gerade jetzt die Besoldungsreform erledigt wurde, so nur aus politischen Gründen, um die Beamten kurz vor den Wahlen wieder für sich zu gewinnen. Die Beamtenschaft aber darf sich nicht allein auf die Besoldungsordnung beschränken, sie muß auch der allgemeinen wirtschaftspolitischen Bewegung Beachtung schenken. Allein die Tatsache, daß jede Gehaltserhöhung durch eine Erhöhung der Preise wieder illusorisch gemacht werden kann, zeigt die Wichtigkeit eines stärkeren Einflusses auf politischem Gebiete.

Der irrigen Behauptung, daß die Sozialdemokratie beamtenfeindlich sei, muß unser Beamtenprogramm von 1924 entgegengehalten werden. Die Sozialdemokratie braucht die Beamten, um als mitwirkende Partei im Staate die nötigen Kräfte zu haben. Das sollte die Beamtenschaft bedenken, wenn sie jetzt im Wahlkampf zur Entscheidung aufgerufen werden wird. Sie muß sich zur Verwirklichung ihrer besonderen Forderungen, wie auch zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaft, mit den Arbeitern und Angestellten unter die erprobte Sturmfahne der Sozialdemokratie stellen. (Lebhafter Beifall.)

In der anschließenden Diskussion fordert Genosse Franze gründliche Personalreform in der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums und schildert einige Mißstände im heutigen Polizeiwesen. Genosse Kutowski und Karge wünschen auch bei der diesmaliger Kandidatenaufstellung für den Reichstag Berücksichtigung der Beamtenvertreter, während Genosse Dokupil gegen Deutschen Beamtenbund und dessen Vertreter polemisiert. Die Genossen Kranz und Werk diskutieren über spezielle Beamtenfragen und Genosse Thiel erinnert die Beamten, mehr für die Heranbildung des Nachwuchses Sorge zu tragen. Genosse Vogler spricht noch zur Kandidatenfrage, falls nicht ein Vertreter des Deutschen Beamtenbundes wieder nominiert wird, soll ein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes aufgestellt werden. In einem kurzen Schlußwort geht Genosse Steinkopf auf die einzelnen Diskussionsreden

Ein Jack London-Abend.

Am Mittwoch, den 7. März, abends 8 Uhr, findet im **großen Saale des Gewerkschaftshauses,** Margaretenstraße 17, ein **Lichtbildervortrag mit Rezitationen** statt durch den bekannten Schauspieler und Rezitator **Alfred Beierle** über den bekannten sozialistischen Dichter

Jack Londons Leben und Werke.

Alfred Beierle wird an Hand von Lichtbildern zunächst einen Vortrag über Leben und Werke des Dichters halten und sodann mehrere Stücke aus Jack Londons Werken vorlesen.

Eintrittspreis 40 Pf. Für Erwerbslose und Jugendliche, aber nur an der Abendkasse, 20 Pf. Der Vorverkauf beginnt Donnerstag, den 1. März an den gleichen Vorverkaufsstellen wie bei den Wanderratten. **Arbeiterbildungsausschuß Breslau.**

1. Südostdeutscher wissenschaftlicher Aerztetag.

Am 25. und 26. Februar tagte in Breslau der erste Südostdeutsche wissenschaftliche Aerztetag, an dem sich die verschiedenen wissenschaftlichen ärztlichen Fachvereinigungen Schlesiens beteiligten. Am Sonnabend vormittag fand im prachtvollen Saale des deutschen Lichtspiel-Delitheaters eine gemeinsame Sitzung statt, an der etwa 600 Aerzte Südostdeutschlands und der angrenzenden sudetendeutschen Länder und eine Anzahl Gäste aus dem übrigen Deutschland und Oesterreich erschienen waren. In der Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende, Geheimer Medizinalrat Professor Küttner darauf hin, daß die Gründung der Gesellschaft zu danken sei dem Streben, die Wissenschaften und praktischen Interessen der Aerzteschaft in den schwierigen Verhältnissen des bedrängten deutschen Ostens zusammen zu schließen und zu fördern. Weiter wurden die Anwesenden von dem Rektor der Friedrich-Wilhelm-Universität und von dem Vorsitzenden der Aerztekammer Geheimrat Asch begrüßt. Das Hauptthema der wissenschaftlichen Tagung behandelte über den Kopfschmerz. Professor Foerster-Breslau sprach über die anatomischen Grundlagen und nervösen Leitungsbahnen in den Hirnhäuten und in den Hirngefäßen, die die Uebertragung der schmerzhaften Sensationen auf das Gehirn vermitteln. Kopfschmerz kann erzeugt werden durch direkte Schädigung des Gehirns, durch chemische und physikalische Faktoren (Kohlensäureüberladung, Hirndruck, Blutleere, wie Blutüberfüllung usw.) andererseits auch ausstrahlen von Erkrankungen der weiteren oder näheren Umgebung. Letzteres ist bedingt dadurch, daß die Nerven des Gehirns und der Hirnumgebung in gemeinsamen Hirnkernen zusammenlaufen und deren übermäßige Erregung die Uebertragung von Schmerzen aus der Hirnumgebung auf das Gehirn selbst vermittelt. Der Kopfschmerz ist weitgehend abhängig von der individuellen Empfindlichkeit, von dem Willen und gemütlichen Einstellung sowie der Aufmerksamkeit des beim Wasserkopf, bei und aus Folge von Verletzungen, wobei es durch eine chronische Hirnhautentzündung auch zu einem ausgesprochenen Nervenleiden kommen kann; ferner bei Hirngeschwülsten, bei Eiterherden, bei Hirnhautentzündung, akuter oder chronischer Art, weiter bei Hirnentzündungen, Syphilis, Arterio-Sklerose, Migräne. In einer Anzahl von Fällen auch ohne bekannte Ursache. Es wird auf die Behandlungsweisen dieser Erkrankungen eingegangen, wobei besonders die Bekämpfung des Kopfschmerzes berücksichtigt wird. Geheimrat Bielschowsky-Breslau spricht über den Kopfschmerz bei Erkrankung der Sehorgane. Er tritt besonders bei Regenbogenhautentzündung und bei grünem Star auf, ferner häufig als erstes Symptom bei der Weitsichtigkeit, seltener bei der Kurzsichtigkeit, oft ehe diese Erkrankungen dem Patienten zum Bewußtsein gekommen sind. Verursacht wird er hier durch die übermäßige Anstrengung, um klare Sehbilder zu erhalten. Professor Stepp-Breslau: Auch Allgemeinstörungen des Körpers, Erkrankungen des Magen-Darmkanals, Selbstvergiftungen des Körpers infolge Schwäche einzelner Organe können zu Kopfschmerzen führen. Professor Hinsberg-Breslau berichtet über den Kopfschmerz in der Nasen- und Ohrenheilkunde. Akute Erkrankungen des Mittelohrs bedingen hauptsächlich Kopfschmerzen. Im übrigen ist aber gerade im Ohrgebiet der Schmerz ein unsicherer Anzeiger, da sehr gefährliche Erkrankungen des inneren Ohres, des Labyrinths usw. schmerzfrei sein können. Weiter werden die kopfschmerzverursachenden Erkrankungen der Nase und Nasennebenhöhlen, ebenso wie ihre Behandlung besprochen. Professor L. Fraenkel spricht über Sexualhormone und Blutdrüsenkrankheiten, er berichtet über die Ergebnisse der Forschung, sowie eigener Versuche, über die Wirkung von Eierstockpräparaten und Eierstockextrakten bei verschiedenen Erkrankungen, die durch Schädigung der Eierstockfunktion bedingt sind. Im Tierversuch konnte durch Eierstockhormone Menstruation bei noch nicht geschlechtsreifen und bei gealterten Mäusen hervorgerufen werden. Aehnlich wirkt auch der Extrakt des Hirnanhanges. Weiter zeigt Elschnig-Prag Filme von Augenerkrankungen mit Störungen in der Bewegung der Augen und Augenlider. Ferner Geheimrat Küttner-Breslau hohem Blasenschnitt, die eines Zungenkrebses einschließlich der Ausräumung der Halsdrüsen, sowie endlich die Entfernung einer Niere wegen Geschwulstbildung zeigen.

Theater und Musik.

Stadt-Theater.

„Fidelio."
(Gastspiel.)

Das stand von vornherein fest: daß eine Steigerung dieser in jeder Hinsicht überragenden Leistung, die Nanny Larsén-Todsen aus Bayreuth am Sonnabend als Isolde bot, kaum zu erwarten sein würde, aber auch auf eine derartige Abschwächung, wie sie leider das neuerliche Auftreten mit sich brachte, hätte man nicht für möglich gehalten. Wohl gab es zahlreiche Lichtpunkte in der stimmlichen Ausstattung der Leonore, aber jenes, in allen Lagen wundervoll ausgeglichene, scheinbar durch keine physische Anstrengung zu schwächende Riesenmaterial war nur noch bruchstückweise vorhanden. Eine Indisposition hatte sich der hier zu Gast weilenden Künstlerin bemächtigt, die sich auch auf die musikalische Gestaltung legte und selbst das Spiel hemmte. Allerdings haben wir in Frau Larsén eine ausgesprochene Wagner-Interpretin vor uns, die mit dem Beethovenstil nicht so eng verwachsen ist wie mit der Gefühlswelt Wagners, aber sie hat sich bei ihrem ersten Erscheinen als eine so intelligente Gestalterin ausgewiesen, daß diese plötzliche Mittelmäßigkeit immerhin erstaunlich ist. Im dritten Bild, leider erst nach der großen Arie, schien sich die gewohnte Größe wieder einfinden zu wollen, als ihr ein weiteres Hindernis in dem ihr gegenübergestellten, recht minderwertigen Florestan erwuchs. Willy Zilken aus Leipzig der als Trägerin stimmliche Mängel durch ansprechende Darstellung auszugleichen vermochte, versagte diesmal vollständig, da das Organ einfach nicht mehr über die erforderliche Höhe verfügt. — Als Kerkermeister Rocco bewährte sich mit seinem abgerundeten Baß Hans

ein und fordert die Beamten auf, bei der Wahl die Sozialdemokratie tätigst zu unterstützen.

Ehe Genosse Fellsen die gut verlaufene Konferenz schließt, werden noch folgende Anträge und Resolution angenommen:

I.

„Die Bezirksbeamtenkonferenz beschließt, daß in allen Ortsgruppen die parteigenössischen Beamten einen Sonderbeitrag von 0,20 Mark abführen. Dieser Beitrag unterliegt der Verwaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und findet lediglich für Beamtenzwecke der Arbeitsgemeinschaft Verwendung."

II.

„Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei wird dringend ersucht, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Genossen Seppel wieder an aussichtsreicher Stelle der Reichstagswahlliste aufzustellen. Das zähe Wirken und unerschrockene Eintreten des Genossen Seppel für die Beamten hat in diesen Kreisen die sichere Erwartung ausgelöst, daß er auch im kommenden Reichstag für die Interessen aller Werktätigen eintreten wird."

III.

„Die Bezirksbeamtentagung der SPD., die am 26. Februar dieses Jahres zusammentritt, drückt der Partei ihr volles Vertrauen aus und dankt insbesondere den Reichstags- und Landtagsabgeordneten für ihre mühevolle und erfolgreiche Arbeit für die Interessen der Beamtenschaft. Insbesondere erklärt der Bezirksbeamtentag, daß die sachkundige und unermüdliche Tätigkeit des Reichstagsabgeordneten Genossen Steinkopf nicht nur in den Reihen der SPD.-Beamten, sondern auch bei den nichtparteigenössischen Beamten dankbarste Anerkennung gefunden hat."

IV.

„Der Bezirksbeamtentag der SPD. fordert vom Hauptvorstand, den Reichstagsabgeordneten Genossen Steinkopf wieder an sicherer Stelle der Reichsliste aufzustellen, da diese Wiederaufstellung sicher eine große Zahl von Wählern zuführen würde. Eine Nichtberücksichtigung des Genossen Steinkopf würde die Interessen der Beamten schädigen und für die Partei einen starken Wählerverlust bedeuten."

Ausstellung „Deutschland und Oesterreich".

Wegen des großen Interesses, das die Ausstellung Deutschland und Oesterreich bei der Arbeiterschaft und der übrigen Bevölkerung Breslaus erregt hat, wird der Arbeiterbildungsausschuß, wenn es ihm möglich ist, die Ausstellung noch einige Tage länger offen halten. Vorerst kann mitgeteilt werden, daß die Ausstellung auf jeden Fall noch am Mittwoch, den 29. Februar von vormittags 11 Uhr bis 22 Uhr geöffnet ist.

Arbeiterbildungsausschuß Breslau.

Die Heilbehandlung für Kriegshinterbliebene.

Unter Kriegshinterbliebenen verstehen wir hier Witwen, Waisen und Eltern der im Kriege Gefallenen, die nunmehr unter öffentlicher Fürsorge stehen. Ihr Verlangen ging schon seit Jahren darauf hinaus, eine Regelung ihrer Krankenhilfe nach dem Grundsatz der freien Arztwahl und durch Mitgliedschaft einer Krankenkasse zu erlangen. Im Reichsbund, wo ihre Interessen vertreten wurden, ging man noch weiter. Man verlangte vom Reich die Uebernahme der Heilbehandlung für die Kriegshinterbliebenen und begründete diese Forderung sehr richtig damit, daß die Hinterbliebenen wenigstens diesen Schadenersatz vom Reich für den Verlust ihres Ernährers verlangen konnten.

Dieses letztere konnte bis jetzt noch nicht erreicht werden, wohl aber die Erfüllung der ersten Forderung: freie Arztwahl und Anschluß an die Allgemeine Ortskrankenkasse. Ein bedeutender Fortschritt, wenn man bedenkt, daß bisher in Breslau die Kriegshinterbliebenen in ihrer Heilbehandlung ganz auf das Wohlfahrtsamt angewiesen waren, von dem sie im Notfalle einen Freikarschein an den zuständigen Bezirksarzt erhielten. Sie waren also um kein Haar besser gestellt als alle die anderen Armen, die ganz und gar auf die Gnade des Wohlfahrtsamtes angewiesen sind. Wie diese, mußten sie in jedem Einzelfalle an den Bezirksvorsteher mit der Bitte herangehen, ihnen einen Freikarschein auszustellen, der seinerseits gehalten war, erst die Bedürftigkeit zu prüfen aus den Freikarscheinen nur dann auszustellen, wenn Hilfe unbedingt notwendig ist. Wirklich ein zu geringes Entgegenkommen denjenigen gegenüber, die durch den Krieg ihren Ernährer verloren haben, die fast ohne Ausnahme durch die Auswirkungen des Krieges, die Nöte der Nachkriegszeit, die Inflation, die Verantwortung den Kindern gegenüber, die Unterernährung seelisch und körperlich krank geworden sind. Sie hätten es wirklich nicht nötig haben, erst das Wohlfahrtsamt um Gewährung einer Heilbehandlung zu bitten, sondern offen müßte ihnen durch Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse der Weg zur freien Arztwahl, zur Krankenhaus- oder auch Kurbehandlung stehen, so oft es ihnen gut und nötig erscheint.

Dies ist nunmehr durch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten erreicht. Zwischen der Stadt Breslau und der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der den Kriegshinterbliebenen, soweit ihnen nicht auf anderem Wege Heilbehandlung gewährleistet ist, also allen denen, die bisher Anspruch auf die Zusatzrente des Wohlfahrtsamtes hatten, den Anschluß an die Allgemeine Ortskrankenkasse gibt. Durch diesen Anschluß haben sie das Recht auf Behandlung durch Vertrauensärzte, freie Wahl unter den bei der Kasse zugelassenen Aerzten, in gegebenen Fällen Aufnahme in ein Krankenhaus, Gewährung einer Heilkur usw.

Der Anschluß an die Allgemeine Ortskrankenkasse muß von den Hinterbliebenen beim Wohlfahrtsamt, Abteilung Fürsorge für Kriegshinterbliebene, beantragt werden und zwar nicht erst im Krankheitsfalle, sondern sofort. Ueber den Anspruch entscheidet endgültig die Fürsorgestelle.

Sollte im Laufe der Zeit der oder jener Kriegshinterbliebene doch noch Grund zur Beschwerde über das Verhalten der Krankenkasse ihm gegenüber zu haben glauben, so steht es ihm zuerst an den Vorstand der Ortskrankenkasse wenden. Will und kann er sich mit dessen Entscheidung nicht zufrieden geben, so entscheidet endgültig das Schiedsamt. Von dem Schiedsamt erhält dann der Hinterbliebene keine Freikarscheine mehr von den Bezirksvorstehern und Wohlfahrtsdirektoren ausgestellt werden. Höchstens für diejenigen Hinterbliebenen, die aus irgendwelchen Gründen seitens der Fürsorgestelle bei der Krankenkasse nicht angeschlossen sind und aus eigenem Vermögen die ihnen notwendige ärztliche Behandlung sich nicht verschaffen können.

Das städtische Wohlfahrtsamt macht in seiner letzten Nummer des Wohlfahrtsblattes darauf aufmerksam, daß der zwischen ihr und der Ortskrankenkasse abgeschlossene Vertrag zunächst nur bis zum 31. März 1929 Dauer hat. Sollte die Regelung sich bewähren, dann wird der Vertrag wieder verlängert, doch müßte vor allem Dehnung des Freikarscheins und der bezirksärztlichen Betreuung zweckgemäßer werden. Beides wäre hauptsächlich dann zu befürchten, wenn durch außerordentliche Inanspruchnahme der Krankenkasse die jährlichen Kosten derartig steigen würden, daß die Stadt sie nicht mehr tragen könnte. Wir hoffen, daß Befürchtungen nach dieser Richtung überflüssig sind.

Wegweiserkästenanzeiger auf den Bahnhöfen.

Für das Gegenseitigkeitsverfahren der Reichsbahn auf den Bahnhöfen und in den Zügen der D-Zug-Wagen ist es wünschenswert, daß jetzt einige Zeit auf den Bahnhöfen in Breslau Hbf., Gleiwitzer Bahnhof, Odertor, Oderstraße, Sternstraße und Schweidnitz Stadt „Wegweiserkästenanzeiger" unterhalb der Wegweiserkästen angebracht werden. Die Reisenden können an dieser Einrichtung dann mit Einsicht des Zuges erkennen, an welchen Stellen im Zuge die gesuchte Wagenklasse hält (usw. A-Wagen, Speise) und sich danach auf dem Bahnsteig aufstellen. Die Zeitersparnis des Zuges wird durch diese Form erheblich gesteigert. In manchen von Fremden gehen die Wegweiserkästenanzeiger bei den D-Zügen mit Kreuzungen auch die Stellung der Wagenklassen der Kreuzungen bekannt.

Unsere gestrige Funktionärversammlung

beschäftigte sich mit der Aufstellung der Kandidaten zu Reichstag, Landtag und Stadtverordnetenversammlung. Nach einer ausführlichen Aussprache wurden die Vorschläge des Vorstandes im wesentlichen mit Mehrheit angenommen. Die endgültige Beschlußfassung unterliegt der kommenden Mitgliederversammlung am nächsten Montag.

Genosse Dr. Fritz Brügel,

Bibliothekar an der Wiener Arbeiterkammer, spricht Dienstag, den 28. Februar, 20½ Uhr, im Saale-Ausschank, Junkernstraße, neben Lichtenberg, über: „Die hochschulpolitischen Verhältnisse in Wien". Interessierte Parteigenossen sind eingeladen.

Laßt nach Maß arbeiten!

Das Maßschneidergewerbe veranstaltet in der Zeit vom 24. Februar bis 3. März eine Reichswerbewoche für die Maßschneiderei, um der Oeffentlichkeit den Wert guter Maßarbeit vor Augen zu führen. Nur Maßarbeit wirkt persönlich und vornehm, bietet Gewähr für sorgfältigste Verarbeitung nur bester Stoffe und Zutaten und guten Sitz. Darum unterstützt das schwer um seine Existenz kämpfende Maßschneiderhandwerk durch Erteilung von Aufträgen.

Wer will einmal tüchtig lachen?

Gelegenheit, einmal tüchtig zu lachen, bietet sich demnächst auf der nächsten Veranstaltung des Arbeiterbildungsausschusses Breslau. Es handelt sich um den **Bunten Abend des politischen Kabaretts**

„Die Wanderratten"

der am Mittwoch, den 29. Februar, abends 8 Uhr, in den Zentralhallsälen, Westendstraße, stattfindet.

Der Eintrittspreis beträgt 60 Pf.; für Erwerbslose und Jugendliche aber nur an der Abendkasse 30 Pf.

Der Vorverkauf findet statt: in den Volkswachtbuchhandlungen Neue Graupenstraße 5/6 und Neue Taschenstraße 11, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17: Parteisekretariat, Zimmer 36, Restaurant und Bibliothek, in der Ausstellungshalle am Christophoriplatz, Freie Volksbühne, Albrechtsstraße, Vorwärts-Lager Matthiasstraße 122, Wirtschaftsmagazin Silbermann, Westendstraße 53, Zentralhallsäle Westendstraße, Lotteriekollekte Lehnert, Gräbschener Straße 27 und bei den Betriebsvertrauensleuten. — Erwerbslose und Jugendliche 30 Pfg. nur an der Abendkasse.

Da der Vorverkauf sehr rege ist, wird empfohlen, sich rechtzeitig Karten für den Abend zu sichern.

Arbeiterbildungsausschuß Breslau.

Autohotels.

In den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein ganz neues Gewerbe herausgebildet und zwar das Groß-Garagenwesen. Dieses ist nicht aus einem Luxusbedürfnis entstanden, sondern organisch aus dem auch in Breslau immer mehr zunehmenden Automobilverkehr erwachsen. Aus diesem Grunde kann man wohl auch sagen, daß dieser neue Geschäftszweig keine Eintagsfliege ist, sondern Bestand haben wird. Das Automobil, früher ein Luxusartikel, ist heute ein Gebrauchsgegenstand erster Ordnung. Während in Amerika jeder zehnte Einwohner ein Kraftfahrzeug besitzt, kommt in Deutschland laut Statistik vom Jahre 1927 erst auf 65 Einwohner ein Auto. Im Jahre 1926 war das Verhältnis in beiden Ländern 9 : 96.

Breslau hat einen ungefähren Kraftfahrzeugbestand von 5000 Wagen, von ihnen sind 1000 in Groß-Garagen oder Autohotels untergebracht. Eine Groß-Garage kann sehr viele Wagen aufnehmen; sie ist in Einzel-Boxen eingeteilt. Die baupolizeilichen Vorschriften gestatten in Deutschland nicht die Unterbringung von Hunderten von Wagen in einer großen Halle, wie dies vielfach im Ausland Sitte ist. In letzter Zeit sind aber die einschlägigen baupolizeilichen Bestimmungen gemildert worden, so daß damit zu rechnen ist, daß hier in kurzer Zeit ebenfalls solche Hallen errichtet werden, die auf die jetzt ziemlich hohen Boxenpreise ermäßigend wirken werden.

Ein hiesiges Groß-Garagenwesen wird in nächster Zeit eine solche Kraftwagenhalle erbauen, in der etwa 35 Wagen eingestellt werden können.

Ein Autohotel in der Friedrichstraße betreibt nicht allein die Vermietung von Boxen, sondern hat eine ziemliche Anzahl Zimmer erbaut, in denen fremde Chauffeure Hotelunterkunft zu billigen Preisen finden. Weiterhin hält man in diesem Unternehmen eine große Automobilwerkstatt, einen Friseurladen, eine Verkaufsstelle für Automobilzubehör und schließlich acht Zapfsäulen, aus denen alle möglichen Betriebsstoffe verkauft werden. In den Tanks, aus denen diese Zapfsäulen gespeist werden, lagern ständig 40 000 Liter Benzin und Benzol. Die Vorteile solcher Autohotels liegen auf der Hand.

In den Groß-Garagen sind auch Einrichtungen getroffen worden, daß die Oele und Benzine, die sich naturgemäß aus dem Auto absondern, nicht in die Kanäle fließen, sondern in vorschriftsmäßiger Weise aufgefangen werden. In besonderen Waschhallen können die Wagen bequem gereinigt werden. Mancherlei Reklamen sind gegen Einbruchsgefahr zur Nachtzeit getroffen. Für die ordnungsmäßige Durchführung des Verkehrs sowohl am Tage als auch nachts, sowie für die Bewachung der eingestellten Autos sorgt ein automobiltechnisch ausgebildetes Betriebspersonal.

Breslau eröffnete im Jahre 1924 in der Tauentzienstraße die erste Garage mit 50 Boxen. Heute bestehen hierorts etwa 20 Betriebe dieser Art, von denen einzelne, wie schon erwähnt, über 300 Autos unterbringen können. Es hat bisher noch keinerlei Brände in Garagen entstanden, zu denen die Feuerwehr gerufen werden mußte. Auch sonstige nennenswerte Unglücksfälle auf den einzelnen Betriebsgrundstücken waren nicht zu verzeichnen.

Die Garagen erleichtern ohne Zweifel vielen Geschäftsleuten und Personen das Halten eines Autos. Breslau braucht in absehbarer Zeit weitere Garagen. Die Plätze für solche Anlagen im Innern der Stadt sind jedoch viel zu teuer, um auf ihnen Blockhäuser zu errichten.

Morgen Mittwoch

außerdem

Donnerstag und Freitag 5 und 8 Uhr

das größte deutsche Lustspiel

„Die Hose"

in den

Gewerkschaftlichen Lichtspielen

Die Schulferien des Schuljahres 1928/29

sind für die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen wie folgt festgesetzt worden: Gewerbliche Berufsschulen für Knaben und kaufmännische Berufsschulen: Osterferien: Schulschluß Donnerstag, den 31. März, Schulanfang Donnerstag, den 12. April; Pfingstferien: Schulschluß Freitag, den 25. Mai, Schulanfang Dienstag, 5. Juni; Sommerferien Schulschluß Donnerstag, den 5. Juli, Schulanfang Donnerstag, den 9. August; Herbstferien: Schulschluß Freitag den 28. September, Schulanfang Montag, den 8. Oktober; Weihnachtsferien: Schulschluß Dienstag, den 11. Dezember, Schulanfang Donnerstag, den 3. Januar 1929; gewerbliche und hauswirtschaftliche Berufsschule für Mädchen: Osterferien: Schulschluß Sonnabend, den 31. März, Schulanfang Donnerstag, den 12. April; Pfingstferien: Schulschluß Sonnabend, den 19. Mai, Schulanfang Mittwoch, den 30. Mai; Sommerferien: Schulschluß Donnerstag, den 5. Juli, Schulanfang Donnerstag, den 9. August; Herbstferien: Schulschluß Freitag, den 28. September, Schulanfang Montag, den 8. Oktober; Weihnachtsferien: Schulschluß Dienstag, den 11. Dezember, Schulanfang Donnerstag, den 3. Januar 1929.

Das neunzigjährige Bestehen der Bürgerrettungsanstalt Breslau

bildete den Anlaß einer schlichten Feier am Montag im Stadtverordnetensitzungssaale, an der unter anderem der Oberbürgermeister Dr. Wagner und Bürgermeister Dr. Herschel teilnahmen. Nach einem Chorgesang des Gesangvereins Breslauer Bäckermeister und dem Vortrag eines Prologs hielt der erste Vorsitzende der Anstalt, Herr Hugo Huth, die Begrüßungsrede. Ueber das Wesen und Wirken der Anstalt verbreitete sich der zweite Vorsitzende, Herr Roman Matulla. Die Bürgerrettungsanstalt ist eine milde Stiftung für den gewerblichen Mittelstand, die den Zweck hat, unverschuldet in Not geratenen, selbständigen, gewerbetreibenden Bürgern der Stadt Breslau zu helfen, und zwar durch Gewährung zinsloser Darlehen zur Aufrechterhaltung und Fortführung ihres Gewerbes. 1837 wurde die Anstalt vom Gewerbeverein begründet. 1923 mußte ihre Schließung erfolgen, da 150 000 Mark Goldmark der Inflation zum Opfer fielen. Doch mit Unterstützung von hiesigen Gewerbetreibenden und verschiedener Korporationen gelang es, dieses wichtige soziale Institut im Jahre 1924 wieder zu eröffnen. Unzählige Gesuche haben vor und nach der Schließung ihre Erledigung gefunden und vielen notleidenden Gewerbetreibenden konnte wirksame Hilfe geleistet werden. Die Leitsterne der Anstalt waren von jeher: Liebe zum Mitmenschen, Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Nächsten und die helfende Tat.

Dem Oberbürgermeister Dr. Wagner als Ehrenvorsitzenden der Anstalt wurde eine Ehrenurkunde überreicht, für die er mit warmen Worten dankte. Aus den Dankesworten verdient hervorgehoben zu werden, was Dr. Wagner über eine gewisse „Wohltätigkeit" ausführte. Er sagte: „Muß denn erst immer gelangt werden, um Geld zur Linderung fremder Not zusammenzubekommen? Wer für sein Vergnügen die Not anderer vorschützt, handelt unsittlich. Es gibt noch einige Kreise in unserer Stadt, denen es gut geht, die aber an die Not ihrer Mitmenschen nicht denken. Die Stadt hat ein „Goldenes Buch" ausliegen, in das früher so mancher Begüterte eingetragen werden konnte, weil er bei freudigen oder traurigen Familienereignissen auch seine armen Mitmenschen mit einer größeren Spende zu bedenken pflegte. Dieser schöne Brauch scheint ganz zu entschwinden, wenigstens konnten in das „Goldene Buch" in den letzten Jahren keine wesentlichen Einzeichnungen erfolgen. Dr. Wagner richtete zum Schluß seiner Ansprache einen kräftigen Appell an alle, die es angeht und die es können: zu helfen nach besten Kräften! Der Magistrat der Stadt Breslau hat der Bürgerrettungsanstalt als Jubiläumsspende ein zinsloses Darlehen von 20 000 Mark gewährt, das den zu betreuenden Unterstützungsbedürftigen zugute kommen wird.

Auch Regierungsrat Dr. Jänicke überbrachte 1000 Mark namens der Staatsregierung. Glückwunschansprachen hielten noch Herr Brettschneider von der Handwerkskammer und Dr. Grund von der Industrie- und Handelskammer. Auch von dieser Seite ist je eine Spende überreicht worden. Schließlich sprachen noch ein Vertreter des Gewerbevereins und des Breslauer Bankvereins. Gesang beschloß die stimmungsvolle Feier, die einen besseren Besuch verdient hätte.

Nacheichung.

Die Nacheichung der Meß- und Wiegegeräte der Gewerbetreibenden erfolgt im 17. Polizeirevier in nachstehender Reihenfolge:

Vom 6. bis 12. März: Hubenstraße nebst Auenhaus und Blochhaus.

Vom 13. bis 17. März: Die zum Hauptbahnhof gehörigen Werkstätten, Maschinenhallen, Gasanstalt und Beamtenhaus, Herdainstraße 29 bis 101 und 2 bis 126, Ysselsteinstraße, Helmutstraße 9 und 10 bis Ende, Cretiusstraße, Steinstraße 113 bis 159 und 112 bis 156, Goethestraße 159 bis Ende und 146 bis Ende, Bunsenstraße, Augustastraße 213 und 280.

Vom 19. bis 26. März: Gallestraße, Gustav-Freytag-Straße 45 bis 47, Arletiusstraße 13 bis 25 und 24 bis 34, Buddestraße, Lehmgrubenstraße 75 bis 101 und 46 bis 68, Merkelstraße, Georgenstraße, Bebelstraße, Schönstraße zwischen Hubenstraße und Bahn, Strehlener Straße, Mähdeberger Straße, Hinterstraße, Grottkauer Straße, Dürrgoystraße, Ottendstraße, Bernhardinstraße.

Vom Arbeitsgericht.

Darf Saisonarbeitern außerhalb der Saisonzeit der Tariflohn gekürzt werden.

Der Steuermann K. war seit dem 15. Juli bei der Oder-Reederei-Gesellschaft mit einem Wochenlohn von 46 Mark beschäftigt. Als im November die Schiffahrtszeit zu Ende ging, wurde ihm dieser Lohn um 40 Prozent gekürzt. Am 1. Januar wurde der K. entlassen, und nun verklagte er seine Firma auf Nachzahlung des Differenzbetrages vom gezahlten zum Tariflohn in der Höhe von 133 Mark. Die beklagte Firma beantragte Abweisung, da der Tariflohn der Schiffer und Steuerleute nur für Schiffahrtszeit gelte und der gekürzte Lohn eine Art Wochlohn darstelle. Durch ein vom Arbeitgeberverband (!) eingeholtes Gutachten glaubte die Firma, ihre Behauptungen genügend gestützt zu haben. Anderer Auffassung aber war das Gericht, das dieses Gutachten als nicht maßgebend betrachtete. Obgleich die strittige Frage auch im Tarifvertrag nicht klar zum Ausdrucke kam, so sei doch durch die vorgesehene kurzfristige Kündigung jedem Arbeitgeber die Möglichkeit gegeben, unter Umständen seinen Mannschaftsstand rasch zu verringern. Die Oder-Reederei wurde daher zur Zahlung des eingeklagten Betrages verurteilt. Da hier ein Fall von grundsätzlicher Bedeutung vorliegt, wurde die Berufungsmöglichkeit zugelassen, obwohl der Betrag unter der Berufungsgrenze (300 Mark) liegt, so daß diese Angelegenheit noch das Landesarbeitsgericht beschäftigen dürfte.

Ist Tierquälerei ein Entlassungsgrund?

Ueber diese Frage, deren Entscheidung vor allem für die im Fuhrgewerbe Beschäftigten sehr wesentlich ist, wird gegenwärtig vor dem Arbeitsgericht verhandelt. Der bei der Firma S. beschäftigte Kutscher G. wurde fristlos entlassen, weil er in angetrunkenem Zustande die Pferde seines Fuhrwerkes stark mißhandelt haben sollte. Da er glaubte, daß diese Entlassung zu Unrecht erfolgt sei, klagte er vor dem Arbeitsgericht den Lohn für die Kündigungszeit in Höhe von 42 Mark ein. Sein Arbeitgeber beantragte durch seinen Vertreter Abweisung der Klage, da der Kläger in seinem trunkenen Zustande die Pferde in ungehöriger Weise geschlagen habe. Das Gericht schien die Gründlichkeit der Beweisaufnahme diesen Fall besonders Beachtung zuzumessen. Trotzdem schon ein halbes Dutzend Zeugen vernommen worden sind, die zwar die Trunkenheit des Klägers, weniger aber eine Tierquälerei bezeugen konnten, sollen noch weitere Zeugen gehört werden, um diesem Streitfall eine endgültige Klärung zu bringen.

Völkische Hetzer auf der Anklagebank.

Vor dem Großen Schöffengericht hatten sich am Sonnabend die Landwirte Alfred Deutscher und Erich Kroll wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Beschimpfung der Republik und öffentlicher Beleidigung zu verantworten. Die beiden Genannten hatten am 20. August vorigen Jahres in einer Gastwirtschaft an der Ecke Höfchen- und Gartenstraße gezecht. Sie hatten sich aber schon im Lokal unliebsam bemerkbar gemacht und wurden deshalb auf die Straße gesetzt. Hier gerieten sie sofort mit anderen Passanten zusammen, zumal sie fortgesetzt auf die Juden schimpften und gegen diese hetzten. Auch wurde wiederholt die Republik beschimpft. Durch den Lärm wurde eine große Menschenmenge angelockt, die zum Teil für, zum Teil gegen die beiden Krakehler Partei nahmen. Da die Situation immer bedrohlicher und die Menschenmenge immer größer wurde, benachrichtigte man das Ueberfallkommando. Als dieses erschien, wurden als die Unruhestifter Deutscher und Kroll festgenommen. Vor Gericht bestritten sie, daß sich die Sache so zugetragen habe, wie sie die Anklage schildert. Sie hätten wohl gesagt, sie seien Antisemiten, doch direkt gegen die Juden hätten sie nicht gehetzt, auch wollen sie die republikanische Staatsform nicht beschimpft haben. Deutscher will lediglich gesagt haben: „Das kann einem auch nur in der Republik passieren." Eine ganze Anzahl Zeugen bekundeten aber, daß die Republik beschimpft und gegen die Juden zu Gewalttätigkeiten aufgereizt wurde. Kroll hatte noch einen jüdischen Herrn persönlich auf das Gröblichste beleidigt. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden drei Monate Gefängnis, gegen Kroll noch außerdem 100 Mark Geldstrafe. Beide haben sich nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme im Sinne der Anklage schuldig gemacht. Der Fall liege sehr ernst. Durch derartige Hetzereien könne eine Erregung in die Menge getragen werden, die zu den schwersten Ausschreitungen führen können. Darum beantragte er energische Bestrafung für solche Ausschreitungen. Das Gericht war ebenfalls der Ansicht, daß solche Beschimpfungen und Verhetzungen streng bestraft werden müssen. Es erkannte gegen Deutscher auf zweieinhalb Monate Gefängnis, gegen Kroll auf zwei Monate Gefängnis, und wegen Beleidigung auch auf 50 Mark Geldstrafe, und ferner auf Publikation des Urteils in den „N. N.", soweit es die Beleidigung betrifft.

---

* **Silberhochzeit** feierte am Sonntag der Vorschmied, Genosse Robert Zedler, Langegasse 5, mit seiner Ehefrau. Er ist bereits seit 27 Jahren Parteimitglied und Leser der „Volkswacht". Seit 25 Jahren ist er Gewerkschaftsmitglied. Wir gratulieren herzlich!

* **Die Monistische Gemeinde** veranstaltet Mittwoch, den 29. Februar, 20 Uhr, ihren dritten Diskussionsabend Grünstraße 14/16. Genosse Kurt Kramer spricht über: „Lenins Kampf gegen die Verpfaffung des Marxismus."

* **Der abgeänderte Fluchtlinienplan für die Hindenburgstraße** zwischen Friedrich-Ebert- und Zimpeler Straße liegt vom 6. März bis 3. April einschließlich im Städtischen Vermessungsamt, Blücherplatz 16, I, Zimmer 60, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

* **Dr. Gertrud Woker** (Bern), die bekannte Chemikerin und Spezialistin für Giftgaschemie, spricht Freitag, den 9. März, abends ½8 (20,30) Uhr, Matthiaskunst, in einer öffentlichen Veranstaltung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und der Deutschen Friedensgesellschaft.

* **Breslauer Volksbühne.** Alle Mitglieder der Volksbühne erhalten in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, zu den Vorstellungen von „Das Kamel geht durch das Nadelöhr", die vom kommenden Mittwoch bis zum 9. März wieder täglich im Thalia-Theater stattfinden, Gastkarten zum Einheitspreis von 1.50 Mark.

* **17. Ziehungstag Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Wie uns die Lotterieeinnahme Lehnert, Gräbschener Straße 27, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: **25 000 Mark** auf Nr. 315 432; **5000 Mark** auf Nr. 103 244, 224 084, 234 553, 252 038; **3000 Mark** auf Nr. 116 641, 120 578, 126 409, 231 690, 356 643, 361 244; **2000 Mark** auf Nr. 10 817, 25 279, 70 520, 130 459, 145 604, 166 014, 193 333, 204 154, 248 602, 280 256, 293 336, 318 883, 333 601, 345 182, 356 786; **1000 Mark** auf Nr. 5966, 12 517, 16 049, 18 723, 19 724, 98 364, 100 172, 105 948, 147 049, 165 335, 182 288, 191 692, 197 839, 207 018, 211 260, 235 556, 245 060, 246 190, 253 093, 253 816, 257 796, 261 739, 276 615, 323 752, 339 297, 351 663; **500 Mark** auf Nr. 467, 8207, 15 247, 17 592, 19 103, 19 111, 20 491, 20 839, 26 738, 29 655, 32 726, 38 036, 39 378, 43 949, 44 096, 47 916, 56 736, 65 894, 66 356, 76 491, 95 200, 95 472, 100 451, 126 171, 143 189, 145 479, 152 114, 155 882, 161 969, 163 800, 164 454, 164 546, 166 708, 170 491, 176 142, 177 019, 177 189, 177 457, 193 307, 196 520, 197 910, 198 070, 205 914, 210 630, 210 974, 213 793, 232 583, 237 310, 242 055, 243 792, 253 685, 256 011, 258 472, 270 294, 281 650, 286 197, 287 339, 303 524, 323 624, 325 404, 330 710, 332 652, 340 041, 344 840, 346 545, 351 557, 359 166, 359 171, 360 310, 369 320, 358 977.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Olde 5652

Jungsozialisten.

Gruppe Ohlauer Tor. Heute abend 19,30 Uhr Funktionärsitzung in der Baracke.

Gruppe Strehlener Tor, Südlicher. Die Arbeitsgemeinschaft fällt Mittwoch aus. Alle Gruppen gehen zu den „Wanderratten".

Funktionäre aller Gruppen. Heute abend 20 Uhr in der Baracke wichtige Funktionärsitzung. Tagesordnung: 1. Unser Sommerprogramm. 2. Die kommenden Wahlen. Den Einlaß in die Baracke besorgt die Genossin E. K.

Sozialistische Jungordner.

Kapelle. Mittwoch um 20 Uhr, kleine Turnhalle, Ueben. Donnerstag ohne Instrumente um 20 Uhr in der Pestalozzi-Turnhalle.

Abteilung Nord (S.K.B.). Donnerstag um 20 Uhr Pestalozzi-Turnhalle.

Abteilung Südost (Liebknecht). Heute müssen alle Funktionäre zu einer wichtigen Sitzung um 20 Uhr in der SAJ.-Baracke an den Teichäckern erscheinen. Mitglieder haben als Gäste Zutritt. Donnerstag um 19,30 Uhr Oberlandt, Flurstraße, Ecke Brüderstraße.

Achtung! Donnerstag müssen alle Mitglieder wichtiger Mitteilungen wegen auf der Halle erscheinen.

Sozialistische Arbeiterjugend.

An alle! Morgen abend beteiligen wir uns alle an der Veranstaltung der „Wanderratten" im Zentralballsaal, Westendstraße. Eintritt 30 Pf. Niemand versäume die wichtige Veranstaltung. Beginn 20 Uhr.

Sprechchor. Die letzten Proben bedingen eine restlose Beteiligung aller an den Uebungsabenden. Heute abend ist alles wieder zur Stelle.

Bibliothek. Am Freitag geöffnet von ½7 bis 8 Uhr in der Fürstenschule.

Heim 4. Mittwoch gehen wir zu den „Wanderratten" im Zentralballsaal. Eintritt 30 Pf. Donnerstag um ½8 Uhr im Heim Sprudelstraße 8, 2. Etg., Diskussionsabend über „Wir und die bürgerliche Jugend". Leitung: Gerhard Rauhut. Gäste sind herzlich willkommen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Bekleidungsarbeiterjugend. Wir sind heute pünktlich 8 Uhr im Galeriezimmer zu einem Diskussionsabend über das Thema „Jugendschutz im Reichstag" anwesend. Als Diskussionsredner ist Kollege Schaertl gemeldet. Als nächster Redner hat ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes zugesagt. Erscheinen jedes einzelnen ist Pflicht.

Z.d.A.-Jugendabteilung. Zu dem Dienstag, den 28. Februar, in dem Musiksaal der Cecilienschule, Taschenstraße, abends 8 Uhr, stattfindenden Musikabend laden wir alle Jugendfreundinnen und Freunde, deren Eltern und Gäste besonders herzlich ein. Dieser Abend soll als Abschluß der im Jahre 1927 in der Jugendgruppe geleisteten Arbeit gelten. Unter Leitung des Freundes Paul Tesche wird sich diese Veranstaltung für jeden genußreich gestalten. Programme und Eintritt unentgeltlich. Um recht zahlreichen Besuch bittet die Musikgruppe.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Bestel

Freie Turnerschaft Breslau e. V. 7. Abteilung. Mittwoch abend, den 29. Februar, bei Kipke Vorstandssitzung um 8½ Uhr.

---

* **Beim Vergnügen der Holzarbeiter** am Sonnabend ist im Gewerkschaftshause im großen Saale ein Ueberzieher vertauscht worden. Schwarzer Mantel. Wir bitten die Teilnehmer des Vergnügens, nach dieser Richtung hin Nachprüfung zu halten. Nachricht erbitten wir nach dem Büro des Holzarbeiterverbandes oder an den Kollegen, Tischler Karl Riedel, Anderssenstraße 15, 3. Stock.

* **Zu einem Musikabend** ladet die Z. d. A.-Jugendabteilung für heute abend 8 Uhr in die Cäcilienschule, Taschenstraße, ein. Näheres unter den Mitteilungen des freigewerkschaftlichen Jugendkartells.

* **Von einem Straßenbahnzug der Linie 10** ist am Montag nachmittag in der Sternstraße der Handelsvertreter Paul Ziebich, der auf einem Fahrrade fuhr, umgefahren worden. Er erlitt eine Kopfverletzung und mußte in das Krankenhaus Bethanien geschafft werden.

* **Pech gehabt.** In der Nacht zum 26. Februar beabsichtigten Einbrecher, einer Gastwirtschaft im Hause Jahnstraße 42 einen Besuch abzustatten. Sie schlugen eine mit einer Luftklappenvorrichtung versehene Scheibe ein und wollten durch diese Oeffnung hindurch den Fensterflügel aufriegeln. Bei diesem Vorhaben stießen sie an die Gardinenstange an, sodaß diese herunterfiel und die nächtlichen Besucher zu schnellstem Rückzuge veranlaßte.

* **Freiwillig aus dem Leben geschieden** ist am Montag früh ein Kraftwagenführer, indem er sich in der Garage in der Tauentzienstraße erschoß. Er war am Sonntag morgen während einer Dienstfahrt mit einer Kleinkraftdroschke zusammengestoßen, wobei beide Wagen beschädigt wurden. Anscheinend ist ihm das so nahe gegangen, daß er sich selbst entleibte.

* **Ein Zusammenstoß** zwischen einem Radfahrer und einem Personenkraftwagen ereignete sich am Montag nachmittag an der Ecke Ohlau-Ufer und Margaretenstraße, bei dem der Radfahrer Gerhard Baron aus Bischofswalde bei Breslau stürzte und auf das Pflaster aufschlug, daß er besinnungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde in die Universitätsklinik geschafft.

* **Wieder Kaninchen abgeschlachtet.** In der Nacht zum Montag wurden in der Schönstraße vier Schrebergartenlauben erbrochen, in denen die vorgefundenen elf Kaninchen an Ort und Stelle geschlachtet und abgezogen wurden. Das Fleisch wurde wie bei allen diesen Diebstählen zurückgelassen und nur die Felle mitgenommen.

* **Unfall bei der Arbeit.** Am Sonnabend stürzte der Maler Georg Greilich von einer Leiter im Hauptpostamt ab. Er blieb mit Schädelbruch und Gehirnerschütterung bewußtlos liegen und wurde mittels Krankenwagens nach der Marklinik geschafft.

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Die Wetterlage zeigt über dem gesamten Kontinent nur wenig Aenderung. Die von den Ostseeländern herangekommenen Störungen geben vorübergehend zu Hochnebelbildung Anlaß. Die Strahlungsfluten werden dadurch etwas gemildert. Im Hochgebirge herrscht anhaltend heiteres Strahlungswetter.

Aussichten für das schlesische Flachland.

Bei schwacher Luftbewegung nur vorübergehend neblig-bewölkt. Nur schwacher Nachtfrost.

Aussichten für das schlesische Mittelgebirge:

Nördlicher bis östlicher Wind, nur teilweise neblig-bewölkt, sonst meist heiter, Nachtfrost, tagsüber milder.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge.

Nordöstlicher Wind, meist heiter, leichter Frost.

Datum: 28. 2. 28	Temperatur heute früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	−3	2	−3	Nebel	O 2		
Görlitz	−0	5	−2	bedeckt	O 2		
Liegnitz	−1	0	−2	bewölkt	O 3		
Bad Flinsberg	−7	7	−7	heiter	OSO 1		
Heufuderbaude	−6	0	−6	-	O 1		
Oberschreiberhau	−5	6	−8	bedeckt	still		
K. Schles. Baude	−7	−1	−8	heiter	still		
Reisträgerbaude	−4	−2	−5		NO 1		
Schneekoppe	−5	2	−6	bewölkt	O 5		
Neumarkt	−0	1	−2	bedeckt	OSO 2		
Krietern	−0	2	−2	bewölkt	OSO 1		
Zobten							
Bad Salzbrunn	−3	0	−3	bedeckt	still		
Friedland (Bez. Breslau)	−3	2	−4	bewölkt	SO 1 NO 2		
Reinerz	−4	−0	−5	bedeckt	S 1		
Landeck	−3	1	−7	bewölkt	NO 2		
Reichenstein	−3	−1	−5	bewölkt	O 2		
Festenberg	−2	2	−2	-	ONO 2		
Neiße	−1	1	−2	-	ONO 2		
Proskau	−1	1	−2	bedeckt	SO 2		
Kreuzburg	−1	1	−2		OSO 1		
Gleiwitz	−4	0	−4	bewölkt	O 3		
Beuthen	−3	0	−3	bedeckt			

Das Wetter im Gebirge.

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über: Schneehöhe, Neuschnee, Schneebeschaffenheit, Sportmöglichkeit.

Heufuderbaude: 150, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Bad Flinsberg:** 15, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Schreiberhau:** 27, etwas verharscht, Ski, Rodel und Bob sehr gut. **Reisträgerbaude:** 150, 1—2, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Neue Schlesische Baude:** 150, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Brückenberg:** 35, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Teichmannbaude:** 35, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Schlingelbaude:** 90, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Hampelbaude:** 180, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Prinz-Heinrich-Baude:** 140, etwas verweht, Ski und Rodel sehr gut. **Schlesierhaus:** 140, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Peterbaude:** 160, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Görbersdorf:** 18, gekörnt, Ski und Rodel sehr gut. **Silberberg:** 8, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Hohe Eule:** 70, stark verharscht, Ski und Rodel gut. **Zimmermannsbaude:** 50, gekörnt, Ski und Rodel gut. **Bad Reinerz:** 15, gekörnt, Ski und Rodel sehr gut. **Hohe Mense:** 200, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Hochschar:** 110, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Rotenberg:** 140, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Grenzwald:** 130, etwas verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Glatzer Kuppe:** 30, etwas verharscht, Ski und Rodel gut. **Krummhübel:** 9, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. **Ziegenhausbaude:** 95, gekörnt, Ski und Rodel sehr gut. **Freudenschloßbaude:** 50, Pulverschnee, Ski und Rodel gut.

Wasserstand

28 Februar.

Ratibor	1.56	Ransern (Unter-Pegel)	3.36
Neiße (Stadt) vom 27. 2.	−0.40	Dyhernfurth	2.65
Neissemündung (Unter-Pegel)	1.25	Abflußmenge sekundlich 200 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2.48	Fürstenberg vom 27. 2.	2.50
Treschen	1.00	Wassertemperatur + 0°.	

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 24. Februar.

1 Pfund Sterling	20,41	100 tschech. Kronen	12,399
1 Dollar	4,1835	100 Schweizer Francs	80,56
100 holl. Gulden	168,33	100 Peseten	70,64
100 Belga = 500 Franken	58,28	100 schwed. Kronen	112,26
100 norw. Kronen	111,40	100 Pengö	73,16
10 Danzig. Gulden	81,60	100 österr. Schilling	58,95
100 Lire	22,16	100 Sloty	47,00
100 dän. Kronen	112,12		

Familien-Anzeigen

Am 26. Februar verschied infolge Gehirnschlag mein lieber, guter Gatte, Bruder, Schwager, Onkel und Pflegevater, der Schmied

Albert Liedtke

im Alter von 67 Jahren.

Um stilles Beileid bitten 247

Breslau, Pöpelwitz-Str. 14/16

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch, den 29. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Coseler Friedhofes nach dem Dissidenten-Teil.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 25. Februar verstarb die Frau unseres Verbandskollegen, des Tischlers August Münnich

Frau Martha Münnich

im Alter von 49 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr 2183

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 29. Febr., nachm. 4 Uhr, von der Halle des Kommunalfriedhofes in Cosel.

Am 25. Februar verschied unser Mitglied

Frau Martha Münnich

im Alter von 49 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 29. Februar, 4 Uhr, auf dem Kommunal-Friedhof in Cosel. 2184

Deutscher Hutarbeiter-Verband.

Am 25. Februar verstarb unser Mitglied

Fräulein Marie Plunike

im Alter von 20 Jahren. 2187

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 28. Februar, nachmittags 2½ Uhr, vom St. Barbara-Friedhof in Cosel.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 1. März
nachmittags um Punkt 5½ Uhr
im Saale der „Wilhelmsburg", Neudorfstr. 50:

Versammlung

aller in den Tischlereibetrieben beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung:

1. **Die Vereinbarung über die Schiedssprüche und die Auswirkung in den Fachgruppen.**
2. Aussprache.

Kollegen! Zur strikten Durchführung der jetzigen abschließenden Lohnbewegung heißt es, alle in die Versammlung.

Mitgliedskarte, Mitgliedsbuch evtl. gelbe Erwerbslosenkarte zur Kontrolle mitbringen. 2185

Die Verwaltung. J. A.: Kunike.

Größte Auswahl in
Mandolinen, Lauten, Gitarren, Geigen.
Sprechmaschinen von Mk. **22.–** an
Schallplatten von **0.95** Mk. an
Jazzbands
Schindler & Co., Schmiedebrücke 29 u.
Tauentzienstraße 18 1811

Sind Sie eingeladen?

Wenn Sie keine Zeit mehr haben, sich das Haar vorher zu waschen, dann hilft Ihnen „Schwarzkopf-Trocken-Schaumpon", die Haarwäsche ohne Wasser. Einfach das Haar gepudert — sorgfältig ausgebürstet — und Ihr Haar ist wie verwandelt: duftig, locker, seidenglänzend!

Die grüne Original-Dose mit praktischem Puderbeutel zu Mk. 1.— reicht monatelang.

Schwarzkopf Trocken-Schaumpon

Schönes Haar in 3 Minuten

Monistische Gemeinde Breslau E. V.

Mittwoch, den 29. Februar 1928
20 Uhr
im Vortragssaal Grünstr. 14/16

Oeffentl. Diskussionsabend

Genosse Kurt Kramer spricht über:
„Lenins Kampf gegen die Verpfaffung des Marxismus"

Eintritt frei — Freie Aussprache

Der Vorstand

Wir sind Leser der „Volkswacht"

Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der „Volkswacht" inserieren. Sagt das, wenn Ihr einkauft, Ihr nutzt uns und damit Euch selbst!

Wirtschaft und Lohnbewegung.

Die Antwort auf die Arbeitgeberdenkschrift.

Die „Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, nimmt in ihrer neuesten Nummer (Nr. 8) zu der Denkschrift über die Lohnbewegung, die vor kurzem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände der Oeffentlichkeit vorgelegt worden ist, Stellung. Gegenüber der Behauptung von der großen Zahl der Tarifkündigungen bemerkt einleitend die „Gewerkschaftszeitung", daß eine Häufung der Kündigungen noch kein Anlaß zu Besorgnissen gebe. Eine gleichmäßige Verteilung des Tarifablaufs über das ganze Jahr habe — gerade nach der Auffassung der Unternehmer — den Nachteil, daß die Wirtschaft nie aus der Unruhe herauskomme. Im übrigen würden ja auch von den Unternehmern die Preiserhöhungen nicht etwa nur schrittweise vorgenommen, wie die soeben erst erfolgte Erhöhung der Eisenpreise zeigen.

Die über zu große Steuerlasten jammernden Arbeitgeber werden von der „Gewerkschaftszeitung" an die mehrfache Senkung der Umsatzsteuer, die Ermäßigung der Gesellschaftssteuer, der Grunderwerbssteuer, der Börsenumsatzsteuer, an den Fortfall der Bezugrechtssteuer und der Luxussteuer, an die Herabsetzung der Einkommens- und Vermögenssteuer erinnert — Erleichterungen, die anscheinend von den Arbeitgebern ganz vergessen worden sind. Dem Kernpunkt der Arbeitgeberdenkschrift, nämlich der Behauptung, daß eine „tatsächliche Lohnsteigerung in vier Jahren von etwa 80 bis 90 vom Hundert", erreicht worden sei, wird mit einer nochmaligen Klarstellung des Sachverhalts begegnet, die im wesentlichen folgendes besagt: Der Beginn des Jahres 1927 mit seinen beschämend niedrigen Inflationslöhnen muß der Unternehmerdenkschrift als Grundlage der Berechnungen dienen. Ueber die Höhe des Reallohnes weiß die Denkschrift nichts zu berichten. Ueber die tatsächliche Kaufkraft der den Arbeitern gegebenen Geldbeträge zerbrechen sich die Arbeitgeber nicht den Kopf. Auch die Unternehmer müssen doch wissen, daß eine nennenswerte Erhöhung der Kaufkraft vor allem nicht für diejenigen Arbeitergruppen in Frage kommt, die ununterbrochen in Arbeit standen; denn die Erhöhung der Nominallöhne wurde zum Teil durch die Erhöhung der Lebenshaltungs- und Wohnungskosten unwirksam gemacht. Die Erhöhung der Wohnungsmieten wurde gerade von den Unternehmern gefördert mit dem Hinweis, daß die erhöhten Ausgaben durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden sollten. Gegen die mehrfachen Zollerhöhungen für wichtige Lebensmittel haben die Unternehmer nicht protestiert; auch hier sollte ein Ausgleich durch Lohnerhöhung eintreten. Das „konkurrenzfähige Preisniveau", das die Arbeitgeber für die Stärkung der Ausfuhr fordern, muß auch für die zur Bestreitung der Lebenshaltung notwendigen Waren gelten, da deren Preise in einem engen Verhältnis zu den Löhnen stehen. Wo bleibt aber die entsprechend veränderte Haltung der Unternehmer zu den Lebensmittelzöllen?

Den allgemeinen Vorwurf, die Lohnpolitik der Gewerkschaften sei primitiv und schematisch, gibt die „Gewerkschaftszeitung" den Kritikern zurück mit einer scharfen Bemerkung über die wirklich primitive Preispolitik der Unternehmer, die allem Anschein nach bis jetzt noch immer nichts von einer Kaufkraftsteigerung durch Preissenkung und von den lohnpolitischen Erkenntnissen Amerikas gehört hätten.

Wird dieser neue Hinweis auf Amerika bei unseren Arbeitgebern etwas fruchten? Wir glauben es nicht, obwohl die Ausführungen, die der letzte Jahresbericht des amerikanischen Arbeitsministeriums zur Lohnfrage bringt, den deutschen Unternehmern wahrhaftig zu denken geben sollten. „Die Politik der niederen Löhne", so heißt es in dem Jahresbericht, „ist jämmerlich zusammengebrochen ... Die Zeiten sind vorbei, wo irgend ein Unternehmer als tüchtig oder schlau betrachtet wurde, der die Lohnsätze zu drücken versuchte. Ein solcher Unternehmer ist nicht ein tüchtiger Geschäftsmann, sondern ein Parasit an der Allgemeinheit. Die öffentliche Meinung wird ihn zwingen müssen, einen anständigen Lohn zu zahlen oder aus dem Geschäftsleben auszuscheiden."

Solange die deutschen Arbeitgeber keinen ernsthaften Versuch machen, von den Amerikanern wenigstens etwas zu lernen, müssen sie durch Kampf zum Fortschritt — zum lohnpolitischen und wirtschaftspolitischen Fortschritt gezwungen werden.

Schiedsspruch im Lohnstreit des mitteldeutschen Straßenbaugewerbes.

Für das mitteldeutsche Straßenbaugewerbe hat der Schlichter der Provinz Sachsen, Dr. Lüttgens-Magdeburg, einen Schiedsspruch gefällt, wonach die Steinsetzer eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde, die Rammer — qualifizierte Arbeiter — eine solche von 1 Pf. und die Hilfsarbeiter — keine Lohnerhöhung bekommen sollen. Für den Handwerkskammerbezirk Gera hat der Schlichter den Steinsetzern nur 1 Pf. pro Stunde an Erhöhung zugebilligt, den Rammern — eine Lohnkürzung von 2 Pf. und den Hilfsarbeitern sogar eine Kürzung von 3 Pf. auferlegt. Dieser jammervolle Schiedsspruch soll auch noch bis zum Jahresschluß gelten.

Gefordert wurde von den Arbeitnehmern eine Lohnerhöhung von zirka 20 Prozent. Sie haben den Schiedsspruch in einer Urabstimmung abgelehnt und sofortige Aufnahme des Kampfes gefordert. In der Sitzung der Funktionäre haben sich Lohnkommission und Zentralvorstand der Entscheidung der Urabstimmung angeschlossen.

Herr Lüttgens ist derselbe Schlichter, der schon im Lohnkonflikt der mitteldeutschen Metallindustrie eine wenig rühmliche Rolle gespielt hat. Ein netter Vermittler, dessen Schiedssprüche nur Unruhe und Empörung unter der Arbeiterschaft hervorrufen!

In Hannover, Halle und Gera ist es im Steinsetzergewerbe bereits zur Arbeitseinstellung gekommen. Die Kämpfe sind auf das Konto des famosen Schiedsspruchs zu setzen. Obwohl seit März 1927 im Straßenbaugewerbe keine Lohnerhöhung stattgefunden hat, wird ein Schiedsspruch gefällt, der der inzwischen eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung nicht nur nicht Rechnung trägt, sondern sogar noch die Löhne herabsetzt. Die Steinsetzer, die gut organisiert sind, haben den ihnen aufgezwungenen Kampf aufgenommen. Sie werden ihn auch durchführen. Mitteldeutschland ist jetzt Kampfgebiet und Zuzug daher zu vermeiden.

Die Wirkungen des nordwest-böhmischen Bergarbeiterstreiks.

38 Glasfabriken vor der Einstellung des Betriebes.

Der Bergarbeiter-Streik im nordwestböhmischen Revier, der bereits vierzehn Tage dauert, macht sich nunmehr in der Industrie immer stärker fühlbar. Wird der Streik nicht in den nächsten Tagen beendet, dann müssen insgesamt 38 Glasfabriken den Betrieb vollständig einstellen. Das würde in Anbetracht der bevorstehenden Leipziger und Prager Messe für die Glasindustrie eine Katastrophe bedeuten. Müssen die Glashütten [illegible] oder vier Wochen nach Beendigung des Streiks die Arbeit wieder aufnehmen. Ein Teil der Belegschaften der böhmischen Glasfabriken ist bereits entlassen worden, ebenso wurden in der Keramischen Industrie Nordwestböhmens hunderte von Arbeitern entlassen.

Trotz der Lahmlegung der Wirtschaft zeigen die Kohlenbarone kein Entgegenkommen. Die Regierung stellt sich auf die Seite der Unternehmer. Der Vermittelungsvorschlag des Arbeitsministers war für die Bergarbeiter unannehmbar, denn er schlug nur eine fünfprozentige Lohnerhöhung vor und verknüpfte sie mit einer Verschlechterung der Arbeitszeit. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von mindestens 7,5 Prozent und Weiterzahlung der bisherigen Arbeitszeit. Bis jetzt ist nicht ein einziger Fall von Streikbruch zu verzeichnen. Wie verlautet, sollen am Dienstag neuerdings Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts aufgenommen werden.

Der Tod unter der Erde.

Unfallziffern im Bergbau von 1926.

Aus den Untersuchungen über die Entwicklung der Unfälle im preußischen Bergbau im Jahre 1926, einem Bericht des Bergbauunfallsicherheitsamtes im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, geht folgendes hervor: Die tödlichen Unfälle haben in der Berichtszeit beträchtlich abgenommen. Die Abnahme beträgt bei der absoluten Unfallziffer in Preußen 8 Prozent, im gesamten Steinkohlenbergbau 17 Prozent, im westfälischen Steinkohlenbergbau 21 Prozent, bei der auf 1000 Mann berechneten Unfallziffer 12 Prozent bzw. 11 Prozent bzw. 15 Prozent. Die Abnahme zeigt sich sowohl bei den unterirdischen, als auch bei den übertägigen Betrieben. Die nicht tödlichen Unfälle zeigen [illegible] im allgemeinen eine Zunahme gegen 1925. Bei der auf 1000 Mann berechneten Unfallziffer beträgt hier die Zunahme für den gesamten preußischen Bergbau 4 Prozent, im Steinkohlenbergbau 12 Prozent und im westfälischen Steinkohlenbergbau 5 Prozent. Sie entfällt fast ausschließlich auf den unterirdischen Betrieb, während der übertägige Betrieb ein geringes Anwachsen und in Bezirken eine Abnahme der Unfälle zeigt. Berücksichtigt man, daß die tödlichen Unfälle absolut und auf 1000 Mann abgenommen haben und daß das Anwachsen der nicht tödlichen Unfälle überwiegend auf Unfälle mit geringerer Grade der Arbeitsunfähigkeit entfällt, so kann der [illegible] des Jahres 1926 gegen 1925 [illegible] als [illegible] gelten. Die Ursachen der Unfallziffern sind heute [illegible] in erster Linie auf die [illegible] wirtschaftlichen Veränderungen und die [illegible] zurückzuführen. Diese Auswirkungen sind durch die durch die Wirtschaftslage (englischer Bergarbeiterstreik) bedingte plötzliche und starke Erhöhung der Förderung wesentlich gesteigert worden. In zweiter Linie hat die im zweiten Halbjahr 1926 vorgekommene Belegschaftsvermehrung eine Erhöhung der Unfallmöglichkeit mit sich gebracht. Auch die im dritten Vierteljahr 1926 eingelegten Ueber- und Nebenschichten haben eine Vermehrung der Unfallmöglichkeit herbeigeführt, jedoch läßt sich ein Einfluß durch ein Uebermaß von Ueber- und Nebenschichten nicht feststellen. Der Einfluß höherer Krankengeldbezüge hat bei der Zunahme der Unfallerkrankungen nur in geringem Maße mitgesprochen.

Beginn des Streiks der Berliner Werkzeugmacher.

Berlin, 27. Februar. Der von den Berliner Werkzeugmachern infolge Scheiterns der Lohnverhandlungen beschlossene Streik hat heute früh bei einer Reihe Berliner Metallfirmen begonnen. Insgesamt streiken zurzeit 1000 Werkzeugmacher. Die Bedeutung der Bewegung liegt in der Tatsache, daß bei einem Andauern des Streiks die betroffenen Fabriken ihre Arbeiten einstellen und ungefähr 70 000 Arbeiter entlassen müssen, weil die Arbeiten nicht weiter fortgeführt werden können.

Kündigung der Reichs- und Staatsarbeitertarife durch die Organisationen.

Die an den Reichs- und preußischen Staatsarbeitertarifen beteiligten Organisationen haben mit Wirkung vom 31. März 1928 die zurzeit geltenden Lohntarifverträge gekündigt und den beiden fehdeführenden Ministerien, Reichs- und preußischen Finanzministerium, die Ueberreichung der neuen Forderungen für die nächsten Tage angekündigt.

Amerikanische Arbeiter in Ostoberschlesien.

Die ostoberschlesischen Gewerkschaften haben die polnische Regierung ersucht, in der Angelegenheit der beabsichtigten Einfuhr amerikanischer Arbeiter nach Ostoberschlesien energische Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Der amerikanische Harriman-Konzern, dem dort mehrere Gruben gehören, hat nämlich mehrere hundert amerikanische Arbeiter auf 1—2 Jahre zur Arbeit in seinen polnischen Gruben verpflichtet. Diesen Bergarbeitern soll außer Fahrt, Hin- und Rückfahrt 30 Zloty pro Tag geboten werden. Da die Gewerkschaften selbst bereits über 40 000 Arbeitslose zählen, ist in der Tat nicht einzusehen, warum die geringen Arbeitsmöglichkeiten an Amerikaner, die im eigenen Lande nicht unter solch schwerem wirtschaftlichen Druck stehen, vergeben werden sollen. Der Harriman-Konzern sollte in dieser Erkenntnis und der Tatsache, aus Amerika selbst in eine Arbeitsausschließungspolitik für Nichtamerikaner betreibt, den notwendigen politischen Takt besitzen, von seinem Vorhaben zurückzutreten.

Angenommener Schiedsspruch. Der am 22. Februar vom Schlichter für das Rheinland gefällte Schiedsspruch über Arbeitszeit und Lohn im Eisenhüttenverband für das Aachen-Eschweiler-Gebiet war von den Arbeitnehmern angenommen worden. Der Eisenhüttenverband nahm nur den Schiedsspruch über die Arbeitszeit an, lehnte aber den Lohnschiedsspruch ab. Die von den Gewerkschaften beantragte Verbindlichkeitserklärung ist nunmehr erfolgt.

Hat Purcell umgelernt?

London, 27. Februar. Der Vorstand des englischen Gewerkschaftskongresses erörterte am Montag in Anwesenheit der beiden britischen Gewerkschaftsführer Purcell und Hicks auch die Frage des Anschlusses der indischen Gewerkschaftsbewegung an den internationalen Gewerkschaftsbund. Ein [illegible] Gewerkschaftsführer wandte sich gegen den Anschluß an Amsterdam, da der IGB. mit den Kapitalisten zusammenarbeite. Zur Antwort an diese Seite entspann sich eine energische Debatte, in der Purcell sich gegen den [illegible] Gewerkschaftsführer wandte und betonte, daß er sich gegen die russische Organisation wende, wenn sie sich in die innere Angelegenheit fremder Gewerkschaften einmische. Purcell schlug mit dem, angesichts seiner sonst russenfreundlichen Einstellung besonders wirksamen Appell an die indischen Gewerkschaften, ihre Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften zu lösen und gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften Europas zu marschieren. Da eine Einigung nicht zustande kam, wurde die Entscheidung vertagt.

Wir schützen die Republik

Die Volksrepublik

Wirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit im Reiche.

Unwesentlicher Rückgang im Februar.

In der Arbeitslosenversicherung ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 31. Januar bis 15. Februar wiederum leicht zurückgegangen (von rund 1 333 000 auf 1 291 000). Die Abnahme betrug somit rund 42 000 oder 3,2 v. H. Der Rückgang entfällt fast ausschließlich auf die männlichen Arbeitslosen.

In der Krisenfürsorge hat sich die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger fast auf dem gleichen Stand gehalten (rund 215 500 am 15. Februar gegenüber 214 800 am 31. Januar). Die geringe Zunahme von rund 700 Personen kann als unerheblich angesehen werden. Während die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger um etwa 1800 oder 1 v. H. zugenommen hat, ist die der weiblichen um etwa 1100 oder 3,2 v. H. gesunken.

Die Zahl der Notstandsarbeiter hat in den letzten 14 Tagen um 23 v. H. zugenommen und beträgt jetzt insgesamt 58 200. Davon entfallen auf Personen, die in der Arbeitslosenversicherung unterstützt worden sind, rund 43 600, auf Personen, die in der Krisenfürsorge unterstützt worden sind, rund 14 600.

* * *

Auch nach den neuesten Ziffern muß der Stand der Arbeitslosigkeit in der Hauptsache aus Saisoneinflüssen erklärt werden, wenngleich nicht verkannt werden darf, daß augenblicklich bereits ein Konjunktur-Stillstand zweifellos zu beobachten ist. Das Wetter hat sich wohl in den letzten Tagen merklich gebessert, allein von einer nennenswerten Wiederaufnahme der von den Witterungseinflüssen abhängigen Arbeiten kann im Augenblick noch nicht die Rede sein.

Der Wohnungsneubau 1927.

105 141 Wohnungen in deutschen Groß- und Mittelstädten fertiggestellt.

Im Jahre 1927 wurden in 93 deutschen Groß- und Mittelstädten, von den Erhebungen des Reichsstatistischen Amts erfaßt werden, 27 049 Wohngebäude mit 105 141 Wohnungen fertiggestellt. Der Reinzugang an Wohnungen war im Jahre 1927 um 40 Prozent größer als 1926 und etwa doppelt so groß wie 1925. In den Großstädten beläuft sich die Zunahme des Reinzugangs auf 37 Prozent, in den Mittelstädten auf 53 Prozent.

Aus den Bauerlaubniszissern des letzten Halbjahres 1927 geht hervor, daß auf das Jahr 1928 eine sehr beträchtliche Anzahl von unvollendeten Wohnungsbauten übernommen wurde. Die sogenannten Restbauten sind erheblich größer als im Vorjahre.

Die Hetze landwirtschaftlicher Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung,

die angeblich künstliche Arbeitslosigkeit auf dem flachen Lande hervorgerufen hat, wird am besten mit den Zahlen über die offenen Stellen in der Landwirtschaft abgetan. Ende Dezember 1927 waren bei den Arbeitsnachweisen aus der Berufsgruppe Landwirtschaft 48 157 männliche und 22 098 weibliche, zusammen 70 255 Arbeitsuchende vorhanden. Die Zahl der unbesetzten Stellen in der Landwirtschaft belief sich aber zu diesem Zeitpunkt nur auf 6946 offene Stellen für männliche und 5834 für weibliche Personen, zusammen auf 12 780 offene Stellen. Die Zahl der arbeitsuchenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte war Ende Dezember 1927 also fünfeinhalbmal höher als die Zahl der von der Landwirtschaft angebotenen offenen Stellen.

Wenn die Landwirtschaft nur verschwindend wenig offene Stellen anzubieten hat, was soll dann das Getöse über die Arbeitsunlust der Erwerbslosenunterstützungsempfänger? Nach den Beobachtungen des Deutschen Landarbeiterverbandes gibt es sogar zahlreiche landwirtschaftliche Unternehmer, die in diesem Winter mit Rücksicht auf die Arbeitslosenversicherung auch solche Arbeitskräfte abgestoßen haben, die sonst in der arbeitsarmen Zeit in der Landwirtschaft mit durchgehalten wurden. Wird nach diesen Feststellungen die Hetze gegen die Arbeitslosenversicherung endlich aufhören?

Geringer Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Schlesien.

In der Berichtswoche vom 9. bis 15. Februar ist eine wesentliche Veränderung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufsgruppen nicht eingetreten. In der Provinz Niederschlesien ist die Zahl der Arbeitsuchenden und der Arbeitslosenunterstützungsempfänger gefallen, während die der Krisenunterstützungsempfänger noch eine kleine Steigerung zeigt. In der Provinz Oberschlesien steigen die Zahlen der Arbeitsuchenden, Arbeitslosenunterstützungsempfänger und Krisenunterstützungsempfänger weiter an.

In Niederschlesien wurden 125 230 Arbeitsuchende gezählt gegen 127 339 in der Vorwoche; desgleichen ist die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 91 217 in der Vorwoche auf 91 092 gesunken. Die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger ist von 15 248 auf 15 264 gestiegen. An offenen Stellen wurden diese Woche 3491 gegen 3070 in der Vorwoche gemeldet. Die Andrangsziffer (Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen) beträgt in der Provinz Niederschlesien 3587,2 gegen 4147,9 in der Vorwoche, die Arbeitslosenziffer (Unterstützungsempfänger auf 1000 Einwohner) 34,23 gegen 34,10 in der Vorwoche.

In der Stadt Breslau ist die Zahl der Arbeitsuchenden von 37 890 in der Vorwoche auf 35 963, die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 19 153 auf 18 952 und die der Krisenunterstützungsempfänger von 9669 auf 9660 zurückgegangen. Die Zahl der offenen Stellen ist von 617 auf 854 angewachsen. Die Andrangsziffer beträgt in der Stadt Breslau 4211,1 gegen 6124,4 in der Vorwoche, die Arbeitslosenziffer 51.57 gegen 52,0 in der Vorwoche.

Im Vorjahr wurden in der Provinz Niederschlesien am 16. Februar 130 293 Arbeitsuchende und 103 418 Hauptunterstützungsempfänger gezählt.

In der Provinz Oberschlesien waren in der Berichtswoche 69 227 (in der Vorwoche 68 839) Arbeitsuchende vorhanden. Arbeitslosenunterstützungsempfänger wurden 54 229 (in der Vorwoche 53 320) und Krisenunterstützungsempfänger 5951 (in der Vorwoche 5728) gezählt. Die Zahl der offenen Stellen ist von 1620 auf 1619 zurückgegangen.

Im Vorjahr waren zur gleichen Zeit in der Provinz Oberschlesien 53 381 Arbeitsuchende und 44 894 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden.

Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlesien (Provinzen Ober- und Niederschlesien, sowie Kreis Fraustadt) waren 195 114 Arbeitsuchende, 145 978 Arbeitslosenunterstützungsempfänger und 21 215 Krisenunterstützungsempfänger vorhanden.

Die Andrangsziffer beträgt für Oberschlesien 4275,9, für den Bereich des Landesarbeitsamtes Schlesien 3807,8.

Die Arbeitslosenziffer beträgt für Oberschlesien 45,7, für den Bereich des Landesarbeitsamtes Schlesien 37,12.

In der Landwirtschaft besteht weiterhin große Nachfrage nach jüngeren Kräften sowie Familien mit Hofgängern, die nur zum Teil gedeckt werden konnte. Es waren an offenen Stellen 2066 gegenüber 1856 in der Vorwoche gemeldet. In einzelnen Bezirken war noch Mangel an Deputatfamilien, der selbst im zwischenbezirklichen Ausgleich nicht zu beheben war.

In der Forstwirtschaft ist ebenfalls eine größere Nachfrage an männlichen Arbeitskräften, Holzschlägern usw. vorhanden.

Aus aller Welt

Dienstag, 28. Februar 1928

Eine große Razzia in Chicago.

hat merkwürdige Verbindungen zwischen Polizei und Räuberbanden aufgedeckt. Der verwegene Raubüberfall auf den Postzug in der Station Evergreen-Park bei Chicago am Sonnabend war für die Chicagoer Polizei der Anlaß zur Razzia. Die an dem Raubüberfall beteiligten Verbrecher sind bei der Razzia verhaftet worden. Sie gehören einer großen Bande an, deren Hauptanführer ein bekannter Politiker und ein Chicagoer Kriminalanwalt sind. Insgesamt wurden zwanzig Männer und fünf Frauen verhaftet. Unter den Verdächtigten befindet sich auch die Frau des Neffen des Chicagoer Politikers Litsinger. Bei der Durchsuchung der Wohnung des einen Bandenführers fand die Polizei ein Paket, das große Mengen hochexplosiven Sprengstoffes enthielt. Glücklicherweise stellte die Polizei rasch den verdächtigen Charakter des Paketes fest. Die weitverzweigte Verbrecherbande hat eine ganze Reihe von Zugüberfällen, Bombenangriffen und Morden auf dem Gewissen. Man kam den Verbrechern dadurch auf die Spur, daß man mehrere Telephonleitungen überwachte und dabei ein Gespräch belauschte, das der Kriminalanwalt mit verschiedenen Mitgliedern der Bande führte.

Ein entsetzlicher Kinobrand,

bei dem **30 Personen ums Leben kamen,** hat das italienische Dorf Moriago in der italienischen Provinz Treviso heimgesucht. Das im ersten Stockwerk eines Hauses gelegene Dorfkino war am Sonntag abend zum Brechen voll. Plötzlich fing der Film Feuer. Der Brand griff blitzschnell auf den Zuschauerraum über und unter den Besuchern des Kinos entstand eine grauenhafte Panik. Der Lichtspieltheatersaal hatte unglücklicherweise nur einen Ausgang. Unter wilden Schreckensrufen stürzte alles nach der einen Tür. Durch die Fenster konnte sich niemand retten, da diese — man sollte es nicht für möglich halten — mit Gittern versehen waren. In dem grauenhaften Gedränge, in dem einer den anderen brutal niedertrampelte, wurden Frauen und Kinder erdrückt und totgetreten. Bisher sind **30 Tote und eben so viel Schwerverletzte** gemeldet. Auch der Kino-Operateur befindet sich unter den Opfern. Der Bürgermeister des Dorfes und seine Frau, die ebenfalls im Kino waren, konnten sich nur mit knapper Not retten.

Zusammenstoß zwischen Zug und Auto.

In Creanite City (Illinois) wurde ein Kraftwagen, der einen Bahnübergang vor einem Zuge zu passieren versuchte, von diesem erfaßt und ein weites Stück mitgeschleift. Die fünf Insassen des Kraftwagens wurden getötet.

Zum Untergang der Alcantara.

22 Mann ertrunken.

Es wird amtlich bestätigt, daß von der 23 Mann starken Besatzung des italienischen Dampfers Alcantara, der in der Nacht zum Sonnabend mit dem russischen Schulschiff Towaritsch auf der Höhe von Dungeneß zusammenstieß, **22 Mann ertrunken sind.** Der einzige Ueberlebende der Alcantara erzählte, daß die Alcantara den Kanal hinausfuhr, als sie plötzlich auf der Breitseite gerammt wurde. Der Kapitän Friedmann des russischen Schiffes weigerte sich, vor morgen nähere Auskunft über seinen Hilferuf der SOS.-Signale zu geben.

Großfeuer in Baltimore.

In der Bowker Chemical Company in Baltimore brach Großfeuer aus. Da durch den Brand zahlreiche andere chemische Fabriken bedroht wurden, mußte die Feuerwehr zur Eindämmung des Brandherdes mehrere Gebäude mit Dynamit in die Luft sprengen.

Eine Springflut tötet 8 Personen.

In Rio de Janeiro wurden am Montag durch eine Springflut 8 Personen getötet und mehr als 20 verletzt. Mehr als 20 Häuser stürzten unter der vernichtenden Wucht der entfesselten Elemente zusammen.

Großer Dachstuhlbrand in Berlin.

Am Montag entstand in Berlin in der Tellower Straße ein außergewöhnlich großer Dachstuhlbrand. Das Feuer breitete sich in kurzer Zeit über das ganze Gebäude aus, sodaß haushohe Flammen emporschlugen. Insgesamt waren 5 Löschzüge der Feuerwehr aufgeboten. Die Flammen fanden an den leicht brennbaren Materialien an Oel und an mit Benzin getränkten Lappen reiche Nahrung. Der gesamte Dachstuhl und das ganze erste Stockwerk des 120 Meter langen Gebäudes sind völlig vernichtet. Das Gebäude war zum größten Teil von einer Automobilfirma gemietet. Zahlreiche Automobile sind den Flammen zum Opfer gefallen.

Ein großes Schadenfeuer

suchte das Dorf Cacherin bei Dömitz heim. Zahlreiche Wohnhäuser, Ställe und Scheunen wurden ein Raub der Flammen. Heu- und Strohvorräte, fast das gesamte häusliche Mobiliar, sowie landwirtschaftliche Maschinen usw. fielen dem Feuer zum Opfer; das Vieh konnte größtenteils aus den brennenden Gebäuden gerettet werden.

Sieben Verletzte bei einem Straßenbahnzusammenstoß.

In der Friedrichstraße Ecke Karlstraße in Berlin kam es Sonnabend morgen zu einem Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge, der eine längere Verkehrsstörung zur Folge hatte und bei dem sieben Personen verletzt wurden.

Ein Riesenbetrugsprozeß in Ludwigshafen.

Vor dem Schöffengericht Ludwigshafen, das aus Raumschwierigkeiten im Landgericht Frankenthal tagt, begann Montag der auf vier Wochen berechnete große Betrugsprozeß zum Nachteil der Leuna-Werke und des Postfiskus gegen den Fabrikanten Wagner und dreizehn Mitangeklagte, Kaufleute, Beamte und Ingenieure. Wagner hat die Leuna-Werke durch Schwindellieferungen und Lohnrückvergütungen um mehrere hunderttausend Mark geschädigt, sowie Angestellte der Werke und Postbeamte bestochen.

Das Todesurteil gegen die beiden Raubmörder Willi und August Pest

aus Pulsdorf, die im Dezember 1926 den Landarbeiter Zünder mit einer Axt erschlagen haben, ist vom zweiten Strafsenat des Reichsgerichts aufgehoben worden. Die Sache wurde zur neuen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Das Schwurgericht in Neu-Ruppin, das die beiden im Dezember vorigen Jahres zum Tode verurteilte, hat im Urteilsspruch nicht genau festgelegt, ob vorsätzlicher Mord oder evtl. nur Totschlag vorliegt.

Ein schweres Lawinenunglück

ereignete sich in Tirol am Padaster-Joch bei Steinach. Drei Skifahrer aus Leipzig unternahmen dort Touren, und wurden seit dem 19. Februar nicht mehr gesehen. Die Nachforschungen ergaben, daß alle drei Touristen in der Nähe der sogenannten Kirchbachreifen von einer großen Lawine in die Tiefe gerissen wurden. Es handelt sich um den 23jährigen Schriftsetzer Friedrich Reiche, den 22jährigen Mechaniker Rudolf Schmidt und um einen dritten Leipziger, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten.

Ein Fuhrwerk vom Zug überfahren.

Freitag abend gegen 8 Uhr wurde auf der Strecke Osnabrück—Bielefeld ein Fuhrwerk von einem Personenzug überfahren. Die beiden Insassen des Fuhrwerks wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die Schuld soll an der Unachtsamkeit des Fuhrwerkslenkers liegen.

Ein viertes Opfer des Raubmörders Hein gestorben.

Der bei dem Raubüberfall auf das Postamt in Ohligs am 21. Dezember von dem inzwischen verhafteten Raubmörder Hein durch einen Schuß in den Rücken schwer verletzte Postsekretär Schmidt ist nun nach zweimonatigem Krankenlager seinen Verletzungen erlegen. Damit erhöht sich die Zahl der Opfer Heins auf vier.

Motorradunglück.

Zwei junge Leute, die von einem Vereinsvergnügen auf einem Motorrad heimfuhren, gerieten bei Ohrfeld auf einen Steinhaufen. Das Motorrad überschlug sich, beide Fahrer wurden getötet.

Furchtbare Tat einer Mutter.

In einem Hotel in Villach in Kärnten hat eine Frau ihren beiden Kindern im Alter von 5 und 2 Jahren und sich selbst die Pulsadern aufgeschnitten. Die Kinder waren bei der Auffindung bereits tot. Die Frau wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Sie hat die Tat verübt, weil sie von ihrem Manne verlassen wurde.

Vier Personen ertrunken.

Sonntag nachmittag brachen beim Spielen auf dem Eise in Groß-Nebrau, Kreis Marienwerder, drei Kinder auf dem Eise ein und ertranken. Ein hinzueilender 24 Jahre alter Mann, der die Kinder retten wollte, fand ebenfalls den Tod.

Bootsunfall auf der Apenrader Förde.

Zwei Matrosen des im Hafen von Apenrade liegenden estnischen Viermastschoners Vega machten am Freitag eine Segelfahrt auf der Förde. Infolge des herrschenden Sturmes kenterte das Boot. Während sich der eine Matrose an einer Boje festhalten konnte, bis Hilfe herankam, ertrank der zweite. Die Leiche wurde am Sonnabend von einem Lotsen geborgen.

Die Explosionskatastrophe auf der Hubertusgrube.

Zu der Explosion auf der Braunkohlengrube Hubertus wird noch gemeldet, daß die Entstaubungsanlage, in der die Kohlenstaubexplosion erfolgte, ein Bild grauenhafter Verwüstung bietet. Das furchtbare Getöse war in einem Umkreis von 10 Kilometern zu hören. Die Zahl der Toten hat sich auf drei erhöht, während 30 mehr oder weniger Schwerverletzte sich in den Krankenhäusern befinden. Die Feuerwehr ist zurückgezogen worden, da die Gefahr weiterer Explosionen vorliegt. Die Unglücksstelle ist in weitem Umkreis abgesperrt. Der Bahnbetrieb von Liblar nach Horrem mußte gesperrt werden, weil die Bahn direkt durch den Fabrikbetrieb fährt und die Gleise mit Trümmern überhäuft sind.

Das Unglück in der Brüggener Brikettfabrik.

Die Zahl der Toten bei dem Brande von Kohlenstaub in der Brikettfabrik der Hubertus-Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft in Brüggen hat sich auf sechs erhöht. Durch das Unglück ist ein Teil der Fabrik stillgelegt worden. Die dort beschäftigt gewesenen Arbeiter werden mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Der Grubenbetrieb ist nicht gestört.

Ein Meineid um 20 Mark.

Am Schluß einer Verhandlung vor dem Stettiner Schöffengericht, bei der es sich um einen angeblichen Betrug handelte, wurde die Hauptzeugin, eine Frau aus Stettin, nachdem der Angeklagte freigesprochen war, auf Antrag des Staatsanwalts wegen Verdachts des Meineids im Gerichtssaal verhaftet. Trotzdem die Sitzung unterbrochen wurde, damit die Zeugin sich in Ruhe überlege, was der Eid bedeute, war die Zeugin nicht zu einer wahren Aussage zu bewegen. Es handelt sich bei dem Streitfall um einen Betrag von 20 Mark.

Straßenbahnzusammenstoß.

Am Sonnabend abend, gegen 9½ Uhr, stießen in der Vorstadt, Ecke Unterhaberberg, in Königsberg anscheinend infolge Versagens der Weiche zwei Straßenbahnwagen der Linien 4 und 11 aufeinander. Durch den Anprall und die zertrümmerten Glasscheiben erlitten fünf Personen Quetschungen und Schnittwunden und mußten dem Krankenhause zugeführt werden. Außerdem wurden zwei Fahrgäste leicht verletzt.

Raubmord in der Bukarester Gesellschaft.

Eine Dame der vornehmen Gesellschaft in Bukarest, Frau Leonida, wurde von einem in Bukarester Kreisen sehr bekannten jungen Mann namens Gaiet-an ermordet. Der Täter versuchte zu entfliehen, ergab sich aber, als dies aussichtslos erschien, der Polizei. Der Fall erregte besonderes Aufsehen, weil das Motiv der Tat in dem Raub der Juwelen der Ermordeten, die einen Wert von 800 000 Lei haben, zu erblicken ist.

Ein blutiges Drama wegen einer Tasse Kaffee

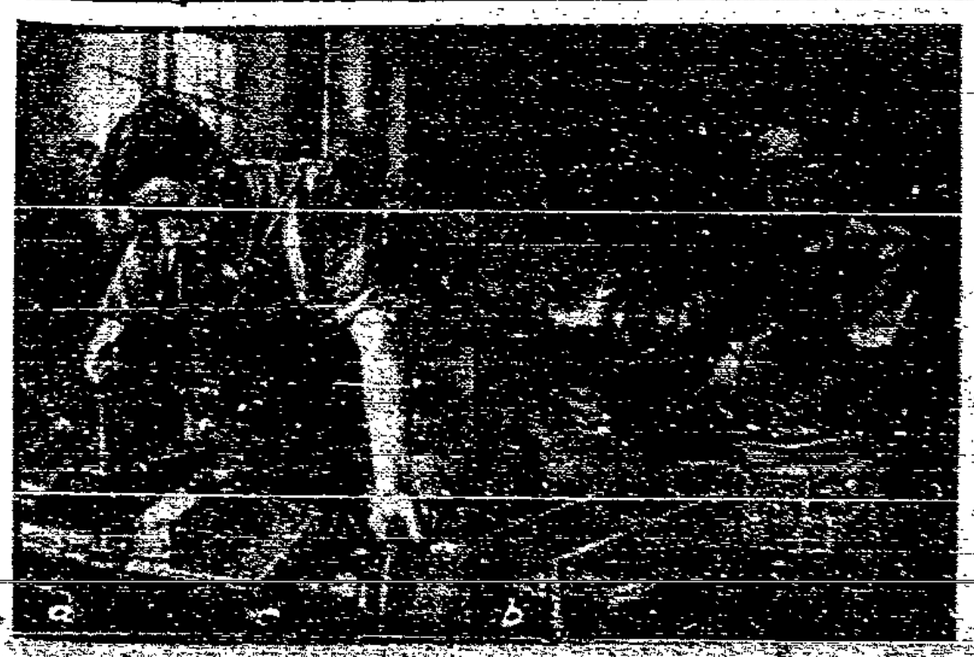
spielte sich in der Nacht zum Sonnabend in einem Pariser Vorort ab. Ein Arbeiter hatte seine Frau aus dem Schlafe geweckt, damit sie ihm Kaffee koche. Als sie dies kurz, aber energisch ablehnte, zog der Arbeiter kurzerhand einen Revolver aus der Tasche und schoß. Die Kugel traf die Frau tödlich.

Schneeverwehungen in Anatolien und Thrazien.

Seit zwei Tagen herrscht in Anatolien und Thrazien ununterbrochen heftiger Schneefall. In einigen Orten hat der Schnee eine Höhe von zwei Meter erreicht und das Thermometer ist auf 20 Grad unter Null gefallen. Der Simplonexpreß und der Kontinentalexpreß sind in der Nähe von Tschataldia stecken geblieben. Ein Hilfszug ist abgesandt worden.

Stühle als Pfand bei einem Boxabend.

Zu tragischen, komischen Zwischenfällen kam es Sonntag abend bei einer Boxveranstaltung in Marseille. Vor den zahlreich erschienenen Zuschauern entwickelte sich nur der erste Vorkampf. Die übrigen Boxer traten überhaupt nicht auf. Das Publikum geriet in begreifliche Erregung und verlangte Rückzahlung des Eintrittsgeldes, aber der Kassierer hatte das Weite gesucht und die Kasse mitgenommen. In ihrer Entrüstung nahmen zahlreiche der geneppten Zuschauer die Stühle als Pfand mit.



Praktische Kriegsbeschädigtenfürsorge

wird jetzt endlich in Deutschland in stärkerem Maße durchgeführt. Unsere drei Bilder zeigen Aufnahmen aus einer Fabrik, in der nur Kriegsbeschädigte arbeiten: Im großen „Stapelhaus" verkrüppelte Arbeiter mit und ohne Prothesen in der Tischlerei und blinde Arbeiter beim Entrippen von Tabak.

Aus Schlesien.

Keine Polnischen Schweine

— — in Polen.

Die polnischen Schweine sind das Schreckgespenst, mit dem der Landbund in gewissenloser Hetze gegen eine Befriedigung der für Schlesien so außerordentlich wichtigen deutsch-polnischen Handelsbeziehungen arbeitet. Obwohl sich der Schweinebestand in Deutschland um rund sechs Millionen in zwei Jahren vermehrt hat, obwohl der polnische Handelsminister kürzlich in Polen feststellte, daß der Schweinepreis in Lodz nicht niedriger ist wie in Breslau, wird ständig verkündet, daß irgendwelche Konzessionen bezüglich der Schweineeinfuhr bei den Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands Landwirtschaft unreitbar vernichtet.

Wie sieht es nun wirklich aus? Das ersehen wir aus einer Schilderung unseres Kattowitzer Bruderblattes über den Schweinemangel in Polen. Der „Volkswille" berichtet aus Myslowitz:

„Die Myslowitzer Viehzentrale beliefert ganz Polnisch-Oberschlesien mit Fleisch. Was sie uns aber nicht liefert oder nur in unzulänglichen Mengen, das ist Schweinespeck. Sonderbarerweise kommen nach Myslowitz fast nur Magerschweine. Angeblich haben die polnischen Bauern kein Schweinefutter und daher liefern sie nur Fleischschweine. Polen führt gegenwärtig einen zähen Kampf bei den Vertragsverhandlungen mit Deutschland und will Deutschland mit polnischen Schweinen beliefern. Das ist alles ganz gut und schön, doch muß Polen selbst noch Schweine vom Auslande beziehen, um die Bedürfnisse der schlesischen Bevölkerung befriedigen zu können.

Unlängst weilten von den oberschlesischen Industrieortschaften besondere Abordnungen in Warschau bei dem polnischen Landwirtschaftsminister und ersuchten um die Oeffnung der polnischen Grenze für rumänische Mastschweine, was auch geschehen ist. In den letzten Monaten kamen Hunderte rumänischer Mastschweine nach Oberschlesien. Das berührt höchst sonderbar, weil Polen Deutschland mit Schweinen beliefern will, selbst aber Schweine aus Rumänien einführen muß. Die Ursache soll darin zu suchen sein, daß die polnischen Agrarier und Mühlenbesitzer die Kleie nach dem Ausland ausführen und dann, kein Schweinefutter im Inlande aufzutreiben ist. Die Folge davon ist, daß die Industriebevölkerung an Fettmangel viel leidet. Die Butterpreise sind in der letzten Zeit erheblich gestiegen. Viel Maragrine wird aus dem verhaßten Deutschland nach Polen eingeführt, während Schweineseit aus Amerika durch Polnisch-Oberschlesien eingeführt werden muß."

Osthilfe statt Panzerkreuzer.

Ministerpräsident Braun für den deutschen Osten.

In der Sonnabendsitzung des Hauptausschusses des Preußischen Landtags erklärte Ministerpräsident Braun bei der Debatte über den Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten, daß der projektierte Panzerkreuzer seiner Meinung nach den vom Reichswehrministerium behaupteten militärischen Wert für den Küstenschutz des Seewegs nach Ostpreußen nicht habe. Er, der es stets als vornehmste Pflicht betrachte, den deutschen Osten kulturell zu stärken und ihm wirtschaftliche Lebensmöglichkeiten zu geben, könne es nicht verantworten, große Mittel, die für den deutschen Osten viel nutzbringender verwendet werden könnten, für solch einen nicht erfüllbaren militärischen Zweck auszugeben.

Ein schlechter Witz

und die Antwort der preußischen Regierung.

Einige Abgeordnete, die anscheinend das Gras wachsen hören, haben sich bemüßigt gefühlt, eine kleine Anfrage an die preußische Staatsregierung zu richten, in der behauptet wird,

es würden in vielen Gemeinden den Junglehrern und Junglehrerinnen vor ihrer Einstellung in die Schularbeit Fragebogen vorgelegt, in denen sie ihre Stellung zur weltlichen Schule anzugeben hätten. Das Staatsministerium wird ersucht, ein solches Vorgehen der Gemeinden, in dem eine Bedrohung der Gewissensfreiheit zu ersehen sei, zu verhindern.

* * *

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst auf Grund der Antwort des preußischen Kultusministers mitteilt, hat eine Rundfrage bei sämtlichen Bezirksregierungen ergeben, daß von keiner Gemeinde den Schulamtsbewerbern und Schulamtsbewerberinnen vor ihrem Eintritt in den Schuldienst Fragebogen vorgelegt werden, in denen sie ihre Stellung zur weltlichen Schule kundtun sollen. In Berlin wird jedem Schulamtsbewerber und jeder Schulamtsbewerberin, die sich in die städtische Bewerberliste eintragen lassen, ein Fragebogen (Personalbogen) zum Ausfüllen vorgelegt, in dem Frage 6 folgenden Wortlaut hat: „Würden Sie im Bedarfsfalle den Unterricht übernehmen an einer a) Gemeinschaftsschule, b) Sammelschule? Nur mit „ja" oder „nein" zu beantworten." Aus dem Wortlaut dieser Frage ist zu ersehen, daß sie nur organisatorischen Zweck hat. Aehnlich liegt es anscheinend im Bezirk von zwei Regierungen, wo den Schulamtsbewerbern Fragebogen mit der Frage vorgelegt werden, ob sie bereit seien, an Sammelschulen zu unterrichten.

Ein sinnstörender Fehler

hat sich in die Notiz eingeschlichen, in der wir gestern auf den Spottartikel der „Schlesischen Volkstimme" eingingen. Es muß richtig im vorletzten Absatz heißen:

— — — und die „Schlesische Volkstimme", die die sächsischen Parteigenossen schlechtweg mit den Kommunisten verwechselt, hofft mit Nachdruck, daß hier die bodenständige (!), im sozialistischen Sinne (!) aufbauende, in der Arbeiterschaft verwurzelte Führerschaft im Kampfe mit völlig unbekannten Größen — — —

Der Himmel, Piłsudski und die kommende Wahl.

Die Formen des polnischen Wahlkampfes sind zum Teil neu und eigenartig. Noch man mit Filmagitation auf die Dörfer geht, ist heute nichts Sensationelles mehr. Sensationell wird die Geschichte erst durch den Inhalt der Filme. Da tritt nämlich die Mutter Gottes neben dem Marschall Piłsudski und dem Innenminister Sanduski auf und dokumentiert damit augenfällig, daß das Wohlwollen und die Gnade des Himmels beim Marschall und seiner Wahlpartei sind. Neben dieser Geschmacklosigkeit greift die Regierungspartei aber zu politisch noch viel bedenklicheren Mitteln. Die abgestempelten Wahlzettel tragen seit einiger Zeit einen Stempelaufdruck mit dem Wortlaut: „Nähle Liste 1" (Liste der Regierungspartei). Damit nähert sich die polnische Regierung bekanntlich bolschewistischen Methoden, indem sie magnetisierte Stimmzettel für ihre Wahlzwecke benutzt. Es ist in den zwei Jahren Piłsudskischer Herrschaft weit mit der Demokratie gekommen.

Neukirch, Kr. Goldberg. Neubauerfall. In dem am höchsten Dorfe Schlesiens, nämlich Neukirch in seiner Zehrung, nahe Eck, durch schwere Unterschlächtigkeit schwer verwundet wurde, sind gemeldet, daß Eck. in Kranken-Lazarett keinen Rückgang erfahren ist.

Gnadenfrei. In der Einwohnerschaft [illegible] ca. Brut deutscher Sitzung über Geburts- und Sterbefälle, in der 25 jährigen Geschichte [illegible] Gnadenfrei [illegible] Dieser Statistik die Einwohnerzahl [illegible] ca. auf eine [illegible] Bevölkerungsbewegung [illegible] zu ziehen.

Der alte Text, die alte Melodie —

nur neue Musikanten,

dazu recht stümperhafte. Das ist die erste Feststellung, die man beim Lesen des Gewäsches über „eine neue Sozialdemokratische Partei in Schlesien" in der kommunistischen wie der Zentrumszeitung machen muß. Nicht zum erstenmal haben wir mit solchen Prophezeiungen unserer Feinde, ganz gleich, wo sie stehen, zu rechnen. Jedesmal, wenn wir vor Kämpfen standen, die uns aller Voraussicht nach einen großen Erfolg bringen mußten, fingen die Raben, die in diesem Falle keine Unglücksraben sind, an zu krächzen. Noch immer konnte dann aber mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Partei dann desto geschlossener und erfolgreicher den Kampf führte und beendete.

Sehr spaßig ist es, was in diesen beiden, sonst ja nicht sehr freundlich zueinander stehenden Blättern, über massenweises Ausscheiden von Mitgliedern aus der Sozialdemokratischen Partei berichtet wird. Der Sowjetstern phantasiert, bei ihm eine alltäglich zu beobachtende Eigenschaft, und der „Krummstab", um mit dem Kommunistenblättchen zu reden, verbreitet diese „Wahrheit". In der Ortsgruppe Oels sind, wie berichtet wird, Schreiben an frühere Angehörige der SPD. versandt worden, in denen dieselben zum Wiedereintritt in die Partei ersucht werden, das ist das Beweismaterial für diese beiden Zeitungen. Wir können hier verraten, daß solches auch noch in manchen anderen Ortsvereinen unserer Partei geschieht. Denn noch wird man selten eine Partei, wir glauben sogar behaupten zu können, man wird überhaupt keine finden, die nicht auch damit zu rechnen hat, daß Mitglieder aus irgendwelchen Gründen einmal aus der Partei ausscheiden. Das ist natürlich auch in der Sozialdemokratischen Partei der Fall und es wird dann von Zeit zu Zeit an diese ehemaligen Parteifreunde wieder herangetreten, damit sie wieder der Partei beitreten. Das haben in unserem Bezirk in diesem Jahre denn auch viele Hunderte wieder getan.

Es erscheint aber doch angebracht, diesen Herrschaften einmal einiges über die „Verärgerung" und die „Massenflucht", von denen sie phantasieren, an Hand des in diesen Tagen zur Veröffentlichung kommenden Jahresberichtes unseres Bezirks zu sagen.

Nach unserem Jahresbericht haben wir im Bezirk 382 Ortsvereine. Das ist gegenüber dem 1. Januar 1926 ein Mehr von 94 Ortsgruppen. Zu recht vielen dieser Ortsvereine gehören eine ganze Anzahl von Ortschaften, so daß man nach einer sehr vorsichtigen Aufstellung unserer Ortsvereine in mehr als 1200 Orten organisierte, allwöchentlich ihre Beiträge zahlende Sozialdemokraten vorhanden sind, also in soviel Orten, wie die Kommunisten überhaupt Mitglieder haben. **Die Zahl der festorganisierten Mitglieder betrug am 1. Januar 1926 31 982 und betrug am 31. Dezember 1927 39 855.** Dabei ist zu beachten, daß der Zustrom von neuen Parteimitgliedern besonders stark in den letzten Monaten war. Sind doch **allein im letzten Vierteljahr 2525 Neueintritte zu verzeichnen.** Das ist der Stand am Jahresschluß. **Im neuen Jahre ist ein gewaltiger, bisher kaum gekannter Zustrom von neuen Mitgliedern festzustellen. Fast jede Woche kann die Gründung von ein bis zwei neuen Ortsvereinen gemeldet werden. Es dürfte nach ganz vorsichtigen, vorläufigen Feststellungen in den Monaten Januar und Februar ohne besondere Werbetätigkeit ein weiterer Zugang von annähernd 2000 neuen Mitgliedern zu verzeichnen sein.** Nun sind das aber nicht Parteimitglieder kommunistischer Art, die nur auf dem Papier stehen, sondern die trotz häufig recht schwerer, wirtschaftlicher Nöte auch ihren finanziellen Verpflichtungen in Form von Beiträgen an die Partei nachkommen. **Im Jahre 1927 sind im hiesigen Bezirk 1 488 684 Beiträge à 20 Pf. oder 10 Pf. pro Woche geleistet worden. Das ist gegenüber dem Jahre 1926 eine Steigerung von 198 413 Beiträgen.**

Das in einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit in unserem Bezirk immer noch sehr stark war, wo recht viele trotz der größten Opferbereitschaft doch stunden oder sich vorläufig nichts kostende Erwerbslosenmarken geben lassen mußten, das in unserem Bezirk, wo die Barentlohnung der Landarbeiter eine skandalös niedrige ist. Allein das zeigt, wie treu die Anhängerschaft der Sozialdemokratie ist, und wie fest die Partei verwurzelt ist.

Werden nun die Kommunisten und das Zentrum, also die beiden jetzt brüderlich vereinten Parteien, ihre Mitglieder- und Kassenlisten so aufschlagen wie wir? Die einen, deren Finanzierung nur durch den russischen Rubel erfolgt, die anderen mit den Peterspfennigen und den überall sitzenden Agitatoren aus der katholischen Kirche? Wir können den Aerger aller politischen Gegner, mit denen wir jetzt abrechnen werden, verstehen. Sie sehen, daß die Partei, deren Spaltung so häufig provoziert wurde, die Partei, die Wilhelm der Verflossene einst niedergeritten zu haben glaubte, die Partei, die durch die gemeinsame Verleumderfront von den Völkischen bis zu den Kommunisten auch 1924 nicht vernichtet werden konnte, in einem imponierenden Vormarsch. Daß man dazu kläffen und sich gegenseitig selbst Mut zu machen anfängt, nimmt wahrhaftig nicht wunder. Die Agitatoren der Kommunisten wie der übrigen Parteien werden wahrscheinlich tagtäglich aus dem Lande berichten, wie dort die Stimmung der weitesten Volkskreise ist, welchen Zulauf die Sozialdemokratie hat.

Eine Auseinandersetzung über die Kandidatenaufstellungen, die in allen politischen Parteien stattfinden, nur mit dem Unterschied, daß es in den anderen Parteien in viel skrupelloserer Weise mit viel mehr Intrigantentum geschieht, gibt ihnen Veranlassung, Hoffnungen auszudrücken, bei denen der Wunsch der Vater des Gedankens ist. **Wünscht das Zentrum, daß wir einmal von dem nicht sehr fairen Streit in dieser Partei der „christlichen Demut und Ergebenheit" berichten? Wir sind sehr wohl informiert über die Gegensätze zwischen Beamten und Arbeitervertretern dort, zwischen der landwirtschaftlichen Vertretung und der städtischen Bevölkerung und kennen auch die Mittel und Methoden, die angewandt werden, um den Gegner zur Strecke zu bringen.** Daß es bei den Kommunisten nicht besser ist, vielleicht noch ein klein wenig schlimmer, kann den Herrschaften tagtäglich belegt werden. Bekannt ist ja der große Mandatstreit gerade in dieser Partei, der in der letzten Zeit die Oeffentlichkeit bereits mehrfach beschäftigt hat. Doch darüber zu gegebener Zeit das, was notwendig ist.

Es ist gewiß keine Uebertreibung, sondern das, was die von Gewissensgebissen geplagten übrigen Parteien jetzt nur tagtäglich selber hören und erleben:

die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei brennen auf den Tag der Abrechnung.

Ueberall ist eine selten zu beobachtende Begeisterung zu verzeichnen, überall eine Geschlossenheit und der Wille zur Opferfreudigkeit, wie er kaum je vorher festgestellt werden konnte.

So sieht es in Wirklichkeit aus. Lassen wir nun diese zerrupften, in Angst und Nöten schwebenden, flügellahmen Gegner, die allesamt Feinde des schaffenden Volkes sind, lamentieren. Die nächste Unterhaltung wollen wir mit ihnen gern am Tage nach den Wahlen führen.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Oppeln. Ein 3-Zentner-Schwein gestohlen. In der Nacht zum Sonnabend wurde durch einen Einbruch im Dominium ein Drei-Zentner-Schwein gestohlen, mit dem die Diebe unbemerkt zu entkommen vermochten.

Deutsch-Lissa. Der hiesige Ortsverein des Deutschen Lederarbeiterverbandes beging am Sonntag das Fest seiner Fahnenweihe in Kunzes Festsäle unter starker Anteilnahme der Gesamtarbeiterschaft, insbesondere der Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, wie auch des ältesten schlesischen Arbeiter-Gesangvereins „Eintracht", deren Fahnen ebenfalls die Festversammlung zierten. Ein [illegible] Männerchor und einen von Fräulein Scholz ausdrucksvoll vorgetragenen Prolog wurde die Feier stimmungsvoll eingeleitet. Der Weihe-rede, gehalten durch Genossen Peck-Breslau, folgte die Enthüllung des prächtigen Symbols der Einheit der Lederarbeiter Deutschlands. Der wuchtige Männerchor „Krönt den Tag" beschloß den würdig verlaufenen Weiheakt. Nun ist der Tag ein ungebundene Freudigkeit in ihre Rechte, und die noch verbleibenden Stunden dürften allen Teilnehmern eine schöne Erinnerung bleiben. Den eifrigen Förderern des nunmehr vollendeten Werkes, den Kollegen Wilhelm Ludig, Fritz Linke und Hermann Scholz, dürfte der schöne Verlauf des Festes eine gewisse Entschädigung für die dafür reichlich aufgewendeten Mühen gewesen sein. Doch sei ihnen nochmals an dieser Stelle im Namen der Allgemeinheit herzlich gedankt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Versammlungskalender.

Siebenhufen, Mittwoch, den 22. Februar, findet in Siebenhufen im Lokal von Nerlich, abends 7 Uhr, eine wichtige Frauenversammlung statt. Anschließend [illegible] Verhandlungen. Alle Frauen, auch aus der Umgegend, müssen dann teilnehmen.

Schmolz, Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, spricht Genosse Dr. Wicke wieder über einen Bildungsvortrag im Lokal von Kabik.

Schmiedefeld, Mittwoch, den 22. Februar, findet im Lokal von Engwicht, abends 7½ Uhr eine öffentliche Versammlung statt. [illegible] Schiffer.

Neumarkt, Kreiskonferenz. Sonntag, den 4. März, findet für den Kreis Neumarkt, nachmittags 2 Uhr, in Neumarkt, Lokal „Lucher Hof" eine wichtige Kreiskonferenz statt. Alle Ortsgruppen des Kreises müssen unbedingt vertreten sein.

Vermischtes.

Der Rekord einer Berlin-Schnellzüge Berlin—Köln

[illegible]

An die Geschichte von Moses im Binsenkörbchen

erinnert ein Fund, den heimkehrende Werftleute auf einer Landstraße in Württemberg gemacht haben. Die Arbeiter fanden am Wegrand einen großen Rohrplatten-koffer, in dem sie beim Oeffnen ein schlafendes Wickelkind entdeckten. Die Arbeiter nahmen das Kindchen mit. Der Arbeiter, der sich bereit erklärte, für das Kind zu sorgen, fand zu seiner größten Ueberraschung bei näherer Untersuchung des mysteriösen Koffers ein Bündel Geldscheine im Werte von über 4000 Mark. Bei dem Geld lag ein Zettel, worauf geschrieben stand, daß der Finder des Kindes, der es in Pflege nehme, sich im nächsten Jahr am gleichen Tag und an derselben Stelle wieder einfinden solle. Er werde dann sein Glück machen und weitere reiche Spenden erhalten.

Ein Polizeiskandal

beschäftigt zurzeit die Oeffentlichkeit in Kopenhagen. Vor dem Untersuchungsgericht steht der Chef der Abteilung 4 der Kopenhagener Polizei. Diese Abteilung hat Führerscheine für Chauffeure auszustellen und Verkehrsvergehen zu verfolgen. Der angeklagte Leutnant Christensen soll von den meisten Kopenhagener Automobilfirmen große monatliche Einnahmen gehabt haben, wofür er die Firmen mit statistischem Material über den Verkauf und die Registrierung der einzelnen Automarken versah und Anzeigen wegen Verkehrsvergehen in den Papierkorb wandern ließ. Das Sensationelle an der Affäre ist, daß die eigenen Kollegen und Untergebenen den Chef der Abteilung vor den Richter geschleift haben, und noch schöner wird die Sache dadurch, daß der Anlaß zur Anklage des eigenen Vorgesetzten vor allem der Neid der unteren Organe über die unerreichbar hohen Nebeneinnahmen des Herrn Chefs war. Der brave Polizeichef hat, wie sich bei der Verhandlung herausstellte, tatsächlich von den meisten Automobilfirmen Dänemarks eine feste monatliche Einnahme von je 100 Kronen bezogen, also zusammen eine Summe, der gegenüber sich sein Gehalt wie ein bescheidenes Trinkgeld ausnimmt. Um den ganzen die Krone aufzusetzen, brachte die Verhandlung die Feststellung, daß Christensen im Einverständnis mit seinen Vorgesetzten handelte, daß sein Vorgehen durchaus normal war, zum System gehörte und durch Tradition sanktioniert war. Der Justizminister, dem nichts anderes übrig blieb als in die Staatskasse einzumarschieren, hat der Polizei einen Paragraphen des Gesetzes in Erinnerung gebracht, der solche Nebeneinnahmen untersagt, der aber im Laufe der Zeit — in Vergessenheit geraten war.

Flugzeugabsturz in Frankreich.

Sonntag abend stürzte über dem Flugplatz Bron bei Lyon ein Flugzeug aus 200 Meter Höhe ab. Der Führer und sein Begleiter sind ihren Verletzungen erlegen.

Zwei Chefpilot tödlich verunglückt.

Der Chefpilot Henry Fords, Harry Brooks, der von Detroit nach Miami einen Flug in einem Ford-Flugzeug ausführen sollte, stürzte Sonnabend in der Dämmerung ins Meer und ging sofort unter. Das Flugzeug wurde heute eine halbe Meile von der Küste bei Melbourne entfernt, [illegible]. Dagegen fehlt von dem Führer jede Spur.